

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



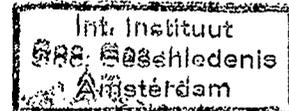
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Casparystr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 3. April 1930

Hugenberg im Speck.



SPD. Alles schon dagewesen - aber die zweite Auflage ist noch schöner als die erste. Das Heldenlied von der deutschnationalen Mannhaftigkeit hat gestern im Reichstag eine neue unbezahlbare Strophe erhalten!

Am Tage vor der berühmten Dawesabstimmung Mampe Halb und halb deklamierte: Herr Hergt von der Tribüne des Reichstags herab im Brustton tiefster Überzeugung: "Hier stehe ich, ich möchte beinahe sagen: ich kann nicht anders." Ach, es war nur beinahe. Am andern Tag fiel die Hälfte seiner Fraktion um und stimmte für den Dawesplan.

Herr Hugenberg ist auch auf die Tribüne des Reichstags gegangen, aber ein Unterschied muss sein. Er ging hinauf nicht vor, sondern nach dem Umfall. Und das ist doch gewiss eine bemerkenswerte Nuance. Sonst aber war die Ähnlichkeit verzweifelt gross!

Am Tage vor der Brüning-Abstimmung, am 2. April, hat der Hugenbergsche "Tag" pathetisch deklamiert: "Ihr habt doch selber fünf Jahre lang hat dieses Wort die Deutschnationalen verfolgt, wenn sie die Regierung verannten. Sie hätten doch selber, wenigstens ein grosser Teil der Mitglieder, durch Zustimmung zum Dawes-Abkommen jene Politik ermöglicht, die sie nun bekämpfen. Das "Ihr habt doch selber" hängt man ihnen nach wie vor an und hofft, einen neuen Beweis für die Erbdummheit etlicher Leute der Rechten in den nächsten Tagen produzieren zu können. Nämlich: Um Schieles und um der Wirtschaft willen ihre Zustimmung zu dem neuen Kabinett Brüning. Jetzt hofft man zwischen Lipp und Kelchesrand, zwischen Brünings Rede und Abstimmung über ein Misstrauensvotum auf neuen Zuzug. Die schwarzrotgrüne Front soll es schaffen. Dann wäscht kein Menschenalter von den noch einmal Hereingefallenen das Fluchwort ab: Ihr habt doch selber."

So liess Hugenberg am 2. April von seiner Presse schreiben. Am 3. April stieg er auf die Reichstagstribüne und verkündete, dass er mit seinen Leuten geschlossen für die Regierung Brüning stimmen werde. Da war Herr Hergt noch ein geradezu mannhafter und aufrechter Charakter, der stimmte wenigstens nicht selbst mit - Herr Hugenberg aber begründete selbst seinen und der Seinen Umfall im Reichstags und stimmte!

Wie war das doch mit dem berühmten Zuchthausparagrafen? Wollte Hugenberg nicht alle Minister, die den Youngplan unterzeichnen würden, ins Zuchthaus bringen? Ja Bauer, das ist doch ganz etwas anderes. Ins Zuchthaus möchte Hugenberg den Herrn Curtius liebend gern bringen, aber ein parlamentarisches Misstrauensvotum, das geht denn doch zu weit. Das wäre denn doch eine zu harte Strafe selbst für einen Young-Verräter!

Herr Hugenberg hat einmal das grosse Wort gesprochen: "Block, nicht Brei!" Da ging er gestern hin und manschte mit in dem herrlichsten parlamentarischen Brei, den der Reichstag jemals erlebt hat. Ein Dutzend seiner Leute wollte aus der Fraktion fortgehen, damit der Block eben kein Brei werde, und auf dass Hu-

genberg mit seinem homogenen Block unter sich bleibe. Aber siehe, da fand Herr Hugenberg, dass der Brei eine gar nicht zu verachtende Sache sei.

Der Brei und der Speck! Vorgestern las man noch aus tiefgequälter nationaler Seele den Aufschrei bei Hugenberg: "Aber einmal, einmal muss doch Nationalpolitik vor Speckzoll gehen!" Gestern aber hat Herr Hugenberg seine grosse Liebe zum Speck und zum Speckzoll ganz plötzlich entdeckt, so sehr, dass sie weit über die Nationalpolitik hinauswuchs. Und da war es plötzlich vorbei mit dem nationalen Mannesmut, mit der diktatorischen Verachtung des Parlaments. Da erschien er selber auf der Tribüne des Reichstages und verkündete unter dem Hohngelächter des ganzen Reichstags, das nimmer aufhören wollte, das hohe Lied des Speckzollers: Hier stehe ich, ich kann auch anders. Ich falle um.

Da liegt der Nationalheld im Speck. Im Speck des parlamentarischen Kuhhandels, des Ringens um die Mandate, der Sorge um die Erhaltung der parlamentarischen Fraktion.

Sieht so ein Diktator aus, der sich stolz rühmt, dass seine Partei keinen Wert darauf lege, eine parlamentarische Partei zu sein? Herr Hugenberg wollte den Diktator spielen: Vorgestern das Misstrauen, um den grossen Kampf zu wagen; heute aber auf dem bequemen parlamentarischen Weg einer stillen Koalition! Der Diktator, der heute toleriert, was er gestern verbrannt hat.

Herr Hergt hat einst den "nationalen Protest" gegen den Dawesplan um Ministersitze vertauscht. Herr Hugenberg verkauft den "nationalen Protest" gegen den Youngplan und die Youngminister aus Angst vor einer Wahlniederlage um den Speckzoll. Das ist der ganze Unterschied. Nicht noch einmal den 28. August 1924 erleben, so sagte er. Nicht noch einmal das klägliche Schauspiel der Fraktion Mampe halb und halb! Da ging er hin und fiel mit allen seinen Mannen gleich ganz um. Wieder dasselbe und doch mal etwas anderes!

Man sagt: er habe das Spiel der Brüning und Treviranus gegen die Einheit der Deutschnationalen Volkspartei durchkreuzt. Das stimmt. Er hat die Einheit aufrecht erhalten, wenigstens die Einheit im Umfallen, und er hat sogar noch etwas hinzugewonnen: das unauslöschbare Hohngelächter der ganzen Welt!

Eine Lehre zum Abschied, Herr Hugenberg: Alles, alles darf ein wirklicher Diktator! Er darf ein Schweinehund sein, ein Bluthund, ein Idiot, ein Nero, ein Mussolini, ein Stalin. Aber eines darf er nicht: Er darf nicht zum Hanswurst werden. Der Diktator als Hanswurst hört auf, ein Diktator zu sein. So begrüßen wir den Hugenberg im Speck und statten ihm unseren Dank ab: Den Dank für das Vergnügen, das er uns und der Welt gestern bereitet hat, den Dank dafür, dass er der sogenannten nationalen antimarxistischen Front einen Stoss versetzt hat, von dem sie sich nicht wieder erholen wird.

Es war eine Hanswurstlade, aber eine Hanswurstlade mit einem tiefen historischen Sinn. Die sogenannte "nationale Opposition" in Deutschland ist zu Ende. Sie stirbt, wie sie es verdient hat, in einem Orkan des Gelächters!

SPD. Weimar, 3. April (Eig. Drahtb.)

In der Donnerstagsitzung des thüringischen Landtags wurde der sozialdemokratische Misstrauensantrag gegen den Innen- und Volksbildungsminister Frick mit 25 gegen 25 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und der Demokrat, dagegen die Deutschnationalen, der Landbund, die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten und zwei Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Drei Mitglieder der Deutschen Volkspartei enthielten sich der Stimme.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages zählte vor der Abstimmung nochmals das Sündenregister Fricks auf. Der Kommunist Heilmann fand die lebhafteste Zustimmung der Hakenkreuzler, solange er die Sozialdemokratie beschimpfte. Als dann der Abg. Zimmermann als zweiter kommunistischer Redner die Nationalsozialisten als organisierte Räuber und Mordbanditen bezeichnete, sprangen

die Hakenkreuzler unter dem Rufe "Holt ihn herunter, den Lump!" zur Rednertribüne. Die Kommunisten sprangen von der anderen Seite zu. Zu einem Handgemenge kam es indessen nicht.

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Witzmann verlas eine Erklärung, in der es heisst, dass die Volkspartei ihre Stellung zu den Regierungshandlungen des Staatsministers Frick schon wiederholt bekannt gegeben habe. Sie könne einige dieser Handlungen nicht billigen, zum Teil habe sie nichts dagegen einzuwenden. In dem Streitfall mit dem Reichsinnenminister habe die Volkspartei der Regierungserklärung zugestimmt. Sie habe deshalb keine Veranlassung, nochmals Stellung zu nehmen, zumal der Antrag der SPD nur eingebracht worden sei, um der Deutschen Volkspartei Schwierigkeiten zu machen und die Regierung zu stürzen. Sie wünsche aber, dass die Regierung weiter arbeite und das begonnene Werk erfolgreich zu Ende führe.

Das Ergebnis der Abstimmung rief allgemeine Heiterkeit hervor, weil die Deutsche Volkspartei vorher genau berechnet hatte, wie sie ihre Abstimmung einrichten musste.

SPD. Karlsruhe, 3. April (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag kam es im badischen Landtag anlässlich der Beratung des Kultusetats zu Zusammenstössen.

Die Opposition unter Führung der Demokraten und Deutschen Volkspartei glaubte durch Ablehnung des Kultusetats in der Annahme, dass auch die Sozialdemokratie den Etat ablehnen oder sich der Stimme enthalten würde, die Regierung zu Fall zu bringen bzw. die Regierungskoalition aus Zentrum und Sozialdemokratie sprengen zu können. Die Sozialdemokratie tat der Opposition jedoch den Gefallen nicht, sondern stimmte für den Kultusetat. In einer Erklärung stellte die sozialdemokratische Fraktion fest, dass sie entgegen ihrer bisherigen Haltung dem Kultusetat zustimme, nachdem die bürgerlichen Oppositionsparteien, die von jeher diesen Etat genehmigt hätten durch ihr Schindluderspiel einen Keil zwischen die Regierungsparteien zu treiben versucht hätten. Die Absicht der Opposition sei durch die Abstimmung der Sozialdemokratie vereitelt worden. Bei dieser Erklärung erhob sich in den Reihen der Opposition unter Führung des früheren demokratischen Unterrichtsministers ein ungeheurer Lärm. Die Opposition mit Ausnahme der Kommunisten verliess schliesslich den Saal. Die Beratung des Etats des Unterrichtsministeriums wurde darauf von den beiden Regierungsparteien zu Ende geführt und der Etat genehmigt. Ein Kommunist wurde aus dem Saal verwiesen.

SPD. Aachen, 3. April (Eig. Drahtb.)

In Merkstein bei Aachen wurde am Donnerstag morgen der erwerbslose 41 Jahre alte Arbeiter Franz Schimansky in seiner Wohnung tot aufgefunden. Seinen drei Kindern hatte er den Hals durchgeschnitten und seiner Frau schwere Kopfverletzungen beigebracht. Dann hatte er sich selbst die Pulsadern geöffnet. Drei seiner Kinder waren im Augenblick der Tat in der Schule. Verzweiflung infolge langer Arbeitslosigkeit dürfte zu der Tat geführt haben.

SPD. Paris, 3. April (Eig. Drahtb.)

Die Ersatzwahlen von Bergerac, die mit einem Siege des sozialistischen Kandidaten Simonnet gegen den Radikalen Quenesson endeten, haben zwischen den beiden Linksparteien zu einem peinlichen Nachspiel geführt.

Im ersten Wahlgang konnte der radikale Kandidat mehr Stimmen auf sich vereinigen, als der Sozialist. Infolgedessen hätte eigentlich der sozialistische Kandidat im Sinne der seit 1925 bestehenden Übereinkunft zwischen Radikalen und Sozialisten für die Stichwahl von seiner Kandidatur zurücktreten müssen. Stattdessen liess Simonnet in seinem Wahlbezirk Plakate anschlagen, die einen angeblichen Brief Léon Blums und Paul Faures enthielten, mit der Aufforderung an Simonnet, seine Kandidatur unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Diese Erklärung hat sich nachträglich als gefälscht erwiesen. Léon Blum als Vorsitzender und Paul Faure als Sekretär der sozialistischen Fraktion haben vielmehr einen Brief an Simonnet gerichtet mit der Aufforderung, seine Kandidatur zurückzuziehen. Das Vorgehen Simonnets hat bei den Radikalen starkes Befremden erregt und zu einem Schreiben an die sozialistische Partei geführt.

Die sozialistische Kammerfraktion wird sich in den nächsten Tagen mit der Angelegenheit befassen.

SPD. Das Reichskabinett wird sich in der kommenden Woche mit dem "Fall Frick" beschäftigen. Es verlautet, dass Reichsinnenminister Dr. Wirth beabsichtigt die von Severing gegen den Putschisten in Weimar begonnene Aktion fortzusetzen.

SPD. Leipzig, 3. April (Eig. Drahtb.)

Der Leutnant zur See a.D. und jetzige Kaufmann Eckermann wurde im September 1929 von einem Schweriner Gericht von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hob dieses Urteil am Donnerstag auf und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Als nach dem Küstriner Putsch 1923 die Freiwilligenorganisationen aufgelöst wurden, wurden unter dem Kommando des Oberleutnant Schulz und Major Buchrucker innerhalb des Wehrkreiskommando 3 Mecklenburg sogenannte Arbeitskommandos gebildet, die später auf mecklenburgische Güter und Städte verteilt wurden. Der ehemalige Leutnant Eckermann kam nach Schwerin und war hier als Kompagnieführer tätig. Als dann die Reichswehr in Sachsen eingesetzt wurde sollten für sie Anwerbungen erfolgen. Am 12. Dezember 1923 meldete sich bei Leutnant Eckermann ein gewisser Bayer, der angab, von der Brigade Ehrhardt überwiesen worden zu sein. Da die Angabe des Bayer dem Eckermann verdächtig vorkam, hielt er Bayer für einen Spitzel des "Feindbundes" bzw. der KPD. Er liess ihn deshalb festnehmen. Am 13. Dezember 1923 wurde im Büro der Kompagnie des Leutnants Eckermann unter den Offizieren beraten, was mit Bayer geschehen und wie die Beseitigung vor sich gehen sollte. Feldwebel Bold, der später den Bayer erschoss, schlug vor, den Spion laufen zu lassen. Dem wurde aber nicht nachgegeben. Man kam vielmehr überein, den Spitzel zu vergiften oder ihn in einem See zu versenken bzw. zu zerstückeln und beiseite zu schaffen. Eckermann machte den Vorschlag, Bayer nach Mecklenburg zu überführen und dort zu erschiessen. Am 14. Dezember 1923 gab Eckermann dem Feldwebel Bold den Befehl, mit dem angeblichen Spion nach Mecklenburg zu fahren. Bold wagte nicht zu widersprechen, da er vermutete, dass er selbst Gefahr laufe, beseitigt zu werden, wenn er mit dem Spion sympathisiere. Am 15. Dezember fuhr Bold dann mit Bayer los. Auf dem Wege nach Gretzin schoss er dem Gefangenen mit dem Revolver von hinten eine Kugel

in den Kopf. Während Bold in einem früheren Prozesse zum Tode, die Mithelfer und Mitwisser zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, floh Eckermann nach Guatemala. Auf Antrag der dortigen deutschen Gesandtschaft wurde er im Mai 1929 an Deutschland ausgeliefert.

Im September 1929 fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor dem Schweizer Schwurgericht die Verhandlung statt. Bekannt wurde nur das Urteil, während alle näheren Begleitumstände vor allem die der Schwarzen Reichswehr unbekannt blieben.

SPD. Wilhelmshaven, 3. April (Eig. Drahtb.)

In der oldenburgischen Stadt Varel wurden in den letzten Tagen die öffentlichen Gebäude und Privathäuser nachts mit roten Hakenkreuzen und Sowjetsternen beschmiert. Als Täter verdächtigte die dortige bürgerliche Zeitung, den Vorsitzenden der kommunistischen Partei und seine Anhänger. Als sich jetzt der kommunistische Parteivorsitzende und der Redakteur des bürgerlichen Blattes auf der Strasse trafen, bewarf der Kommunist den Journalisten mit Pferdedreck. Dann bearbeitete er seinen Gegner mit einem Besenstiel.

SPD. Paris, 3. April (Eig. Drahtb.)

Im Schnellzug Bordeaux-Paris ist in der Nacht zum Donnerstag gegeneine ältere Dame ein kühnes Attentat unternommen worden. Ein aus dem Zuchthaus in Mettray tags zuvor ausgebrochener Sträfling hatte sich in den Zug eingeschlichen. Auf offener Strecke kurz nach Bordeaux überfiel er die allein reisende Dame und schlug sie mit einem Holzinstrument zu Boden. Mit letzter Kraft gelang es der Angegriffenen aus dem Abteil hinaus in den Seitengang zu kommen und um Hilfe zu rufen. Verschiedene Passagiere eilten herbei und konnten den Verbrecher in ein Abteil einschliessen. Er riss sich jedoch los und sprang schliesslich aus dem mit 90 Kilometern Geschwindigkeit dahinfahrenden Zug. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde der Verbrecher mehrere Stunden später in einem kleinen Walde am Eisenbahndamm gefunden.

SPD. Brüssel, 3. April (Eig. Drahtb.)

Der belgische Senat hat am Donnerstag den Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Young-Planes angenommen.

Der Entwurf wurde nur von einem Redner, dem katholischen Senator de Forlodot bekämpft, der den Revanchegeist der deutschen Nationalisten fürchtet und in der Rheinlandräumung eine Gefahr für die belgische Sicherheit erblickt. Der Sozialist de Brouckère und nach ihm Ministerpräsident Jaspar und Aussenminister Hymans antworteten auf die Beschwerde Dorlodots, dass der Young-Plan einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zum Frieden darstelle. De Brouckère sagte ferner, die deutsche Schuld sei jetzt auf einen Betrag festgelegt worden, der als ein Maximum betrachtet werden könne. Wenn Belgiens Anteil nicht grösser sei, so wären daran wohl die hohen amerikanischen Forderungen schuld. Der sozialistische Redner wies den katholischen Senator schliesslich noch auf die Gefahren einer längeren Rheinlandbesetzung hin. Deutschland habe 60 Millionen Einwohner und wolle sich von fremder Einmischung befreien. Es sei weiterhin unmöglich, den Frieden Europas auf den Hass des Nachbarn zu gründen. Ob man es wolle oder nicht - schloss de Brouckère - Europa werde doch zum Zusammenwirken aller Länder kommen.

SPD. Amsterdam, 3. April (Eig. Drahtb.)

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das am Donnerstag in Amsterdam zusammentrat, beschloss die mexikanische Gewerkschaftszentrale und den nach der Spaltung in Britisch-Indien neu gebildeten Gewerkschaftsbund zum Anschluss an den I.G.B. einzuladen. Die neue Gewerkschaftszentrale in Finnland hat ebenfalls eine entsprechende Einladung erhalten.

SPD. Bochum, 3. April (Eig. Drahtb.)

Das vorläufige Endergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau von 204 Schachtanlagen einschliesslich einiger selbständiger Kokereibetriebe lautete: Freie Gewerkschaften 128 971 Stimmen (913 Mandate), Christen 77 592 Stimmen (613 Mandate), Hirsch-Dunckersche 3 462 Stimmen (7 Mandate), Polen 294 Stimmen (2 Mandate), Kommunisten 66 259 Stimmen (404 Mandate), Syndikalistischen 4 713 Stimmen (28 Mandate), Gelbe 8 855 Stimmen (28 Mandate), sonstige 2 641 Stimmen (7 Mandate).

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: In der Reichskanzlei fand am Donnerstag eine Fraktionsführerbesprechung über die Deckungsvorlagen der Reichsregierung statt. Ausser mehreren Reichsministern nahmen die Fraktionsführer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftspartei, der Christlich-Nationalen Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei teil.

Die Besprechung diente der Vorbereitung der am Freitag beginnenden Beratungen des Steuerausschusses des Reichstages. Es herrschte völlige Übereinstimmung, dass die Deckungsvorlagen mit aller Beschleunigung im Steuerausschuss erledigt werden müssten.

SPD. Köln, 3. April (Eig. Drahtb.)

In Köln versuchte ein 22 jähriger Schreiner, seiner 18 Jahre alten Ehefrau, mit der er erst seit 7 Wochen verheiratet war, den Hals durchzuschneiden. Ehestreitigkeiten infolge langer Arbeitslosigkeit sind die Ursache zu der unseligen Tat. An dem Aufkommen der Frau wird gezweifelt. Der Mann wurde verhaftet.

SPD. Sofia, 3. April (Eig. Drahtb.)

In einem Personenzug, der von Widin nach Sofia fuhr, wurden am Donnerstag von zwei Gendarmen fünf schwergefesselte Verbrecher, darunter zwei zum Tode verurteilte Räuber, transportiert. Als der Zug in voller Fahrt war, fielen die Gefangenen über die Gendarmen her, entrissen ihnen die Karabiner und streckten sie beide nieder. Von den entsetzten Reisenden wagte niemand einzugreifen oder gar die Notbremse zu ziehen. Die Verbrecher sprangen dann trotz der schweren Ketten, mit denen sie gefesselt waren, aus dem fahrenden Zuge und flüchteten in den nahen Wald. Ihre Verfolgung hatte das Ergebnis, dass einer der Räuber wieder ergriffen wurde, da er seine Fesseln nicht, wie die anderen, zu sprengen vermochte. Es wird angenommen, dass die übrigen vier Verbrecher bereits die serbische Grenze erreicht haben.

SPD. London, 3. April (Eig. Drahtb.)

Die bekannte englische Sozialistin Gräfin Warwick, die in ihrer Jugend König Eduard VII. persönlich nahe stand, hat einem Mitarbeiter des "Daily Herald" sensationelle Mitteilungen über die Stellung Clemenceau's zur Frage der belgischen Neutralität gemacht, die die jüngsten Veröffentlichungen Harold Nicholson ergänzen. Gräfin Warwick berichtet, dass sie im Jahre 1910 als Übersetzerin die einzige Zeugin eines Gespräches zwischen dem englischen General French, dem späteren Kommandeur der britischen Expeditions-Armee, und Clemenceau gewesen ist. Der französische Staatsmann erkundigte sich bei dieser Gelegenheit eifrig nach der voraussichtlichen Haltung Englands im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Im Verlauf des Gespräches soll Clemenceau wörtlich gesagt haben: "Die Engländer müssen in Dünkirchen landen und durch Belgien in Frankreich einmarschieren." Der englische General fragte hierauf zögernd: "Und wo bleibt die Neutralität Belgiens?" Clemenceau soll hierauf wörtlich geantwortet haben: "Verträge gelten nicht, wenn es zum Krieg kommt."

SPD. London, 3. April (Eig. Drahtb.)

Der "Daily Herald" verzeichnet die in London über die Nachfolge des deutschen Botschafters Sthamer verbreiteten Gerüchte und spricht die Hoffnung aus, dass die Meldung, welche von der geplanten Berufung des volkshervorgehenden Reichstagsabgeordneten Lindeiner-Wildau auf den Londoner Botschafterposten wissen will, nicht den Tatsachen entspricht. Lindeiner-Wildau's aussenpolitische Hauptleistung sei bisher seine Reichstagsrede gegen den Young-Plan gewesen. Seine Qualifikation für den Londoner Posten beruhe angeblich auf seiner Freundschaft mit einigen einflussreichen Konservativen in London. Solch eine Ernennung, so schliesst das Blatt, müsste milde ausgedrückt als eigenartig bezeichnet werden.

SPD. New York, 3. April (Eig. Drahtb.)

In den Fabrikanlagen der pensylvanischen Feuerwerksgesellschaft bei Dever entstanden am Donnerstag mehrere Explosionen, durch die zehn Personen getötet und annähernd 80 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Das Werk selbst ist völlig zerstört. Die in der Nähe der Fabrik gelegenen Krankenhäuser sind mit Opfern der Explosionen überfüllt. Die Explosionen waren so stark, dass die Umgebung meilenweit erschüttert und selbst noch fern von der Unglücksstelle grösserer Schaden angerichtet wurde. Vereinzelt sind die Explosionen sogar in Philadelphia und New York gehört worden.

SPD. London, 3. April (Eig. Drahtb.)

MacDonald erklärte am Donnerstag in Beantwortung einer Frage, dass die Regierung das Mandat Palästinas im Sinne der Bestimmungen des Mandats auch in Zukunft verwalten werde. Die doppelte Aufgabe Grossbritanniens bestehe in der Schaffung eines nationalen Heimes für die Juden und des Schutzes der nicht jüdischen Bevölkerung. Die britische Regierung werde sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.

SPD. New Delhi, 3. April (Eig. Drahtb.)

Gandhi hat seine Anhänger in ganz Indien wissen lassen, dass der passive Widerstand gegen die englische Verwaltung am Sonntag beginnen wird. Das Signal hierzu ist der Anfang der gesetzeswidrigen Salzerzeugung durch Gandhi in Dandi im Distrikt Jalalpur, die nach den Plänen des indischen Freiheitsführers am Sonntag einsetzen wird.

Zwei Besiegte.

Von Rudolf Breitscheid.

SPD, Von Hugenbergs Gnaden bin ich, was ich bin. Mit diesem demütigen Bekenntnis hätte Herr Brüning das Ergebnis der Abstimmung vom Donnerstag quittieren können.

Sein Kabinett hat seinen ersten Sieg erfochten. Aber unter welchen Bedingungen? Er liess sich von Herrn Hugenberg ohrfeigen, um sich dann von ihm retten zu lassen. Herr Brüning ist ausgezogen in der Absicht, den Führer der Deutschnationalen Partei zu isolieren, und das Ende ist, dass dieser Führer mit seiner Partei ihm fürs erste die Gesetze des Handelns diktiert.

Aber sprechen wir zunächst von Herrn Hugenberg selbst. Ihm ist es nicht nur gelungen, das Kabinett blosszustellen, sondern auch sich persönlich und seine politischen Freunde hat er aufs Schwerste kompromittiert. Wohl niemals hat ein Parteiführer im Parlament eine jämmerlichere Rolle gespielt, als am Donnerstag der Mann, der an der Spitze der Deutschnationalen Partei steht. Noch einen Tag zuvor konnte man aus seiner eigenen Korrespondenz den mahnenden Ruf vernehmen: "Einmal, einmal muss doch nationale Politik vor Speckzoll gehen!" Und jetzt kapitulierte er kläglich vor dem Speckzoll!

Die Rede, in der er diesen Unfall zu begründen suchte, ging mit Recht in dem Hohngeächter des Reichstags unter. Seine eigenen Freunde sassen stumm und betreten da. Nur selten, dass sich einmal ein Beifallswort den Lippen eines Landbündlers entrang. Man musste die Hergt und die Westarp sehen, wie sie unter der Tragikomödie litten, die da vor den Augen eines schadenfrohen Publikums gespielt wurde.

Man weiss nicht recht, war es unerhörter Zynismus oder war es, um ein mildes Wort zu gebrauchen, unerhörtes taktisches Ungeschick, dass der Redner ganz offen von der über Nacht erfolgten Sinnesänderung seiner Fraktion sprach. Gestern noch auf stolzen Rossen. Am Mittwoch wollten sie dem Misstrauensvotum gegen die Regierung Brüning zustimmen. Am Donnerstag haben sie sich gebeugt. Am Donnerstag kuschten sie vor dem Landbund. Am Donnerstag waren sie bereit, der Regierung eine Chance zu geben, ihr eine Frist zu gewähren, in der sie zeigen soll, ob sie die bündlerischen Wünsche erfüllen will und kann. Am Mittwoch wehte über der Fraktion die nationale Fahne, am Donnerstag ist Speckzoll das Panier.

Was bedeutet demgegenüber die deutschnationale Erbärmlichkeit bei den Dawes-Gesetzen? Damals wurde ihnen für den Verrat an ihrer Gesinnung wenigstens ein Preis in Gestalt von Ministersitzen gezahlt. Diesmal winken ihnen nicht einmal Portefeuilles, und sie kommen doch. Der Mann, der das Banner trägt, das angeblich nie geschwankt hat, der Mann, der der Stolz und die Hoffnung aller unentwegten Nationalisten im Lande war, führt selbst seine Scharen in das Lager des Feindes.

Wie die Deutschnationalen als Partei das überstehen sollen, wissen wir nicht. Das eine aber steht fest: all ihr nationales Gerede ist Phrase und Heuchelei. Im Ernstfall siegt über den deutschen Gedanken, über die Idee der Freiheit, und das, was sie sonst noch alles verkündet haben der Profit des Grossagrarieriums.

Soweit, soweit. Wir Sozialdemokraten können mit dieser Selbstenthüllung zufrieden sein. Aber in der Rede des Herrn Hugenberg gab es doch auch noch etwas anderes, und das waren die Angriffe, die gegen das Kabinett gerichtet wurden. Schön, man wird sagen, das sei eben die unvermeidliche Rückzugskanonade gewesen. Aber wie ist ein Kabinett zu bedauern, das sich eine solche Kritik und eine solche Unterhöhlung seiner Stellung gefallen lässt, ohne mit der Wimper zu zucken!

Die Deutschnationalen sprechen ihm kein Misstrauensvotum aus. Aber sie bekunden ihm ihr Misstrauen und wollen die Konsequenzen aus ihm ziehen, wenn es

nicht auf ihre Bahnen einlenken wird. Sie attackieren die Aussenpolitik des Herrn Curtius und schmälen die Innenpolitik des Herrn Wirth. Sie sagen Herrn Brüning nach, er habe mit dem Reichspräsidenten und seinen Wünschen Missbrauch getrieben. Sie begeistern die Politik, wie sie im Einverständnis mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei von dem Reichskanzler Müller geführt worden ist. Sie schelten und sie drohen, sie spotten und sie höhnen. Und das Kabinett lässt sich alles bieten, einzig und allein von dem Glücksgefühl beseelt, dass es für den Augenblick eine Mehrheit besitzt.

Wie war es denn? Am letzten Sonnabend lehnte es Herr Brüning ausdrücklich ab, Zugeständnisse zu gewähren, die Herrn Hugenberg eine Unterstützung seiner Regierung möglich machten. Er dachte nach den ersten Verhandlungen mit Schiele und Treviranus ernsthaft daran, die Basis seiner Regierung nicht über den Bereich der Mittelparteien hinaus auszudehnen. Dann fügte er sich aufs neue den Wünschen des Reichspräsidenten. Aber immer noch in der Hoffnung, Hugenberg nicht unter seinen Helfern zu sehen. Das Spiel ist missglückt: er ergreift die rettende Hand, die ihm der Führer der Deutschnationalen reicht, nachdem dieselbe Hand ihm schallende Schläge versetzt hat.

Es gab nicht wenige im Reichstag, die glaubten, der Reichskanzler werde nach der Rede Hugenbergs erklären, dass er auf eine so geartete Unterstützung verzichte und trotz ihrer das Parlament auflöse. Vielleicht gewährte ihm die Ordre des Reichspräsidenten diese Freiheit nicht. Aber andere Möglichkeiten waren vorhanden. Herr Brüning hätte jetzt ein direktes Vertrauensvotum verlangen, oder er hätte unter Unterbrechung der Sitzung zum mindesten sein Kabinett zu neuer Stellungnahme zusammenberufen können. Nichts von alledem geschah. Er liess die Abstimmung vornehmen, und es war nichts als eine Farce, wenn in diesem Augenblick ein eifriger Beamter der Reichskanzlei auf der Regierungstribüne die rote Mappe mit der Auflösungsordre schwenkte. Das Resultat war nicht mehr zweifelhaft. Das Kabinett war gerettet - aber es war auch gerichtet.

Den historischen Moment, in dem er sich als Politiker von Format und als Wahrer der Würde seines Kabinetts hätte zeigen müssen, hat Herr Brüning verpasst. Wahrscheinlich dachte er nur an die Blamage der Deutschnationalen und vergass darüber, dass er selbst einen staatsmännischen Ruf zu verlieren hat.

Wie die Dinge sich nun weiter entwickeln werden, ist abzuwarten. Zunächst stehen die Steuerfragen auf der Tagesordnung. Werden die Deutschnationalen die Steuern apportieren, ohne die Sicherheit für die Erfüllung ihrer agrarischen Wünsche in der Tasche zu haben? Wir sehen ein neues "Junktum" kommen. Dann wird sich herausstellen, welchen Widerstand das Kabinett seinen unerwarteten Helfern noch zu leisten vermag. Vielleicht kommt es dann sehr bald doch zum Bruch, vielleicht wird auch weitergewurstelt.

Ob so oder so, wir Sozialdemokraten haben nichts zu fürchten. Parteipolitisch können wir von dem Geschehenen und der sich anbahnenden Entwicklung nur profitieren. Doch das hindert uns nicht, die Vorgänge des gestrigen Tages aufs lebhafteste zu bedauern. Zu bedauern um des Ansehens einer Regierung willen, die nicht die unsere ist, aber in der Parteien vertreten sind, mit denen wir lange zusammen gearbeitet haben, und in der eine Anzahl von Männern sitzen, denen wir den moralischen Chok, den sie am Donnerstag erlitten haben, gern erspart gesehen hätten.

Die Grüne Front regiert.

SPD. Berlin, den 3. April (Eip. Ber.)

Der Zentrumskanzler Herr Dr. Brüning regiert von Hugenbergs Gnaden. Die Minister Dr. Wirth und Dr. Curtius haben unter starker Missbilligung ihres bisherigen Tuns von Hugenberg eine Bewährungsfrist erhalten. Der demokratische Ernährungsminister Dr. Dietrich darf solange im Amte bleiben, wie er die Befehle der Grünen Front und Hugenbergs Kommandos ausführt. Es waren furchtbare Minuten für die Herren um Brüning auf der Ministerbank und für die Regierungsparteien im Saale, als an diesem Donnerstag das Schicksal des Kabinetts an der demütigenden Erklärung Hugenbergs hing.

Schon vormittags wurde bekannt, dass nach tagelangem stündlich wechselnden Hin und Her die Deutschnationalen alle Misstrauensvoten ablehnen und die Regierung retten würden. Trotzdem waren im letzten Augenblick noch Zwischenfälle möglich. Hinter dem Reichskanzler hatte sich der Staatssekretär Dr. Meißner aufgebaut, bereit, ihm die rote Mappe mit der Auflösungsorder zu überreichen.

Während Hugenberg mit der Anmassung eines Diktators und mit der Einfalt eines Ahnungslosen seine Erklärung verlas, die eine einzige Herabwürdigung des Kabinetts, ja eine Beleidigung für einzelne Minister bedeutete, richteten sich viele Blicke auf den Kanzler. Er wechselte die Farbe, wurde bleich und rot, aber er fasste keinen Entschluss. Vielen schien es, als habe schon in dieser Stunde Herr Dr. Brüning den Ruf, ein Mann von Mut und Energie zu sein, verspielt. Von Hugenbergs Schlägen getroffen sprang der Zentrumsminister von Guérard auf. Der Vizepräsident des Reichstags Herr Esser, einer der ruhigsten Männer im Hause, ging zum Kanzler hinauf und redete auf ihn ein. Allgemeiner Eindruck im Hause: "jetzt fliegt der Reichstag auf. Die Auflösung ist da. Herr Brüning kann die Gnade der Deutschnationalen nicht annehmen, wenn sie ihn so entwürdigend gereicht wird. Er kann nicht sein Kanzlertum auf die Stimmen einer Partei stützen, die ihm trotz Ablehnung der Misstrauensvoten weitgehendes Misstrauen und Missbilligung ausspricht. Jetzt muss der Kanzler ohne Vertrauen im Parlament aufstehen und die Auflösung verkündigen."

Dr. Brüning aber sass und schwieg. Einen Augenblick zögerte der Reichstagspräsident. Dann begann die Abstimmung. Die letzte Sekunde für einen Entschluss der Regierung war vorüber. Mit 252 gegen 187 Stimmen wurde das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie abgelehnt. Während der Abstimmung ging es aufgeregt im Lager der Regierungsparteien zu. Dr. Wirth und Stegerwald stürmten zur Zentrumsfraktion hinab. Dr. Brauns und andere gesellten sich zu ihnen und diskutierten erregt. In der Deutschen Volkspartei gab es rote Köpfe. Die Nationalsozialisten aber schimpften auf die Deutschnationalen ein, die nun die Regierung der Young=Versklavung retteten. Fast schien es als würden einige Nationalsozialisten mit den Deutschnationalen handgemein. Eben erst waren sie mit Hugenberg und Schiele im Reichsausschuss für das Volksbegehren vereint. Nun aber sass Schiele auf der Ministerbank der Young=Regierung, und Hugenberg segnete die "Young=Kolonie" Deutschland ein.

Ein grotesker Zustand: Hugenberg als Diktator der Regierung Brüning, und doch nimmt niemand im Reichstage Herrn Hugenberg ernst. Es kann ihn niemand ernst nehmen nach der unfreiwilligen Komik seiner Erklärung in dieser hochpolitischen Stunde. Ein Parteiführer, der naiv dem Reichstag kund tut, dass unter seiner ruhmreichen Leitung vor 12 Stunden die Fraktion mit grosser Mehrheit beschlossen habe, für das Misstrauensvotum zu stimmen, dass sie im Augenblick aber und für heute einmütig entschlossen sei, das Misstrauensvotum abzulehnen, ist ein Hampelmann, aber kein Führer. Eine Partei, wie die Deutschnationale, die einen solchen Führer erträgt, eine Partei, die das "Deutschland über alles" in lärmendem Gesang bekennt, eine Partei, die den nationalen Widerstand gegen alles in der Welt proklamiert, eine Partei, die jeden Young=Verantwortlichen

ins Zuchthaus schicken will und nun selber sich für die Young=Politik zur Verfügung stellt - eine solche Partei wird sich selbst in Deutschland zugrunde richten.

Als im Jahre 1924 für Ministersitze und Zölle die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion die Dawesgesetze rettete, konnte die Häupter der Schwarzweissroten diese Politik des Jammers ihren gläubigen Anhängern vielleicht noch verschleiern. Jetzt aber, wo hundertprozentig die Deutschnationalen die Young=Regierung retteten, muss es auch dem Einfältigsten klar werden: Wenn Goldströme von Subventionen winken, wenn Aussicht auf Lebensmittelzölle ins Ungemessene besteht, wenn man hofft, auch in Preussen in Machtpositionen einzurücken, pfeift man auf die nationale Befreiung und ähnliche Sonntagsphrasen. Mit hohen Speckzöllen lässt es sich auch in der Young=Kolonie aushalten. Die Grüne Front ist die Realität. Die nationale Front ist nur die Kulisse für die Dummen.

Nun wird der Reichskanzler Dr. Brüning regieren. Seine und seines Freundes Treviranus Absicht, die Deutschnationalen zu sprengen, ist misslungen. Hugenberg selbst ist mit seinem ganzen Tross gekommen. Der Zentrumskanzler, der ein Erneuerer des deutschen Parteilebens werden wollte, ist unter den Befehl des ältesten und in Wahrheit reaktionärsten deutschen Parteiführers gekommen. Brüning und Treviranus verkündigten, dass nun die Generation der Frontkämpfer Deutschland regieren werden. Der Traum ist vorbei. Es regiert die Grüne Front, verstärkt durch die schweren Geschütze der Industrie und die Tanks des Finanzkapitals.

Der "Frontkämpfer" Brüning ist ruhmlos in Gefangenschaft geraten, noch ehe er zum Kampfe anzutreten wagte.

Zur Abstimmung über die Misstrauensanträge.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Misstrauensanträge ist nach seiner endgültigen Feststellung dahin zu berichtigen, dass nicht 252, sondern 253 Abgeordnete gegen die Anträge gestimmt haben. Abgesehen von den wegen Krankheit und aus sonstigen Gründen beurlaubten Abgeordneten haben an der Abstimmung nicht teilgenommen

Bei den Sozialdemokraten die Abgg. Beims, Dr. Braun, Frölich-Thüringen, Graf, Grassmann, Hermann, Dr. Hilferding, Jäcker, Lübbring, Müller-Franken, Frau Pfülf, Dr. Remmele-Baden, Schlicke, Schmidt-Berlin, Schreck-Bielefeld; bei den Deutschnationalen die Abgg. Dr. Bang, Haag, Soth; bei den Demokraten der Abg. Lemmer.

Als beurlaubt fehlten bei den Sozialdemokraten 9 Abgeordnete, bei den Deutschnationalen 2, bei den Demokraten ebenfalls 2 Mitglieder.

SPD. Am Donnerstag-Nachmittag fand im Reichsfinanzministerium eine Besprechung der Finanzsachverständigen der Regierungsparteien mit dem Reichsfinanzminister über das Finanzprogramm statt.

Der Steuerausschuss des Reichstags ist für Freitag Vormittag einberufen um die Beratung der Finanzvorlage zu beginnen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Hass gegen die Notleidenden.

SPD. Wenn ein gegen Feuer versicherter Hausbesitzer, dem das Haus abbrennt die Versicherungssumme erhält, ist das ein einfaches Rechtsgeschäft. Es würde sich ein Hohngelächter erheben, wenn wir die Behauptung aufstellen wollten, dass er mit der Annahme der Versicherungssumme in der bürgerlichen Achtung gesunken sei. Aber mit den Arbeitslosen - ja da ist es ganz etwas anderes. Sie zahlen ihre Versicherungsbeiträge, wenn aber der Schadenfall eintritt und sie arbeitslos werden und nun den Gegenwert ihrer Beiträge als Erwerbslosenunterstützung erhalten, so werden sie vom Spiessbürgertum als Menschen zweiter Klasse angesehen, an denen jeder seine Stiefel abwischt.

In Amberg in Bayern stand ein Erwerbsloser wegen Bettelei vor dem Amtsgericht. Er verteidigte sich: Aber Herr Vorsitzender, ich kann doch nicht mit fünf und einer halben Mark leben, und mehr geben sie mir nicht bei der Fürsorge und Arbeit geben's einem auch nicht. Und wenn man noch....." Da riss dem Herrn Amtsgerichtsdirektor die Geduld und er erklärte barsch: "Man kennt Euch schon. Wenn Ihr Freitag Eure Unterstützung erhaltet, dann wirds versoffen." Und prompt brannte er dem armen Teufel zehn Tage Gefängnis auf.

Dann wirds versoffen! Das ist die ganze soziale Weisheit eines Amtsrichters: der täglich seine gewohnten Mass Bier trinkt und regelmässig seine Kalbshaxe isst! Erwerbslose sind ein unbequemes Volk. Sie erinnern den Spiessbürger, der sich eines bequemen Daseins erfreut, daran, dass es noch so etwas wie menschliche Not gibt. Und eben aus dieser unbequemen Erinnerung erwächst die Hetze gegen die Arbeitslosen.

Wie der Amtsrichter, so die Unternehmer. In der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" konnte man einst das folgende Lied vom Stempeln lesen:

Wer die Arbeit hat erfunden,
hat ans Stempeln nicht gedacht.
Sonst hätt man sich nicht so lange
abgerackert und geplagt.
Leben ist jetzt ein Vergnügen,
hier auf dieser schönen Welt.
Ist der Ausweis nur gestempelt,
dann erhält man auch sein Geld.
Warum soll man da noch schufteln,
wenn das Nichtstun wird bezahlt,
Mögen Dumme schwitzen, pusten,
ob es warm ist oder kalt.

Das ist der Geist der Kreise, die laut nach der Reform der Arbeitslosenversicherung, nach dem Abbau der Leistungen schreien, die politische Krise heraufbeschwören, weil nur der Hunger der Arbeitslosen Deutschland retten kann!

Wie der Spiesser die Krise erlebt.

Die Regierung Hermann Müller ist zurückgetreten, an ihre Stelle kam das Kabinett Brüning, die Lage ist unsicher und gespannt geworden. Artikel 48? Verfassungskonflikt? Wie erlebt dies der Spiesser? Ist er gespannt, blickt er mit Sorge in die politische Zukunft? Er erlebt es so:

"Grosse Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Als am Tage der Regierungskrise die Tochter des Reichskanzlers Hermann Müller, die in Berlin Jura studiert, vormittags um 10 Uhr wie jeden Tag im Regierungsauto zur Wohnung eines Repetitors gebracht wurde, ahnte noch niemand etwas von der veränderten politischen Lage. Als aber um $\frac{1}{2}$ 2 ganz ungewöhnlicherweise das Auto noch nicht zum Abholen erschienen war, wusste jeder Studienkollege: Die Regierung ist gestürzt. So liest man den Rücktritt der Regierung Müller im "Hannoverschen Tageblatt". Es ist natürlich alles Schwindel und Sensationserfindung. Der Rücktritt der Regierung Hermann Müller erfolgte bekanntlich nach 7 Uhr abends. Aber so genau braucht es Schmock nicht zu nehmen, er kennt sein Publikum, und er weiss genau, dass es sich vielmehr für die Tochter eines Reichskanzlers und für den Gebrauch eines Regierungsautos interessiert als für die Frage, was die Zukunft der Reichsfinanzen und des Parlaments sein wird!

Frick wird Pazifist.

Herr Frick hat sich zu einer Tat entschlossen. Er wird, wie ein zweiter Luther, eine längst schon nötige Revision der Bibel durchführen. Schliesslich war die Bibel doch immer ein verdächtiges Buch! Der echte Antisemit und teutsche Mann konnte zwar wohl immer noch Gründe finden, mit denen er beweisen konnte, dass Jesus kein Jude gewesen sei. Aber die Erzväter des alten Testaments, die waren nun einmal garantiert echte Semiten. Da beisst keine Maus einen Faden ab. Wer wollte noch zweifeln! Redet doch das Alte Testament zur Genüge von der Beschneidung der Erzväter in ihrer Jugend und das lässt sich nun einmal nicht hinwegdiskutieren. Gar erst die Namen: Moses und Abraham, Isaack und Rebekka! Und nun zu denken, dass diese jüdische Infizierung im christlichen Religionsunterricht schon im zartesten Kindesalter beginnt! Herr Frick wird diesem Unfug ein Ende machen. Er hat angekündigt, dass in Thüringen künftig im Religionsunterricht die alttestamentarischen Stoffe zurücktreten sollen.

Aber da erhebt sich nun bei uns ein grosses Bedenken. Schliesslich ist das Neue Testament eine ausgesprochen pazifistische Lektüre, mindestens ebenso schlimm wie das Remarquische Buch, das Herr Frick auf den Index gesetzt hat, ein Ausfluss jener verweichlichten Auffassung, die das Schwert verdammt und nur von Liebe und Verständigung redet. Das Alte Testament aber hat saftig und kernig den Satz verkündet: "Auge um Auge, Zahn um Zahn", mit seinen Schlachtberichten und Heldensagen ist es wie kaum ein anderes Buch geeignet, den kriegerischen Geist und Wehrwillen der Jugend zu stärken. Da kommt kein nationales Kriegsbuch mit.

Herr Frick, das haben sie schlecht gemacht. Aus lauter Hass gegen Abraham, Isaack und Rebekka wollen sie diese Stärkung des Wehrwillens der Jugend im Religionsunterricht unterbinden und die verweichlichte Lehre des Pazifismus predigen lassen. Aber, aber Herr Frick, sind denn auch Sie schon pazifistisch ver-seucht?

Die neue Judenschule.

Bei Kapp ging es bekanntlich zu wie in einer Judenschule. Die Herren Hakenkreuzputschisten sind düsterer Ahnungen voll, dass es im dritten Reich des Herrn Hitler nicht anders werden würde. Ein bekannter S.A.-Führer, ehemaliger aktiver Offizier, hat dem Exhakenkreuzler Dinter auf die Frage nach den Aussichten der Hakenkreuzpläne geantwortet:

Militärisch werden wir es jederzeit schaffen. Aber was soll dann werden? Wir haben ja keine Köpfe, um die Posten zu besetzen. Unsere sogenannten Führer haben ja alle nichts gelernt. Die Gauleiter sind meistens Quatschköpfe. Wo nehmen wir die Köpfe her, um die Verwaltungen zu besetzen. Schreien und Radaumache ist leicht. In Sachsen und Coburg haben wir uns schon genug blamiert."

Aus aller Welt

Politischer Mord.

Aufklärung nach 20 Monaten.

SPD. Eine Bluttat, die bereits 20 Monate zurückliegt, ist durch Nachforschungen zweier Kriminalkommissare in Berlin endlich aufgeklärt worden.

Am 12. August 1928 wurde auf der Chaussee von Nauen nach Wustermark der landwirtschaftliche Verwalter Hans Malcher, ein Mitglied des Stahlhelms, mit zahlreichen gefährlichen Stichverletzungen aufgefunden. Die Verwundungen waren so schwer, dass Malcher ihnen am folgenden Tage im Nauener Krankenhaus erlag. Trotz eifriger Ermittlungsversuche war es jedoch zunächst nicht möglich, den oder die Täter zu entdecken. Jetzt sind die Arbeiter Karl Scharr aus Poy, Vogt und Otto Harnack aus Wustermark und Harwanski aus Staaken des Mordes an Malcher überführt worden. Alle Vier haben seinerzeit dem Rotfrontkämpferbund angehört. Nach ihrer Einlieferung in das Polizeigefängnis Nauen legten sie das Geständnis ab, aus politischer Rache einem Stahlhelmer aufgelauert, Hans Malcher getroffen und ihn erstochen zu haben. Die geständigen Mörder werden dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

+ + +
Schülerselbstmorde. In Barmen wurde am Donnerstag morgen ein Oberrealschüler in seinem Schlafzimmer erschossen aufgefunden. Der Schüler hatte einen Brief der Schulleitung abgefangen, in dem seinem Vater mitgeteilt worden war, dass sein Sohn nicht versetzt werden könnte. Daraufhin schoss sich der junge Mensch am Mittwoch abend ins Herz. Der tragische Selbstmord wurde von den Angehörigen des Schülers erst am anderen Morgen entdeckt, als er geweckt werden sollte.

+ + +
Die Wiederherstellung der "München". Der Dampfer "München" des Norddeutschen Lloyd, der nach der verheerenden Brandkatastrophe, die am 11. Februar in seinem Laderaum ausgebrochen war, unter Wasser gesetzt werden musste, ist nach Ausführung von Notreparaturen soweit ausgepumpt worden, dass er aus dem Schlammboden des Hudsonflusses zehn Fuss hoch über die Oberfläche des Wassers gehoben werden konnte. Nach Beendigung der Pumparbeiten soll das schwerbeschädigte Schiff am Sonnabend zur Wiederherstellung in das Trockendock von Brooklyn abgeschleppt werden.

+ + +
Diebstahl wertvoller Gemälde. In der Nacht zum Donnerstag drangen Einbrecher in das Gutshaus der Frau Merkel in Alt-Langsdorf bei Werbig im Hohen-Flämmir. Den Dieben, die es lediglich auf die wertvolle Gemädesammlung abgesehen hatten, fielen fünf Originalgemälde, darunter je eins von Max Liebermann und von Wilhelm Trübner, ferner zwei Kopien von Werken Rembrandts und Leibls in die Hände.

+ + +
36 000 Mark unterschlagen. Ein 29 Jahre alter Angestellter der Bergischen Elektrizitäts-Versorgungsgesellschaft in Wuppertal hat es verstanden, in mehr als 280 Fällen die Beträge für Anschlussgebühren zu unterschlagen und auf diese Weise 36 000 Mark zu erbeuten. Bei einer Revision wurden die Unterschlagungen entdeckt.

+ + +

Überfall auf einen Chauffeur. Am Donnerstag vormittag bestiegen drei Männer im Zentrum Berlins eine Autodroschke, um nach Neu-Tempelhof zu fahren. Kurz vor der Grenze zwischen Schöneberg und Neu-Tempelhof wollten sie bereits aussteigen. Als der Chauffeur die Entrichtung des Fahrpreises verlangte, fielen die Männer über ihn her, schlugen auf ihn ein und brachten ihm erhebliche Kopfverletzungen bei. Die Suche nach den Tätern blieb bisher erfolglos.

Rechtsanwalt Ahrens stellt sich dem Untersuchungsrichter. Der frühere Rechtsanwalt Dr. Ahrens, der vor vier Jahren nach grossen Betrügereien seine Praxis im Berliner Westen aufgegeben hatte und nach Konstantinopel geflohen war, hat sich am Donnerstag in Begleitung des Rechtsanwalts Dr. Mendel, dem er seine Verteidigung übertragen hat, dem Untersuchungsrichter in Moabit gestellt. Dr. Ahrens ist als Schiffskoch auf der Luxusjacht eines Millionärs nach Deutschland zurückgekehrt. Eine Entscheidung darüber, ob der gegen Ahrens bestehende Haftbefehl aufgehoben wird oder nicht, wird erst in diesen Tagen gefällt.

Selbstmord eines Giftmörders. Im Gerichtsgefängnis in Elsterwerda hat der 65 Jahre alte Viehhändler Weber, der des Giftmordes an dem Viehhändler Lösche aus Gross-Thiemig dringend verdächtig war, seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Man hatte durch chemische Untersuchung von Schmutzteilen, die man unter Webers Fingernägeln gefunden hatte, festgestellt, dass Weber am Tage des Mordes mit Strychnin gearbeitet hatte. Lösche war, wie die Obduktion seiner Leiche ergeben hatte, mit Strychnin, das ihm aufs Butterbrot gestreut worden war, vergiftet worden. Die Witwe des Ermordeten, die zunächst der Mittäterschaft verdächtig war, wurde auf freien Fuss gesetzt.

Tödlicher Arbeitsunfall. In der Eisengiesserei der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin ereignete sich am Donnerstag vormittag ein tödlicher Unfall. Eine schwere eiserne Tür fiel um und begrub einen 53 Jahre alten Arbeiter unter sich. Als der Verunglückte von seinen Arbeitskollegen hervorgezogen wurde, war er bereits tot.

Verzweiflungstat eines Arbeitslosen. In Chemnitz hat ein Kellner während der vorübergehenden Abwesenheit seiner Frau seine beiden Kinder im Alter von 12 und 3 Jahren und sich selbst mit Gas vergiftet. Eine längere Arbeitslosigkeit hatte den Mann zu dieser Verzweiflungstat getrieben.

Raubüberfall auf eine Kassierererin. Ein äusserst geschickt inszenierter Raubüberfall wurde in Gelsenkirchen auf die Tochter eines Bergmanns verübt, die als Hauptkassierererin bei einer grossen Lebensmittelfirma angestellt ist und bei ihren Eltern wohnt. Das junge Mädchen hatte die Tageseinnahme von mehr als 100 Filialgeschäften der Firma mit nach Hause genommen. Vier verummante Räuber drangen in die Wohnung ein, hielten den Anwesenden Revolver entgegen, schalteten das Licht aus und entkamen mit einem schweren Lederkoffer, der mehr als 25 000 Mark enthielt. Trotzdem das Überfallkommando sofort alarmiert wurde, konnte noch keine Spur von den Räufern entdeckt werden.

Eisenbahnunfall in Südamerika. In Columbien, an der nordwestlichen Ecke von Südamerika, ereignete sich ein schwerer Güterzugunfall. Die Lokomotive des Zuges sprang während der Fahrt aus den Gleisen und stürzte um. Dadurch entgleisten auch die nächstfolgenden Wagen, fuhren aufeinander und wurden vollständig zertrümmert. Das Unglück erforderte fünf Todesopfer, während zehn Personen verletzt wurden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Pharisäer.

Ihr Spiel mit dem Stahlwerk Becker.

SPD. Die schwerindustrielle Presse weint blutige Tränen. Was ist geschehen? Das Aufkaufskonsortium der grossen Eisenkonzerne hat die endgültige Stilllegung der Betriebe des Stahlwerks Becker beschlossen. Wer ist schuld an dieser Stilllegung? Selbstverständlich die freien Gewerkschaften. So meldet die Kölnische Zeitung aus Krefeld, dass die Werksleitung, nachdem der sozialistische Deutsche Metallarbeiterverband und der Hirsch=Dunkersche Gewerksverein den Weiterbetrieb des Stahlwerks Becker unmöglich gemacht hätte, den Stilllegung antrag für den Betrieb in Willich und die Reinholds=Hütte in Krefelder Hafen gestellt habe. Es ist also so gekommen, wie wir vorausgesagt haben: Der Stahlmoloch spielt sich als Menschenfreund auf und entrüstet sich pharisäisch über die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Aus dem Spiel der Unternehmer mit dem Stahlwerk Becker ist eine richtige Tragikomödie geworden. Die tragische Rolle darin spielen die Arbeiter, während die Unternehmer die Rolle der Komödianten übernommen haben.

Dass die Stahlunternehmer bei den Vorgängen im Stahlwerk Becker von vornherein es nur auf ein taktisches Manöver abgesehen hatten und nie ernsthaft an eine Unterlassung der Stilllegung dachten, wird selbst in führenden bürgerlichen Blättern, z.B. in der "Frankfurter=Zeitung" zugegeben. Das Blatt betont, dass die Gegenspieler auf der Seite der Arbeitgeber "sehr geschickt vorgegangen" seien. Sie könnten jetzt erklären, dass sie den guten Willen gehabt hätten, dass aber die Verständigung an den zwei Gewerkschaften gescheitert sei, denen nun die verantwortungsbewusste Haltung des Christlichen Metallarbeiterverbandes und der Angestelltengewerkschaften entgegengehalten werde. Ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Meinung werde bereit sein, die Gewerkschaften für die Schuldigen zu halten. Die Unternehmer haben es in der Tat leicht, sich heuchlerisch über die freien Gewerkschaften zu entrüsten, denn sie brachen ja nur die Stimmen der Zentrums Presse zu zitieren, die die Zustimmung des Christlichen Metallarbeiterverbandes zum Angebot der Werksleitung zu rechtfertigen sich bemüht und die ablehnende Haltung der freien Gewerkschaften bekämpft. In den Auslassungen der Zentrums Presse heisst es, mit der Ablehnung des Angebots der Werksleitung überantworte der Deutsche Metallarbeiterverband im Krefelder Bezirk zu dem grossen Heer der arbeitslosen Metallarbeiter weiter 2 000 der Strasse und unterbinde damit erst recht jede Möglichkeit, demnächst zu einer Neuregelung der Tarifverhältnisse im Interesse der übrigen Metallarbeiter zu schreiten. Diese Neuregelung hätte der Deutsche Metallarbeiterverband vorausichtlich mit der Zustimmung zur Verlängerung des zum 30. November 1930 kündbaren Lohn tariffs um 4 Monate erreicht.

Diese Zukunftsmusik ändert nichts an der Tatsache, dass die Unternehmer, wenn sie gewollt hätten, die Stilllegung auf Grund des Angebots der Belegschaft ohne Finessen vermeiden konnten. Die Reduzierung um 15 % des Lohnes traf gar nicht die tariflichen Sätze. Die Festlegung und Aenderung der Akkorde ist, wie der Deutsche Metallarbeiterverband in seiner Antwort betont, nach der bisherigen Gepflogenheit in Krefeld von dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie immer als eine reine Werksangelegenheit betrachtet und behandelt worden. Wozu

also die gewaltsame Hereinzerrung der Gewerkschaften in eine rein lokale Hilfsaktionsfrage? Ein Teil der Unternehmerpresse, wie die "Bergwerkszeitung" und die "Rheinisch-westfälische Zeitung", haben den Grund dafür angegeben. Mit der Bindung der Gewerkschaften an einen lokalen Lohnabbau wollte man einen Präzedenzfall und damit eine neue Parole für die Lohnabbauoffensive schaffen. So schrieb die "Rheinisch-westfälische Zeitung": "Gehen die Gewerkschaften auf das Angebot der Belegschaft und die daran geknüpften Bedingungen der Arbeitgeberseite ein, dann wird durch die Inangenhaltung des Werkes eine ganz neue Entwicklung der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingeleitet, die in ihrer prinzipiellen Bedeutung selbst über Deutschland hinaus nicht ohne Beachtung bleiben wird."

Man hatte die Gewerkschaften in der Zwickmühle: entweder nahmen sie das Angebot der Werksleitung an und gaben damit den Unternehmern für die Lohnabbauoffensive eine schöne Parole in die Hand oder sie machten nicht mit und dann konnte man sie anklagen, dass durch sie eine Belegschaft von rund 2 000 Mann auf die Strasse geflogen sei.

Alles war von vornherein nichts anderes als Taktik, Manöver und Komödie. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Stahlwerks haben es, als sie ihr Lohnverzichtangebot machten, ehrlich gemeint, nicht aber die Werksleitung. Auch die "Frankfurter-Zeitung" hebt das hervor und knüpft deshalb an ihren Hinweis auf das ehrliche Opfer der Belegschaft die Frage: "Warum aber liessen es die Arbeitgeber aus formalen Bedingungen scheitern?" Die Unternehmer wissen zur Genüge, dass in ähnlichen Fällen wie beim Stahlwerk Becker die Gewerkschaften stets ein Auge zugedrückt haben. Wenn die Werksleitung ernsthaft die Stilllegung vermeiden wollte, dann konnte sie ruhig die Weiterarbeit versuchen. Bis Ende November ist noch fast ein ganzes Jahr. Sie riskierte ja auch so gut wie nichts, denn sie versprach die Weiterbeschäftigung ja nur im Rahmen der Beschäftigungslage der Eisen- und Stahlindustrie.

Wer helfen will, versteift sich nicht derartig sophistisch und pedantisch auf formale Bedingungen, wie es die Werksleitung im Fall des Stahlwerks Becker getan hat. Wer ehrlich helfen will, verknüpft seine Hilfe nicht mit grossen und schwierigen Problemen wie mit der Forderung eines allgemeinen Lohnabbaus. Die Haltung der Werksleitung kommt einem vor wie wenn einer die Hergabe eines Allmosens davon abhängig macht, dass der Bettler mit ihm gleicher Weltanschauung ist. Wer helfen will, macht nicht so viele Wenn und Aber wie die Werksleitung im Stahlwerk Becker.

Der Stahlmoloeh hat nur gespielt mit der Angst der Belegschaft vor der drohenden Arbeitslosigkeit. Spiel mit der Not ist gemein.

SPD. Rund 1 300 000 Mark Strafgeelder sind in dem Zeitraum vom 1. Oktober 1928 bis zum 30. September 1929 den Ruhrbergarbeitern auferlegt worden. Nicht nur die Höhe der Strafgeelder gibt zu denken, sondern auch die Willkür, mit der sie verhängt werden. Bei einem Teil der Zechen wurden die Strafen fast nur für zu leichtes Beladen der Wagen und sonstige Vergehen verhängt, bei einem anderen Teil war es genau umgekehrt. Merkwürdig, dass die eine Belegschaft ihre "Bosheit" nur im Beladen der Wagen zu erkennen gibt, sonst aber musterhaft ist und die andere Belegschaft die Wagen vorschriftsmässig beladen, im übrigen aber sich unbootsmässig verhalten soll. Da stimmt etwas nicht. Viele Strafen sind darauf zurückzuführen, dass eine Reihe von Zechenbeamten empfindlich sind wie alte Jungfern, wenn ein Bemann mal seine Meinung sagt.

Das Strafsystem des Ruhrbergbaus ist ein Skandal! Denn die Zechenbesitzer weigern sich hartnäckig, der Forderung der Bergarbeiter auf Einführung von Wiegevorrichtungen für die Wagen entgegenzukommen. Sie behaupten, solche Wiegevorrichtungen seien technisch nicht durchführbar. Ein glatter Schwindel! In

England wie im Saargebiet kannte man nie eine andere Art der Feststellung des Gewichts als das Wiegen der Wagen. England kennt ein Strafsystem, wie es auf den deutschen Gruben üblich ist, überhaupt nicht, und der englische Bergbau ist deswegen nicht zugrunde gegangen. Das alte Polizeirecht der deutschen Grubenunternehmer ist eine Erbschaft aus der Monarchie. Die Republik muss damit aufräumen.

SPD. Eine Lohnforderung ist - wenn man die Unternehmer hört - zur Zeit das grösste aller Verbrechen. Die Massschneider müssten danach also recht gewissenlose Leute sein; denn sie führen zur Zeit sogar einen Streik, bei dem es sich in erster Linie um eine Lohnerhöhung handelt. Sie fordern eine Lohnerhöhung, obwohl auch ihnen klar ist, dass die Bekleidungsindustrie zur Zeit nicht im Zeichen einer Hochkonjunktur steht. Ihre Forderung wird aber sofort verständlich, wenn man weiss, wie grauenhaft niedrig die Löhne der Massschneider im Vergleich zu den übrigen Berufsgruppen liegen. Sie rangieren vielfach unter den Lohnsätzen der ungelernten Arbeiter. Das ist ein absolut ungesunder und durch nichts zu rechtfertigender Misstand.

Auch die Arbeitgeber haben bei den Verhandlungen in keiner Weise die Beweisführung der Gewerkschaften über die erschreckend tief stehenden Schneiderlöhne entkräften können. Ueberaus bezeichnend ist, dass die Unparteiischen in der Begründung ihres Schiedsspruchs selbst die Lohnforderung der Bekleidungsarbeiter gerechtfertigt haben. Sie haben selbst bewiesen, dass die Schneiderlöhne dringend reformbedürftig sind. Dass die Massschneiderei einen besseren Lohn auch tragen kann, hat das Vorgehen der Arbeitgeber in Hamburg gezeigt, wo eine Lohnverbesserung um 5 % bewilligt worden ist.

Die Schneiderlöhne bringen wahrhaftig keine Reichtümer ein, denn, ganz abgesehen von dem enormen Tiefstand der Lohnsätze, leiden die Schneider ja auch noch darunter, dass sie nur kurze Saisonperioden voll beschäftigt sind. Ihr Gesamteinkommen ist deshalb reichlich schmal.

SPD. Im heiligen Köln hat die vom Bürgertum beherrschte Stadtverwaltung im Haushaltsplan für 1930 den Betrag für die Kinderspeisungen von 752 000 auf 350 000 gesenkt. Dieser Betrag für Kinderspeisung setzt sich nicht nur aus Mitteln der Stadt zusammen, sondern 214 000 Mark stammen von den Krankenkassen, 50 000 von der Provinz und 70 000 Mark von sogenannten Selbstzahlern. Die Stadt hatte also nur rund 400 000 Mark aus eigenen Mitteln für die Kinderspeisungen aufzubringen. Ihren eigenen Betrag hat sie um die Hälfte, auf 200 000 Mark gekürzt, damit zwang sie auch die übrigen Helfer der Kinderspeisung, z.B. die Krankenkassen, ihre entsprechenden Beträge zu senken. So geht es, wenn die Sparwut in der sozialen Fürsorge sich austobt.

SPD. Bochum, 3. April (Eig. Drahtber.)

Auf der Zeche Minister Achenbach in Lünen werden infolge des ungünstigen Ausgangs der Kohlen-Syndikatsverhandlungen am 15. April 350 Arbeit entlassen. Weitere grosse Entlassungen folgen. Die Zeche Neumühl bei Hamborn hat bereits 600 Arbeit entlassen. Die Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke hat Antrag auf Entlassung von 400 Bergarbeitern gestellt. Ab 15. April werden also in Hamborn 1000 Bergarbeiter brotlos sein. - Die neuen Besitzer des Stahlwerks Becker in Willich hatten beim Kauf des Werkes die Einstellung der Flusseisenfabrikation verfügt, 880 Arbeit zu entlassen. Der Abbau, der durch die Verhandlungen "um die Erhaltung des Werkes" vertagt worden war, ist jetzt in Kraft getreten.

Wirtschaft Technik Handel

Der Petschekskandal.

(Ignaz Petscheck bestimmt, dass Ignaz Petschek verdienen muss.)

SPD. Der Petscheckskandal hat eine neue Erörterung auf der Generalversammlung der "Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikettfabriken, Welzow (Niederlausitz) gefunden. Die "Eintracht" gehört zum Konzern des Montanindustriellen Ignaz Petschek. Sie war eine der ersten grösseren Erwerbungen, die Petschek, der aus Aussig in der Tschechoslowakei stammt und sich ursprünglich im böhmischen Braunkohlenhandel betätigte, in Deutschland vornahm. Das Unternehmen ist mit einem Kapital von 24 Millionen Mark ausgerüstet und erbrachte in den letzten Jahren ständig steigende Gewinne, wobei man allerdings feststellen musste, dass die Verwaltung wesentliche Teile der Ertragnisse nach den bekannten Methoden versteckte. Das hat eine Opposition hervorgerufen. Sie war auf der Generalversammlung nicht gross, erfasste eben 1000 Stimmen gegenüber rund 35 000 Stimmen, auf die sich Ignaz Petschek stützen kann. Die Opposition nahm aber kein Blatt vor den Mund und machte Petschek in der Versammlung den Vorwurf, dass er das Unternehmen durch übermässige Belastung mit Handelsgewinnen schädige.

Das ist nachgerade eine Binsenwahrheit geworden und kein anderer als der bekannte Kölner Betriebswissenschaftler Schmalenbach hat das in einem amtlichen Gutachten bestätigt. Trotzdem hat das Ostelbische Braunkohlensyndikat, das im vorigen Jahr den Vorwurf hinnehmen musste, rechtsradikale Organisationen aus seinen Kohlenprofiten zu subventionieren, vor kurzem noch den Mut gehabt, die Petscheksche Profitwirtschaft als harmlos und völlig in Ordnung hinzustellen. Auf der Generalversammlung der "Eintracht" erklärte die Petscheksche Verwaltung auch, dass sie nur in Übereinstimmung mit dem Syndikat handele, dass sie schliesslich nur die Gewinne für sich in Anspruch nehme, die ihr das Syndikat zuweise, und dass ferner diese Gewinne, verglichen mit denen in der Vorkriegszeit, noch viel zu gering seien. Die Sondergewinne pro Tonne Kohle hätten vor dem Krieg bereits 1,20 Mark pro Tonne betragen. Wenn man die Geldentwertung berücksichtige, bedeute der gegenwärtige Gewinn von 1,20 Mark pro Tonne eine Gewinnverminderung.

Machen wir uns diese kapitalistische Logik einmal klar und gehen wir dabei von der "Eintracht" aus. Die Kohle, die von der "Eintracht" gefördert wird, kommt nicht ohne weiteres in die Hände des Verbrauchers. Der Verbraucher bezieht die Kohle von dem Kleinhändler; der Kleinhändler ist in seinem Kohlenbezug auf den Grosshändler angewiesen. Beide, Kleinhändler und Grosshändler, erfüllen gewisse volkswirtschaftliche Funktionen. Sie übernehmen die Finanzierung und die Verteilung, wobei allerdings unerörtert bleibt, ob der Handelsweg nicht einfacher zu gestalten wäre. Die "Eintracht"-Kohle durchläuft aber noch einen weitaus komplizierteren Weg. Zwischen der Grube "Eintracht" und den Grosshändlern steht die "Deutsche Kohlenhandelsgesellschaft m.b.H." in Leipzig. Das ist die Dachgesellschaft des Konzerns Ignaz Petschek. Diese Kohlenhandelsgesellschaft hat eigentlich mit dem Kohlenhandel gar nichts zu tun. Sie leistet nicht die geringste produktive Arbeit. Sie registriert ausschliesslich den Verkauf und bekommt dafür, ohne auch nur einen Finger zu rühren, pro Tonne 1,20 Mark. Der Leser wird merken, weshalb die Kohlen so teuer sind. Allerdings sagt man ihm immer in der bürgerlichen Presse, dass das auf die hohen Bergarbeiterlöhne zurückzuführen sei. Von Ignaz Petscheks Deutscher Kohlenhandelsgesellschaft

schweigt man.

Diesen Unfug meinte die Opposition auf der Generalversammlung der "Eintracht", als sie auf die Belastung des Unternehmens mit hohen Handelsgewinnen hinwies. Die Opposition ist völlig im Recht. Unrecht hat dagegen die Verwaltung der "Eintracht", wenn sie behauptet, sie füge sich dabei nur den Massnahmen des Ostelbischen Kohlensyndikats. Gewiss, das Ostelbische Kohlensyndikat gewährt bei einer Abnahme von mindestens 60 000 Tonnen einen Sonderrabatt von 1,20 Mark je Tonne. Für die Abnahme solcher grossen Mengen kommen natürlich nur ganz grosse Händler in Frage. Ignaz Petschek hat aber das Ding so gedreht, dass er sich in der Dachgesellschaft seines Konzerns, der Deutschen Kohlenhandels-gesellschaft m.b.H. in Leipzig, als Kohलगrosshandelsgesellschaft etablierte. Er schluckt also die Gewinne. Andererseits muss das Syndikat tun, was Petschek will; denn Ignaz Petschek beherrscht tatsächlich 70% des Syndikats. Ignaz Petschek bestimmt also im Syndikat, dass derselbe Ignaz Petschek in der Deutschen Kohlenhandels-gesellschaft Millionen auf Millionen verdient.

Es handelt sich hier um Erzielung von Sondergewinnen zum Schaden der Bevölkerung, der man die Kohle verteuert und zum Schaden der Betriebe, denen man die Mittel entzieht, die ja in die Taschen von Ignaz Petschek fliessen. Es ist die höchste Zeit, dass diesem Skandal endlich mal zu Leibe gegangen wird.

SPD. Wie aus dem Abschluss der Preussischen Bergwerks- und Hütten A.-G. (Preussag), eines der Montanunternehmen des preussischen Staates, hervorgeht, hat sich im verflossenen Jahr der Betriebsüberschuss von 24,2 auf 30,7 Millionen Mark erhöht. Nach Abzug der Unkosten von 7,5 gegen 6,3 Millionen Mark verbleibt ein Reinüberschuss von 23,2 gegen 17,9 Millionen im Vorjahr. Hiervon gehen ab die für die Zuschussbetriebe entstandenen Verluste in Höhe von 4,1 gegen 2,8 Millionen und Abschreibungen von 10,1 gegen 8,4 Millionen Mark im Vorjahr. Danach verbleiben als Nettogewinn 8,9 gegen 6,6 Millionen, so dass die im vergangenen Jahr von 5 auf 4 % gesenkte Dividende wieder auf ihren alten Satz erhöht werden konnte.

Dem Mehrgewinn entsprechend hat sich auch der Gesamtumsatz bei der Preussag von 125,1 auf 137,6 Millionen Mark kräftig gesteigert. Umso mehr muss der besonders betonte Pessimismus im allgemeinen Teil des Geschäftsberichts befremden, in dem die Entwicklung des letzten Jahres schwarz in schwarz gemalt wird. Die Verwaltung eines der grössten staatlichen Betriebe sollte sich doch hüten, in den allgemeinen Zweckpessimismus der privaten Unternehmer zu verfallen. Wenn die Verwaltung der Preussag aber u.a. die gänzlich sinnlose Behauptung aufstellt, dass auch im letzten Jahr die zu hohen Selbstkosten unsere Ausfuhrmöglichkeiten eingeschränkt hätten, während 1929 in Wirklichkeit eine Rekordausfuhr brachte, so ist dies ein reichlich starkes Stück.

Für ihre eigenen Betriebe muss die Verwaltung auch zugeben, dass sie im letzten Jahr recht gut abgeschnitten hat. So blieb der Absatz der Kaliwerke trotz der ungünstigen Lage der Landwirtschaft infolge Steigerung der Ausfuhr befriedigend. Auch die Kohlenbergwerke wiesen eine starke Belebung der Beschäftigung auf und der Ertrag der Zechen war im Berichtsjahr besonders gut, weil die starke Nachfrage mit der beendeten Rationalisierung und Modernisierung der Zechen- und Kokereibetriebe zusammentraf. Zuschussbetriebe blieben auch im laufenden Jahr die Giessereiwerkstätten in Gleiwitz, die Bernsteinbetriebe in Ostpreussen und der Oberharzer Erzbergbau. Sehr erfreulich ist, dass die Sicherheit in den Betrieben von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Die Zahl der tödlichen Unfälle, die 1924 = 41 und noch 1928 = 40 betragen hatte, ist auf 27 zurückgegangen. Auf 1000 Beschäftigte entfielen 1924 = 1,36, dagegen im Berichtsjahr nur noch 0,9 tödliche Unfälle.

Zu dem deutsch-polnischen Handelsvertrag erklärt der Geschäftsbericht, dass den Auswirkungen des Handelsvertrages in wirtschaftlicher wie in sozial-

politischer Beziehung mit grosser Sorge entgegengesehen würde. Ferner erklärt die Verwaltung auf Anfrage, dass das Eindringen der polnischen Kohle sie zu grösseren Abbaumassnahmen zwingen würde. Sie beziffert die durch die polnische Kohleneinfuhr arbeitslos werdenden Bergleute in Oberschlesien auf insgesamt 10 000 bis 12 000 Mann.

Das ist sicherlich zu hoch gegriffen. Die Freussag hätte bei ihren Prophezeiungen auch berücksichtigen müssen, dass organisatorische Massnahmen mit dem Ziel im Gange sind, dem oberschlesischen Bergbau die schwersten Lasten abzunehmen, um sie auf die Gesamtwirtschaft zu verteilen.

SPD. Der letzte Wochenbericht des Konjunkturforschungsinstituts beschäftigt sich mit der Lage am Kapitalmarkt, wo sich die Erleichterungen fortgesetzt haben. Die Nachfrage nach festverzinslichen Papieren sei gewachsen. Die Emissionsinstitute hätten erhebliche Teile ihrer Stützungsbestände abstossen und die Ausgabe neuer Wertpapierserien vornehmen können.

Das Institut ist der Meinung, dass die Entspannung am Kapitalmarkt zu einer Erleichterung der Beschaffung von Hypotheken für den Wohnungsbau führen werde. Dagegen dürften die Wohnungsbauzwischenkredite, die im Vorjahr stark ausgedehnt worden sind, verringert werden. Grosse Teile der Zwischenkredite (z.B. der 120 Millionen Mark-Reichszwischenkredit) könnten nicht mehr ausgeliehen werden. Ferner glaube eine Anzahl von Kreditinstituten, die sich besonders mit dem Wohnungsbauzwischenkreditgeschäft befassen, ihre Ausleihungen nicht mehr ausdehnen zu können. Die Verbilligung der Wohnungsbauzwischenkredite (gegenwärtige Kosten etwa 9,3 % gegenüber 10,88 % im Durchschnitt des letzten Vierteljahres 1929) und die Heraufsetzung des Auszahlungskurses bei Hypotheken werde die Zinsbelastung der künftigen Wohnungsneubauten verringern. Dadurch dürfte die Bereitwilligkeit zur Gewährung von Wohnungsbauhypotheken wieder zunehmen. Das Schwergewicht des Wohnungsbauhypothekengeschäftes habe sich schon im verflorenen Jahr auf die Beleihung von Kleinwohnungen verschoben.

SPD. Die Büros und Kassen der Reichshauptbank werden am Sonnabend, den 19. April den ganzen Tag geschlossen sein.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(3. April.)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,40 bis 1,60 Mark, Rote 1,50 bis 1,80, Gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 2,30 bis 2,50 Mark.

Berliner Milchpreis.

SPD. Milchpreis Berlin: Erzeugerpreis für 1 Liter Vollmilch frei Berlin = 13 Pfennige (Grundpreis) ab 4. April. Zuschläge für tiefgekühlte Milch 0,5 Pfennige, für molkereimässig bearbeitete Milch 1-2,25 Pfg.

Ende der Haasse?

(Berliner Getreidebörse vom 3. April.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse eröffnete am Donnerstag in erheblich abgeschwächter Haltung. Die ersten Notizen am Markte der Zeitgeschäfte lauteten für beide Brotgetreidearten 3 bis 5 Mark niedriger. Am Lokomarkt war zwar Angebot an Inlandsroggen und Inlandsweizen vorhanden; jedoch war dieses sehr klein. Es wurden stets die höchsten Notierungen des Vortages verlangt. Da aber die Käufer unsicher geworden waren und die hohen Preise nicht bewilligen wollten, blieb die Umsatztätigkeit sehr gering. Im weiteren Verlauf der Börse setzte sich ein nennenswertes Befestigung durch. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Preise in die Höhe und zum Teil konnten sogar die Anfangsverluste völlig wieder ausgeglichen werden. Am Markte der Zeitgeschäfte war grosse Zurückhaltung auf beiden Seiten. Die Mühlen scheinen schwach versorgt zu sein und halten mit Angebot sehr zurück. Aber auch die Käufer sind unsicher geworden und kaufen nur den allernotwendigsten Bedarf. Zumeist lauten die Forderungen der Mühlen unverändert, nur für Weizenmehl waren sie stellenweise leicht ermässigt. In Hafer und Gerste hat sich das Angebot gleichfalls vergrössert. Bei den hohen Forderungen, die gestellt wurden, blieb aber auch hier die Kauflust klein, sodass nur wenig Umsätze zustandekamen.

	<u>2. April</u>	<u>3. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	263 - 265	262 - 264
Roggen	164 - 166	164 - 166
Braugerste	180 - 193	182 - 196
Futter- und Industrierogerste	165 - 174	168 - 178
Hafer	160 - 170	159 - 169
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,75-37,00	28,75-37,00
Roggenmehl	23,00-26,00	23,50-26,50
Weizenkleie	9,75-10,50	9,75-10,50
Roggenkleie	10,00-10,50	10,00-10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai $273\frac{1}{2}$ -275 (Vortag $277\frac{1}{2}$), Juli 282-284 Geld (287), September $268\frac{1}{2}$ -271 (273). Roggen Mai $180\frac{1}{2}$ - $185\frac{1}{2}$ (185), Juli $193\frac{1}{2}$ -196 $\frac{1}{4}$ ($196\frac{1}{2}$), September $194\frac{1}{2}$ -196 (198). Hafer Mai 177 bis 178 (180), Juli $187\frac{1}{2}$ -189 (191), September 187 (187).

Amtliche Eiernotierungen.

(3. April)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische, gestempelte, über 65 Gramm $11\frac{1}{2}$, 60 gr $11\frac{1}{4}$, 53 gr 9, 48 gr $8\frac{1}{4}$ frische Eier über 53 gr $8\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier 6- $6\frac{1}{2}$. Auslandseier: Dänen 18er $11\frac{1}{4}$, 17er $10\frac{1}{4}$, Holländer 68 gr $11\frac{1}{4}$, 60-62 gr $9\frac{3}{4}$ - 11 , Rumänen $7\frac{1}{2}$, Ungarn $7\frac{1}{2}$ -8, Russen normale $7\frac{1}{4}$, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6- $6\frac{1}{2}$. Tendenz! behauptet.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 3. April: I. 135 Mark, II. 120 Mark, III. 104 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 26.

Berlin, den 3. April 1930.

Juristische Eheberatung.^x

SPD. Die weitaus grösste Zahl der zurzeit bestehenden Eheberatungsstellen beschränkt sich auf die medizinische Eheberatung. Das entspricht auch den in einigen Erlassen zum Ausdruck gekommenen Absichten des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt. Nur vereinzelt, u. a. in Hamburg, ist der Versuch einer umfassenden Eheberatung gemacht worden, die Auskunft und Rat gibt auf medizinischem, juristischem, sozialem und rein menschlichem Gebiete. Die privaten, von einzelnen Vereinigungen ins Leben gerufenen Eheberatungsstellen pflegen im Gegensatz zu den kommunalen Stellen häufig eine Eheberatung, die über das rein medizinische Gebiet hinausgeht.

Der Weg zur gemeinnützigen Rechtsauskunftsstelle, die ohne besondere Vertiefung in den speziellen Fall formal richtige Auskunft gibt, war ja ebenso wie der Weg zum Anwalt für die nach Scheidung strebenden Ehegatten auch früher schon gegeben. Die juristische Eheberatungsstelle bietet jedoch den grossen Vorteil, dass die Berater sich intensiver in die menschliche Seite des Falles vertiefen, dass eine Frau zur Frau sprechen kann, und dass die Eheberatung, als über den beiden Parteien stehend, auch mit dem anderen Partner vermittelnd in Fühlung treten kann. Sehr richtig nennt Dr. Lotte Mamlok aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in einer Berliner juristischen Eheberatungsstelle die Tätigkeit des sozialen Juristen Rechtshygiene.

Dr. Lotte Mamlok zählt in einem kürzlich veröffentlichten, sehr beachtenswerten Artikel über juristische Eheberatung einige Fälle auf, die in der Eheberatung dauernd wiederkehren. Am wichtigsten ist die Unterhaltsfrage. Immer wieder erlebt man es, dass, wenn der Mann einen freien Beruf ausübt und ihm die Höhe seines Einkommens schwer nachzuweisen ist, die Frau und die Kinder in bezug auf den Unterhalt leer ausgehen; selbst die Zwangsvollstreckung stösst auf die grössten Schwierigkeiten. Ein Übelstand ist auch der Verlust der Pension für eine Beamtenfrau; aus Furcht vor diesem Verluste strengen viele Beamtenfrauen die Scheidungsklage nicht an, obwohl sie juristisch und menschlich im Rechte sind. Nur auf besonderen Antrag und bei besonderer Bedürftigkeit kann das Witwengeld an die "schuldlos" geschiedene Frau gewährt werden. Der grösste Übelstand liegt in der Wohnungsfrage. Der schuldig geschiedene Gatte muss keineswegs die Wohnung verlassen, sondern behält sie auf alle Fälle, wenn nicht die Frau Alleininhaberin der Wohnung gewesen ist, selbst dann, wenn die Frau den Mietvertrag mit unterschrieben hat. Erst ganz allmählich bildet sich neuerdings in Hamburg eine Rechtsprechung heraus, wonach der Teil die Wohnung behalten kann, der sie am nötigsten braucht. Dieser Ehegatte hat dann dem anderen eine Abfindung zu zahlen, mit deren Hilfe er sich eine neue Wohnung beschaffen kann. Nur für Wohlhabende kommt die Lösung in Betracht, dass beide Gatten ihre Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen und dafür die Zuweisung zweier halb so grosser Wohnungen beantragen. Der schmerzlichste Punkt ist wohl die Erziehung und Ausbildung der Kinder. Der Vater behält fast immer das Entscheidungsrecht und kann die Schul- und Ausbildungszeit durch seinen Machtanspruch verkürzen, selbst dann, wenn die Mutter die weitergehende Ausbildung aus eigener Tasche mitbestreiten will. Die Ungunst der Rechtsprechung in der Unterhaltsfrage, der Kinderausbildung und der Wohnungsfrage veranlasst oftmals

die Eheberaterin, der Frau trotz grösster ehelicher Widerwärtigkeiten von der Scheidung abzuraten.

Die häufig wiederkehrende Frage der Ehefrauen, ob der Mann sie zur Berufsarbeit und zum Mitverdienen zwingen könne, muss je nach der Lage des Falles verschieden beantwortet werden. Es müssen hierbei die Vermögens- und Einkommenslage der Familie, die sozialen Verhältnisse, der Gesundheitszustand der Frau und ihre sonstigen Verpflichtungen Kindern gegenüber usw. mit in Betracht gezogen werden. - Es ist selbstverständlich, dass der Richter den Zwang der "sozialen Verhältnisse", die die Mitarbeit der Frau notwendig oder angemessen erscheinen lassen, bei der bürgerlichen Frau anders beurteilt als bei der Arbeiterfrau. - Die Verfasserin des erwähnten Artikels wendet sich weiterhin gegen den weitverbreiteten Unsinn, dass ein Ehemann seine Gattin, wenn sie ihn verlassen hat, dreimal zur Rückkehr auffordern müsse, und dass durch die Nichtbefolgung seiner Aufforderung ein Scheidungsgrund gegeben sei. Die Rechtslage ist in Wahrheit so, dass ein Verlassen ohne triftigen Grund dem Manne das Recht auf Klage der Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft gibt. Hat die Frau aber einen triftigen Grund zum Verlassen des Mannes, so nutzt ihm weder eine einmalige noch eine dreimalige Aufforderung. Ein Fehler vieler Frauen ist es auch, dass sie, wenn sie auch Scheidungsgründe haben, sich dem Manne nicht versagen zu dürfen glauben, damit er nicht einen Scheidungsgrund gegen sie bekommt. Sie handeln damit durchaus gegen ihr Interesse, denn durch den ehelichen Verkehr gilt der Scheidungsgrund als "verziehen". Geschlechtskrankheit ist an sich kein Scheidungsgrund, kann jedoch nach Infektion des anderen Ehegatten, der vorher nachweislich gesund gewesen ist, zur Scheidung wegen Ehebruch führen, wenn die Klage alsbald nach Erkennen der Krankheit erhoben wird. War vor der Ehe Geschlechtskrankheit bei einem Partner vorhanden und ist diese Krankheit bei Eingehung der Ehe verschwiegen worden, ist unter Umständen ein Eheanfechtungsgrund gegeben.

H.S.

Die letzte Kiefer.^x

SPD. "Gretchen, such' mich mal!" schallte es irgendwoher um das kleine Siedlungshäuschen. Das fünfjährige Gretchen lief nicht dem Schall nach - es wusste noch nicht, dass das der kürzeste Weg zum Versteck ist -, sondern rannte planlos hin und her, einige Büsche und Winkel durchstöbernd, fiel auch einmal aufs Näschen, liess es sich aber nicht verdriessen und suchte und suchte, ohne jedoch zu finden. Dabei war das Versteck gar nicht so schwer zu entdecken, denn es hatte wohl schon dutzendmal Gretchens um vier Jahre älteren Bruder Willi geborgen, der nun seine Mütze im hohen Bogen aus dem Wipfel der Kiefer schleuderte, dem kleinen Schwesterchen gerade vor die Füsse..

"Jetzt habe ich dich!" rief triumphierend die kleine Philosophin des Als Ob und wusste auch gleich, dass sie sich jetzt eine schöne Gelegenheit nicht entgehen lassen durfte; darum lief sie schnell zu ihrer Mutter in die Küche. Bals kam sie wieder mit einem kleinen Henkeltöpfchen, das die Mutter mit Seifenwasser gefüllt hatte, einem Strohalm und der Puppe - Trine hiess sie - unterm Arm freudestrahlend aus der Küche heraus. "Willi!" rief sie, "du sollst mir Seifenkugeln blasen!" Sie legte die Trine ins Gras unter der Kiefer, stellte vorsichtig das Henkeltöpfchen ab, band vom Kieferstamm eine Leine los, die einige Male um ihn geschlungen war, und deren anderes Ende noch oben im Wipfel über einem Aste baumelte, von einem Speckhaken beschwert; das war ein viel und gern benutzter Aufzug, den auch Gretchen schon bedienen konnte. Lustig schwankte der Haken zur Erde; Gretchen hängte das Henkeltöpfchen an, steckte den Strohalm hinein und zog am freien Ende der Leine, sodass das Töpfchen langsam höher stieg und von Wille in Empfang genommen werden konnte. Dann wickelte

Gretchen die Leine wieder um den Stamm, hob schnell die Trine auf, klopfte ihr den Sand vom Kleidchen, nahm sie in den Arm und wartete, bis die ersten bunten Seifenblasen herunter tanzten und lauter kleine, glitzernde Sonnen mitbrachten. Da erzählte wohl Gretchen ihrer Trine schöne Geschichten von Engeln im schimmernden Gewande, die genau so lieblich vom Himmel heruntergleiten und sich abends um Gretchens Bettchen stellen, um sie und die Trine zu bewachen. Oder sie erzählte von lauter Luftballons, auf die der liebe Gott die kleinen Sonnen gemalt hätte, damit das Püppchen diese auch einmal sehen könne, weil Trine die Sonne sonst doch gar nicht zu schauen bekäme, denn bis zum Himmel könne sie doch mit ihren kleinen Puppenaugen gar nicht empordringen.

So ging es eine Weile, bis der Seifenbläser Wille einmal recht ungeschickt war und das Töpfchen ausschüttete, gerade auf Gretchens und Trinchens Kleider. Doch Gretchen schalt nicht, lachte vielmehr und holte dem fleissigen Bruder zum Dank aus der Küche ein Butterbrot, das sie in ein Körbchen legte und mittels der Leine wieder hochzog. Dort oben sollte es noch einmal so gut schmecken, behauptete immer der Bruder. Auch Gretchen hätte das gar zu gern einmal ausprobiert und versuchte auch heute am Stamm der Kiefer emporzuklettern, aber es wollte ihr nicht gelingen. Sie riss sich nur Löcher in die Strümpfe, und Willi rief dann jedesmal stolz hinunter: "Aetsch, du bist ja nur ein Mädchen; deshalb kannst du es nicht!" Da nahm Gretchen die Trine unter den Arm und flüchtete, denn sie konnte es nicht vertragen, wenn der Bruder sie ärgerte. Doch sie war noch nicht an der Haustür, da rief er schon wieder vom Wipfel: "Vater und Otto kommen! Das Auto hält schon an der Kneipe!" - und hastdunichtgesehen kletterte Willi den Stamm herunter, als wäre er ein Eichhörnchen.

+ + +

Man hatte zu Abend gegessen; Willi und Gretchen hatten den Tisch abgeräumt - die Mutter war schon zu Nachbars gegangen -, Otto, der älteste, Tischlerlehrling im zweiten Jahre, wollte gerade die Zeitung lesen, da sagte der Vater: "Kinder, hört mal zu! Ihr wisst, die Mutter hat nächsten Monat Geburtstag; da müssen wir ihr eine Freude machen. Kaufen können wir nicht viel, aber selber Hand anlegen und etwas schaffen wollen wir alle gern. Ihr wisst, unsere Küche ist schlecht. Mutter hat sich schon lange eine neue gewünscht, aber es hat immer noch nicht dazu gereicht; doch unser Otto ist ja schon tüchtig, und wir beide würden eine schöne Küche zurechtzimmern, wenn wir nur das Holz dazu hätten". Keiner sagte ein Wort; die Kinder wussten zu genau, wie oft schon über die neue Küche geredet worden war, aber immer nur geredet, weil eben das Holz fehlte. Heute schien der Vater einen Ausweg zu wissen; doch der würde Opfer kosten; das fühlte auch die kleine Grete schon und drückte ihre Trine ganz fest ans Herz, aus Angst, dass ihr etwas Liebes genommen werden könnte, das sie nun instinktiv in ihrem Püppchen verteidigte.

Der Vater sprach weiter; keins von den Kindern hatte ja etwas gesagt: "Da habe ich an unsre letzte Kiefer gedacht..." Mehr konnte er nicht reden. Willi rückte unruhig auf dem Stuhle hin und her, als hätte er nicht ihn, sondern die Kiefer zwischen seinen Beinen. Otto legte die Zeitung zusammen, und das kleine Gretchen suchte nach seinem Taschentuch. "Kinder, euch wird's schwer; ich weiss es. Ihr habt so gern bei dem Baume gespielt; er war aber auch immer die Zierde unsres Gartens, das letzte Überbleibsel des Waldes, der hier einmal stand. Wenn ihr nicht wollt, dass wir die Kiefer fällen, dann muss eben die alte Küche noch ein Weilchen aushalten. - Doch nun geht zu Bett, Grete und Willi; überlegt's euch noch einmal; es ist ja für die Mutter; aber sprecht nicht zu ihr davon! Gute Nacht; schlaft wohl!" Die beiden Kleinen konnten dem Vater gar nicht in die Augen sehen, als sie ihm die Hand gaben, und gingen dann in ihr Kämmerchen.

+ + +

Am nächsten Sonntag früh schien die Sonne besonders schön; es war der Tag, an dem die Kiefer nun doch gefällt werden sollte. Die Mutter hatte eine grosse Girlande aus Blumen und Buchsbaum gebunden und um den Stamm gelegt. Gretchen

harkte den Sand und den Rasen besonders sorgfältig, und die beiden Jungens trugen Tisch und Stühle heraus, weil man noch einmal unter der letzten Kiefer frük stücken wollte. Willi nahm natürlich die Mahlzeit hoch oben in den Zweigen des Baumes ein, und die kleine Grete leierte ihm sein Körbchen hoch - das letzte Mal. Nach der Mahlzeit holte der Vater Stricke, Säge und Axt. Willi warf das Körbchen ins Gras und kletterte noch ein paar mal den Stamm hinauf und herunter - es sah aus, als wäre er ein verstörter Affe. Sein Vater musste deshalb noch mit ihm zanken; Willi hatte ganz vergessen, dass er heute ja die Sonntags-hosen trug.

Dem Vater erschien es fast als Sünde, den Baum zu rällen. Für ihn war der Baum schon längst keine Sache mehr, war er der alte Freund, der des Hauses Freude und Leid miterlebt hatte, war selbst voll Leben, beinahe wie ein Tier oder gar ein Mensch und war als belebtes Wesen auch dem Gesetze des Lebens unterworfen, Opfer sein zu müssen, sich auf- und hinzugeben für den anderen, hier für diese fünf Menschen. Der Vater konnte nicht umhin, darüber zu seinen Kindern zu sprechen, ihnen das heilige Leben auch eines Baumes vor die Seele zu stellen und Ehrfurcht dafür wachzurufen. Ja, er tat noch mehr; er sprach auf einmal nicht mehr nur zu seiner Familie; er sprach zum Baume selbst, redete ihn an und bat ihn bewegt um Verzeihung, dass er ihn fällen müsse. Dann nahm die Mutter ihre beiden jüngsten Kinder an der Hand und führte sie ins Haus. Dort sassen sie gedankenvoll und horchten auf das Lied der Säge, und wenn die Axtschläge im Holze dröhnten, zuckten sie zusammen wie vor Donnerschlägen.

Doch als der Baum gefällt am Boden lag, liefen die Kinder wieder hinaus; die kleine Grete kletterte auf dem Stamm herum und gelangte sogar bis an die Krone, die ihr bisher immer unerreichbar gewesen war. Da jubelte sie: "Nun bin auch ich einmal ganz oben!" Aber Willi hatte keine Lust mehr, seine Schwester zu überbieten.

Fritz Wenck.

Deutsche Hausfrauen vor anderthalb Jahrhunderten.X

SPD. In einem alten Buche, das im gleichen Jahre erschienen ist, in dem in Frankreich die grosse Revolution begann, wird mit der breiten Gründlichkeit und wohlgefälligen Liebe an grossen und kleinen Dingen, wie sie unseren Altvorderen eigen war, von Hamburg erzählt, von seiner Grösse, seiner Bedeutung seinen Einwohnern und - natürlich auch von den Frauen. Und das von den Frauen ist das Ergötzlichste in diesem alten Schmöker.

Zuerst wird der Hausvater beschrieben. Dann heisst es weiter: "...Ehrentest, steif, des unerbittlichen Ennui (Einförmigkeit.D.Red.) Erbleibeigene, knarrt seine eheliche Hausfrau in den Saal. Ihrem Manne an Herkunft gleich, die Tochter eines hamburgischen Altbürgers, überzeugt von seiner Tüchtigkeit in Stadtgeschäften, und in sich schmunzelnd über seine Unfähigkeit, dem Hauswesen praktisch vorzustehen, wieviel weise Erbregele er ihr auch täglich darüber erteile. Sie weiss genau, wer in der Gesellschaft zu ihrer Vetter- und Muhmenschaft gehöre, wie hoch die Herren A.B.C. an der Börse geschätzt werden, wieviel die Frau Nichte D. an Brautschatz mitbekommen, wieviel Mamsell E. zu hoffen habe. Nach dem Masse dieser Eigenschaften, nach dem Mehr oder weniger des Besitzes und der so gut wie baaren Hoffnungen, misst sie ihre Complimente und überhaupt ihre ganze vornehme Begegnung ab. Ihr Gespräch dreht sich einziglich um die letztgehörte Predigt, deren Amen sie noch nachseufzt, um den neulichsten Todesfall des Herrn Senators F., des Oberalten G., um das Gerücht der baldigen Verlobung des Herrn H. mit Mansell I., wobei sie etwas trauriges oder wunderbares ominiert, und ihre Lippen werden nicht mehr still, sobald es sich schickt, Anekdoten aus der Küche zu erzählen und unendlich darüber zu klagen, dass keine guten Dienstboten mehr zu finden sind.

Beim Spiele zankt sie mit jeder Karte, beschwert sich oft über Hitze und Kälte, und schiebt zuletzt das verlohrene Geld grossmüthig, aber lange gezählt hin. Spott erwidert sie mit gefalteter Stirn. Sie versteht oft nicht, was andere sagen; wenn man es ihr wiederholt, zieht sie den Mund, und schaut über die Nase weg. Sie ist eine fleissige Kirchengängerin, bewandert in der Chronique scandaleuse der weiblichen Haushaltungen, hält ein immer richtiges Inventarium ihres Leinengeräthes, und weiss die Begebenheiten aller ihre alten Töpfe auswendig.

Früh jagt der Kobold des Herrschens eine solche Dame vom Lager auf; ihr erster Gang ist an die Kinderstube, wo sie vor der Tür lauert, ob nichts Ungehörliches drinnen vorgehe. Dann auf den Socken, die Pantoffeln in der Hand, in den Küchenkeller, wo sie den gestrigen Nachlass der Mägde untersucht, und wohl umrührt, ob nicht Milch, Butter, Mehl auf die Seite gekramt ist, um nächstens, wenn die Herrschaft auswärts sein wird, heimliche Gäste zu einem Puffer zu laden. Sie braucht nur ein Schüsselchen zu vermissen, wenn schon mit den wiederangethanen Pantoffeln ihr Klappertritt durch das schlafende Haus wiederhallt, und ihre gellende Stimme sich heiser nach Gesellschaft schreit, woran sie ihre Morgenlaune wetzen kann.

Leise, im Nachtrocke und hängenden Strümpfen huschen die Mägde aus den Betten, und winden sich duckend über die dunkelsten Treppen, dem ersten Anfall der wortreichen Zunge ihrer Tyrannin vorbei. Büssen muss, wer sich greifen lässt. Nach dem peinlichen Verhör fliegt alles an die Arbeit, und die arme Hausfrau kann vor lauter Anweisungen, Nachfragen und Poltern kaum so weit kommen, sich den Morgensegen und Frühtee quantum satis mit Galle zu versetzen. Beim Anziehen der Kinder ist sie auch da, und ihre Gegenwart ermuntert die Kleinen, viel Unfug mit den verzweifelten Ammen zu treiben, zu schreien und zu winkeln, bloss um sich von Mama mit Zuckerbrot trösten und artig nennen zu lassen. Dass diese Kinder mit Scheu und mehr wahre Ehrfurcht vor Dorthée und Liesbeth, als vor der Mutter haben, beweist schon dieser Zug, der in Hamburg alle Morgen wenigstens einige hundert Mal gespielt wird.

Die Betten zu machen, Stuben zu fegen, und für den Mittag um dritthalb Uhr die gewöhnlichen Gerichte fertig zu haben, nehmen dem ganzen Wirtschaftsgesinde, an deren Spitze Madam steht, unter vielem Gerausch, Schelten und Murren, mehr als den halben Tag weg, und zuletzt kennt von all dem Wirrwarr Keins das Andre mehr. Der Ehemann verschreibt derweile die Zeit auf dem Comptoir, oder schäftigt sie auf der Börse weg; froh, dass das Getümmel seines Hauses ihm nicht durch den Kopf surrt....."

So weit der alte Herr mit den höchst merkwürdig anmutenden Erfahrungen vom bürgerlichen Familienleben, dessen Namen ich nicht mehr ausfindig machen konnte. Mit dem gemüthlichen Witz des satten und beschaulichen Bürgers alter Tage hat er Zeitgeschichte treiben wollen und unsterbliche Typen festgehalten: selbsterlebte - überwundene? - ihn und uns immer noch und allzeit interessierende.

Delta.

Die schönen Künste!^X

SPD. Vor einiger Zeit erfuhr die Akademie der schönen Künste in Paris, dass sich die Witwe eines verstorbenen Künstlers in grosser Not befinde. Es wurden Erkundigungen eingezogen und die Akademie entschied, der Madame P. eine Unterstützung von zweitausend Francs zukommen zu lassen. Der mit der Übersendung des Geldes beauftragte Kassierer schrieb auf die Postanweisung zwar die richtige Hausnummer 10, aber einen falschen Strassennamen, den er irrtümlich notiert hatte. Nun wollte es der Zufall, dass in dem Hause der Nr. 10 der falsch angegebenen Strasse ebenfalls eine Frau wohnt, die den gleichen Fami-

liennamen hat wie die Witwe des Künstlers. Mit freudigem Erstaunen quittierte die Unrichtige das unvorhergesehene, aber hochwillkommene Geld.

Vergebens wartet die Akademie auf den Dank der Witwe. Der Kassierer macht sich deshalb auf die Socken, um einmal die Empfängerin persönlich aufzusuchen. Er kommt in die Wohnung; eine sehr hübsche, gutgenährte und gut angezogene Frau empfängt ihn, deren Aussehen in keiner Weise mit den Hungerschilderungen und dem elenden Zustand übereinstimmt, in dem sich die Künstlerswitwe befinden sollte. Erstaunt fragt der Kassierer: "Wissen Sie eigentlich, Frau P., warum Ihnen die Akademie das Geld geschickt hat?" Nach einigem Zögern antwortet die Schöne: "Wahrscheinlich bin ich zu einem Ihrer Herren sehr nett gewesen!"

Die Geschichte, deren Wahrheit verbürgt ist, endete auf dem Polizeikommissariat.

Die Tassen.^x

SPD. Mäderich, Alwin Mäderich, ist Sachse. Und wie!!

Mäderich hat mit seiner Frau Krach gehabt. Mäderich ist in Wut! Er geht an den Küchenschrank, reißt ihn auf, dass es nur so kracht, ergreift eine Tasse, betrachtet sie einen Augenblick und schmeißt sie dann mit Donnergepolter an die Wand. Dann nimmt er eine zweite Tasse, beüßt sie eine Sekunde und schickt sie der ersten nach.

So tut Mäderich mit acht Tassen.

Frau Mäderich sitzt hilflos flennend auf einem Küchenstuhl. "Awwer Alwin, heersche denn nich, bedsähme dich doch ä bissjn! Ich wär ja ooch karnischd mähr saachn. Ich wär dir ja ooch kar geene Vorschriften mähr machen!"

Endlich hört Mäderich auf zu toben. Mit majestätischen Schritten geht er zur Küchentür, dreht sich noch einmal um und sagt, mit drohend erhobenem Zeigefinger: "Das saach ich dir im Guden, Auchusde, wämmr das noch emal vorgommd, da schmeisj sogar die Dassen mid Hänkel an die Wand!"

Er hatte nur an den Tassen ohne Henkel seine Wut ausgelassen.

So sieht ein echter sächsischer Zorn aus.....

Kurt Miethke.

SPD. Eine Vorkämpferin der Hausangestellten.^x In London starb kürzlich hochbetagt Catherine Scott, eine Vorkämpferin auf dem Gebiet sozialer Arbeit, die vor allem mehr als fünfzig Jahre hindurch für die Hausangestellten tätig gewesen ist. Sie hat nicht weniger als 21 Unterkunfts- und Lehrheime für diese jungen Mädchen geschaffen, die sich oft in elendester Lage befanden. Es handelte sich da vor allem um schwer Erziehbare, die aus Anstalten zur Entlassung kamen und dann hilflos dem Leben gegenüberstanden. Eine grosse Ausbildungsschule für solche Mädchen heisst nach ihr "Scott House".

SPD. Entdeckung eines Krankheitserregers?^x Eine englische Ärztin soll, wie englische Blätter berichten, eine wissenschaftlich bedeutende Entdeckung gemacht haben. Miss Kathleen Chevassut soll den Erreger einer nervösen Gehirnerkrankung, der allgemein verteilten Sklerose, gefunden und ihn isoliert haben aus dem Flüssigkeitsstoff des Gehirns und Rückenmarks. Miss Chevassut soll beabsichtigen, Kulturen des Erregers zu züchten zum Zwecke einer vorbeugenden Impfung gegen die sehr häufige Krankheit.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 3. April 1930.

Der reiche Freund.^x

Von H.J. Magog.

SPD. "Willst Du wirklich nicht mit uns Kino?" Seine Stimme klang ganz unglücklich, doch schien das auf Fräulein Clara nicht den geringsten Eindruck zu machen. "Nein", entgegnete sie resolut, "ich kann nicht. Ich bin zum Essen bei Verwandten eingeladen."

"Gehöre ich denn nicht gewissermassen mit zur Familie? Wir sind doch verlobt?"

"Nein, mein Lieber, die Sache ist noch nicht offiziell - und jetzt bitte ich Dich, mich nicht weiter zu begleiten - meine Tante wartet nämlich an der nächsten Ecke."

"Aber vielleicht morgen?" bettelte er traurig.

"Ja - vielleicht...."

Er machte, dass er fort kam. Sie dachte: - Morgen? Das weiss ich noch nicht genau. Was soll die ganze Sache mit uns beiden eigentlich - wohin soll das führen? Wir verdienen zusammen 1500 Francs im Monat - ist das reine Elend! Langt ja nicht mal für seidene Strümpfe! - Und die seidene Strümpfe waren der Gipfel des Glücks! Daran zweifelte sie nicht eine Minute, trotzdem sie ihn mit einem leichten Seufzer verliess - sie war immerhin verliebt in ihn - aber das Glück - das Glück lag gerade vor ihr - man muss es schliesslich verstehen, zur rechten Zeit seine Wahl zu treffen! Sie bog um die Ecke und näherte sich lächelnd und kokettierend einem eleganten Herrn, der auf sie wartete, während er die Börsennotizen studierte.

Sie war ein zierliches Persönchen mit blonden Locken und lächelnden Augen - und das berechtigt ja immerhin dazu, dieses oder jenes vom Leben zu erwarten - irgendetwas Grossartiges natürlich. Würde sie sich denn etwa nicht ebenso elegant in einem Auto ausnehmen wie viele andere Frauen? Konnte sie vielleicht nicht ein schickes Kleid tragen - und Perlen und Ringe? Schmeckte ihr der Kaviar und Champagner etwa nicht gut?! Wenn sie den braven und bescheidenen Burschen heiratete - ja - dann würde sie all diese Herrlichkeiten entbehren müssen. Ja - und schliesslich würde sie eine gute und fleissige kleine Hausfrau werden - nichts stand dem hinderlich im Wege - nur eine verführerische Stimme, die ihr zuflüsterte, man müsse die "Rosen der Freude" pflücken - nichts als Rosen - lauter Rosen! Und diese Stimme war die eines gereiften Herrn mit Glatze - eines Herrn, der sich für einen Millionär ausgab. Diesem Herrn hatte Clara gelauscht - erst zaghaft - dann immer interessierter. Gewiss war das alles nicht ohne Kampf und Selbstvorwürfe geschehen. Denn ihr dummes kleines Herz liebte ja den armen Peter. Aber - schliesslich - was ist Liebe? Schön ist sie wohl - aber ist sie auch von Dauer? Ist es nicht viel gescheiter, sich eine gesicherte Existenz zu schaffen? Ja - ja - unbedingt, man muss rechtzeitig Auswahl halten. Und das hatte sie getan. Sie war davon überzeugt, richtig gewählt zu haben - es war einfach das einzige Richtige.... Peter mit dem tieftraurigen Blick, der sie so vorwurfsvoll angesehen hatte - na ja - er entglitt in den Hintergrund, und ein buntschillender Schleier der Vergessenheit wurde vor diese kleine Tragödie gezogen - vor diese Episode... Auch gut....

Wie doch alles angenehm und unbeschwert war! Bevor sie noch einen Tropfen getrunken hatte, war sie schon ganz berauscht. Licht und Pracht umgaben sie - das unbekümmerte, geniesserische Leben des grossen Restaurants, in das ihr erfahrener Freund sie geführt hatte. In ihrem Herzen sang es: jetzt wird mir alles zuteil, was ich mir wünsche! Jetzt werde ich glücklich! Meine Zukunft an seiner Seite ist gesichert! Immer wieder und wieder redete sie sich das selbst ein - ganz fieberhaft, während sie vollkommen vergass, den Mann neben sich anzusehen.

Zwei schlicht gekleidete Männer betraten das Lokal. Spähend blickten sie umher und kamen dann geradewegs auf den Tisch zu, an dem Clara mit ihrem Anbeter sass. Der eine legte diskret seine Hand auf dessen Schulter und flüsterte ihm ein paar Worte ins Ohr, worauf der Kavalier erbleichte. Dann erhob er sich ohne irgendeine Erklärung, ohne dem jungen Mädchen auch nur einen Blick zuzuwenden. In geduckter Haltung verliess er, zwischen den beiden Männern gehend, das Restaurant. Clara starrte ihnen verblüfft nach. Sie begriff nichts.

Ein Kellner näherte sich ihr. Sie stammelte: "Was - ist - denn - los?"

"Ach - Gott - man hat einen Schwindler festgenommen - er soll Millionenbetrügereien gemacht haben!" Mit einer Mischung von Mitleid und Spott fügte er dann hinzu: Soll ich dennoch servieren? Sie wissen wohl, das Essen ist noch nicht bezahlt?!"

Entsetzt und benommen eilte sie aus dem eleganten Lokal - nur fort - fort von hier - Schamröte übergoss ihr Gesicht. Sie schluchzte und trocknete die Tränen - nur fort - nur fort - ganz gleichgültig, wohin.... So glaubte sie jedenfalls. Aber plötzlich stand sie vor der Tür eines bescheidenen kleinen Restaurants, das sie gut, nur zu gut, kannte - dann sah sie, wie ein bleicher, schwermütiger junger Mensch beraus kam... Und dann hörte Peter eine demütige, kleinlauter Stimme, die flüsterte: "Ach - Peter - ich bin so hässlich und ungezogen gewesen - aber - aber - willst Du mich nicht trotzdem mit ins Kino nehmen?!"

(Berechtigte Uebertragung von Ml. Henniger.)

Durchs Land der Komitadschis.

Von unserem Balkankorrespondenten.

I.

SPD. Bulgariens südwestlichste Stadt Petritsch ist das Herz eines Körpers, der seine Venen nach Süden und Westen laufen lässt und heisses mazedonisches Blut durch diese Aderstrassen nach Serbien und Hellas pumpt. Das Zentrum eines wallenden Elementes, der Sitz schwarzer Komitees, das Hauptquartier von Pulver und Dynamit, von Attentaten und ewigen Störungen eines angeblichen Gleichgewichts, das schon längst in allen Fugen ächzt und kracht und nur von Bajonetten gewaltsam gestützt wird. Verwegene Gestalten mit offenen Gesichtern und stechenden Augen, Männer von altem Schrot und Korn, die eher einem Siegfried ähneln als einem Räuber oder Anarchisten. Slawenknochen in den mageren Backen, vorgeschobene Adlernasen und Lippen voller Tatkraft, die nicht sprechen, sondern handeln. Ein Stamm, der Achtung einflösst, ein Volkstum, das gegen die Bedrückung der Heimat ankämpft und nach Freiheit lechzt, nach Sprengung fremder Fesseln und Ketten um jeden Preis, nach der goldenen Sonne des Morgen in einem freien, grossen, schönen Mazedonien. Ein hohes Lied um den Besitz der schwarzen Berge und der peitschenden Sturzbäche, der Almen im Hochbalkan und der Landschaften an und um Wardar und Strouma, der Küsten am nörd-

lichen Mittelmeer und der Stadt der Thessaloniker, kurz: um das Reich eines Philipp von Mazedonien. Ein Volk, verstreut auf der ganzen Halbinsel des Balkan und doch in der Idee geeint und vom Willen zum Kampfe beseelt gegen die Unterdrücker und gegen Wahnwitz dünkende Verträge, die Hasardeure an grünen Tischen westeuropäischer Hauptstädte austiftelten, ohne Kenntnis des Volkstums und der Regungen eines echten Mazedonierherzens. Das materielle Herz dieser Bewegung ist Petritsch, der Endpunkt einer Schmalspurbahn, die, von Sofia kommend, hier vor der Allgewalt der Balkanberge ihren Prellbock hat. Vom Süden zieht die Strasse herauf von Koula, der griechisch=bulgarischen Grenze, die wiederum von Sidirocastro und schliesslich von Saloniki kommt und den einzigen Uebergang über den Hochbalkan darstellt.

Koula ist erreicht. Die griechischen Passchikanen, unwürdig eines angeblichen Touristenlandes, sind unter Hochspannung der Nerven erledigt, und den Zöllnern und den Militärs unter dem Griechenbanner wird die Hand zum Abschiede gereicht. Da fremde Reisende für Koula Kirchweihfest bedeuten, recht selten gefeiert, setzt sich eine Prozession in Bewegung: vorn der Postenchef und der Zollinspektor, inmitten die beiden Auswanderer, dahinter der Adjutant und der Zollunterinspektor, zwei Chauffeure mit ihren Gehilfen, ein Stück Wirt einer Balkankaschemme, etliche dienstfreie Soldaten und ein Hirte, der zufällig in der Umgebung seine Herde weidet. Mit gemessenen Schritten gewinnt man einen kleinen Abhang, der gleichzeitig das Ufer des Grenzflusses Strouma darstellt. Ein Posten steht stramm, rührt wieder, reicht eine arg zerzauste Kladde aus dem Postenhaus und pfeift auf zwei Fingern einen markerschütternden Pfiff zum jenseitigen bulgarischen Ufer. Der Postenchef malt auf dem wackligen Brückengeländer: Krähenfüsse, schreibt mit einer Lammsgeduld Namen und Geburtstag, Nationalität und sonstige Kennzeichen in die zahllosen Rubriken, unterschreibt, nickt uns nochmals freundlich zu und bittet uns, mit ihm bis zur Flussmitte zu gehen und Griechenland ein freundliches Angedenken bewahren zu wollen. Gleich einem Leichenzuge, in leichter Rührung, setzte sich die Prozession andächtig in Trab. Vom gegnerischen Ufer löst sich eine ähnliche Patrouille. In der Mitte des Strouma=Bettes ist ein Stacheldrahtreiter, und ein Arm reicht einem gegnerischen das Buch mit den Pässen und einer Bewegung auf uns. Nochmals Händeschütteln auf dem Balkan feiert man lange Abschied -, alle machen traurige Gesichter, die wohl von Herzen kommen mögen; man verspricht, wieder zu kommen, und langsam öffnen Soldatenfäuste die Barriere. Die treuen Hellenen bleiben an ihrem Grenzstreich zurück, winken mit recht schwärzlich anmutenden Sacktüchlein und schliessen wieder den Draht, um ihn in wer weiss wie fernen Zeiten wieder einmal zu öffnen. Denn Passanten, ordentliche mit Pass und Visum, sind hier selten wie die Schalttage; hingegen unordentliche mit Pistolen, Dolchen und Granaten zahlreich wie Heuschrecken!

Das gerade Gegenteil der blau=weissen Erde bildet Bulgarien. Eine Herzlichkeit ohnegleichen im Gegensatz zu der Falschheit des jenseitigen Ufers. Keine langen Schikanen, kein Oeffnen der Koffer; gleich hinein in den bereitstehenden Wagen am bulgarischen Postenhaus, der seit einem halben Tage ergeben auf uns wartet und uns schon längst drüben auf gegnerischem Boden erspäht hat. Zum Schutze neben den Chauffeur einen Gendarmen, nach hinten zu uns einen freundlichen Zöllner, der uns bis nach Petritsch geleiten will und direkt kindlich in seiner Zuverlässigkeit anmutet. Denn Deutsche erfreuen sich hier im Herzen des Hochbalka grössten Ansehens, und die Freundschaft des grossen Krieges, der in diesen historischen Bergen und Tälern viel, viel deutsches Blut gemeinsam mit dem Herzsaft der Bulgaren vergoss, ist hier ein hohes Lied und ein Evangelium. Auch die Soldaten mit ihren Rossenkokarden an den blauen Tellermützen und den blauen Uniformen mit festem Lederwerk um Hüfte und Schulter nicken herzlich grüssend in den Wagen, der langsam anfährt und nach einem kurzen Hochplateau wieder die Allgewalt der Bergeskette erreicht. Der Weg ist gut und das grade Gegenstück der griechischen Todesstrasse für Wagen und Menschheit, der Verkehr direkt lebhaft

und das Automobil eine Institution, der man nicht fluchend Hunde nachhetzt oder Schrotsalven nachfeuert, sondern die man in diesen Balkanbergen als Kulturwert erkennt und in den verschiedensten Formen benutzt. Die hier wachsenden Mazedonier-Tabake werden in beträchtlichen Autokolonnen nach Sofia und sogar noch weiter bis nach den Häfen der Donau gebracht, um hier verladen und nach Passau und Regensburg im Schlepp befördert zu werden. Lange Autokolonnen, gepflegte Wagen, oft von Personenwagen überholt, in denen Deputierte und Präfekten ihre Bezirke besuchen. Kein militärischer Ramsch im Grenzsektor, kein unvernünftiges Prötzen mit Kanonen und Maschinengewehren, mit Bluthunden und Postenreihen, die auf dem griechischen Ufer so dicht gesät sind, dass einer des andern Zeitung lesen kann. Dennoch scharfe Regelung des Grenzverkehrs, freilich mit psychologischem Scharfblick von geschulten Beamten ausgeführt, die wohl wissen, wen sie vor sich haben. Die Strassen von berittenem Militär und Gendarmen, auf entzückend jungen und bestgepflegten Pferden, bewacht, ein Stückchen altes Preussen, das diesen Bulgaren nun einmal im Blute steckt.

Nach kurzer Fahrt ist Petritsch, das Zentrum der Komitadschis, erreicht. Die Dunkelheit verbietet eine Besichtigung des Ortes, der aus niedrigen Häusern meist mit Stroh gedeckt, aber freundlich getüncht, besteht und nur durch offizielle Bauten, wie Schule, Kirche, Finanzamt und Präfektur, überragt wird. Der Herr Präfekt, ein verhältnismässig junger Mann mit eigenartig anmutenden deutschen Worten, in schwarzer Uniform und schwarzer Mütze, begrüsst uns kurz und herzlich und bittet uns, über Nacht seine Gäste zu sein. Wir lehnen dankend ab; der Weg ist gut, und unsre erzwungene Verspätung bei der Griechen-Grenze zwingt uns, nach einem kurzen Imbiss die Fahrt nach Sofia fortzusetzen. Der Chauffeur bekommt einen Gehilfen zu seiner Seite; ein kurzes Abendbrot, ein Schluck kräftigen Mazedonierweins und noch ein zweiter und ein dritter verleihen in der Schenke bei Petroleumlampenschein und einem ungedeckten Tisch eine Stimmung, die eben nur der Balkan kennt. Eigentlich ein Krämerladen, in dem alles aber auch alles zu haben ist; von der Fensterscheibe angefangen über den Nagel zur Wollsocke, dem Schafkäs' und der Schnurrbartbinde. Trotz der niedrigen, verbrauchten Decke und den wenigen Quadratmetern, die das Gemäuer bietet, ein länglicher Spankorb, der an vier Stricken von der Decke baumelt, und in dem zwei rosige Bulgarenkinder träumen. Ein altes Mütterlein hält Wacht und versetzt den Korb in leise Schwingungen, mit einem Lächeln auf den eingefallenen Wangen und einem summenden Mazedonierliede auf den Lippen. Die wahre Mutter der Kleinen, die Frau des Wirtes, holt emsig laufend Brot auf Brot herbei, ein riesiges Stück Schinken und in kleinen Presskaraffen frischen Wein. Biedere Männer, die den Pflug und den Kolben gleich gut führen können, sitzen am Nebentisch und singen mit blitzenden Augen Lieder der Freiheit und der Ehre. Ein Vorsinger singt schwermütig vor sich hin, und der Chor fällt dröhnend ein. Hier wird die Freiheit einer alten Nation geboren; hier werden Fesseln gesprengt, die Mazedonien in Ketten schlugen!

(Schluss folgt.)

SPD. Die ewig Gekränkte!^x Im Museum steht man vor einer antiken Venus. Herr Dampf sagt: "Entzückende Figur!" Frau Dampf erwidert gekränkt, mit einem Blick auf ihren Kugelbauch: "Dass du doch niemals deine taktlosen Anspielungen lassen kannst!"

Die Trichinenkrankheit.

SPD. Die zahlreichen Trichinenvergiftungen anlässlich des Genusses von nicht beschautem und zum Teil ungenügend gekochtem Bärenschinkenfleisch, die sich in Stuttgart ereignet haben - nach den letzten Meldungen waren es bereits über 60 Fälle -, rücken die Trichinenerkrankung, ihre Entstehung und ihre Bekämpfung erneut in den Vordergrund des öffentlichen Interesses, zumal da es sich um eine keineswegs harmlose Erkrankung handelt. Es sind bisher schon 10 Todesfälle aus Stuttgart gemeldet worden, und in Anbetracht der bedauerlichen Tatsache, dass dem Arzte bei vorgeschrittenen Fällen kein wirksames Hilfsmittel zur Verfügung steht, sind wohl noch weitere zu gewärtigen. Dass die Frage nach der Schuld im vorliegenden Falle nicht leicht zu klären ist, geht daraus hervor, dass die Staatsanwaltschaft, um den oder die verantwortlichen Urheber dieser Massenvergiftung zu ermitteln, Strafantrag gegen Unbekannt gestellt hat. Den Gastwirt, der sich den Bären aus einem Wanderzirkus in Mannheim geholt und seinen Gästen dessen Fleisch vorgesetzt hat, und der inzwischen selbst ein Opfer der Vergiftung geworden ist, scheint kein Vorwurf zu treffen. Eine Anfrage, die er an das Stuttgarter Städtische Schlachthaus gerichtet hatte, ob Bärenfleisch beschaupflichtig ist, wurde von dort verneint. In der Tat besteht die gesetzliche Verpflichtung zur Trichinenschau nur für Schweinefleisch, obgleich auch eine Reihe von anderen Tieren Trichinen beherbergen können, die jedoch für die menschliche Ernährung kaum oder gar nicht in Betracht kommen. So weiss man z.B. vom Hamster, vom Fuchs, Iltis, Marder und Dachs, dass sie in seltenen Fällen Wirte von Trichinen sein können, Ratten sind sehr häufig von Trichinen befallen, und auch von Bären war die Möglichkeit der Trichinose bekannt. Es ist daher verwunderlich, dass der Gastwirt von der betreffenden Stelle nicht auf diese Gefahr aufmerksam gemacht worden ist, wenn auch eine Beschaupflicht nicht vorlag. Der Fall zeigt jedenfalls, dass in die gesetzlichen Bestimmungen, die hier in Betracht kommen, eben auch Tiere mit einbezogen werden müssen, deren Fleisch nicht zum täglichen Bedarf gehört.

Die Trichine ist ein kleiner Wurm von etwa 1 mm Länge, den man mit dem blossen Augen eben noch wahrnehmen kann; ein Schnitt von trichinenhaltigem Fleisch zeigt kleinste grauweisse Pünktchen, in denen man unter dem Mikroskop das kleine in eine Kapsel eingeschlossene Würmchen erkennt. In dieser Kapsel liegen die Tierchen unter Umständen jahrelang bewegungslos, ohne sich zu vermehren, ohne aber andererseits die Lebensfähigkeit zu verlieren. Man hat mit Trichinen, die bis 31 Jahre lang in einem Muskel eingekapselt gelegen hatten, noch Erkrankungen hervorrufen können. Gelangen die Tiere mit dem Fleisch in den Magen und Darm, so beginnen sie sich zu bewegen und zu wachsen; sie werden mehrere Millimeter lang und fangen nun an, sich zu vermehren. Und zwar mit erschreckender Fruchtbarkeit. Während die Männchen absterben, bohren sich die Weibchen in die Darmwand ein, wo jedes einzelne von ihnen hunderte, ja tausende von lebendigen kleinen Würmchen zur Welt bringt. Diese jungen Trichinen gelangen in die Blutgefässe und werden mit dem Blut in kurzer Zeit im ganzen Körper verteilt. Damit beginnt der zweite, der unangenehmere und gefährlichere Teil der Erkrankung. Während die "Eltern", die Darmtrichinen, nur Anlass heftiger Durchfälle waren, siedeln sich die jungen Trichinen auf ihrer Wanderung durch den Körper in den verschiedensten Muskeln an, wo sie eine äusserst schmerzhaft Muskelerntzündung hervorrufen. Vor allem bevorzugen sie dabei das Zwerchfell und die Rippenmuskeln, wodurch sie zur bedrohlichen Lebensgefahr werden, denn diese Muskeln führen die ständigen Atembewegungen aus; ihre Lähmung führt daher zur Erstickung, und die Mehrzahl der Todesfälle bei Trichinose kommt auf diese Weise zustande. Wird die Krankheit überstanden, was immerhin in etwa 4/5 der Fälle eintritt, so beginnen sich die Trichinen etwa nach drei Monaten mit einer immer dicker werdenden Schale von Kalk zu umgeben; die Entzündung geht

zurück, und die Tiere gehen in denselben Ruhestand über, in dem sie in dem Muskel des Schweines verharret hatten.

Die vorbeugenden Massnahmen, die zur Bekämpfung der Trichinose ergriffen werden, bestehen vor allem in einer reinlichen Haltung der Schweine, in Vermeidung von Verfütterung trichinienhaltigen Fleisches an die Schweine und in Fernhaltung von Ratten, die als Träger von Trichinen eine bedeutende Rolle spielen. Zur Kontrolle des als Nahrung verkauften Schweinefleisches ist bei diesem die gesetzliche Beschauspflcht eingeführt. Trichinienhaltiges Fleisch muss nicht unbedingt verworfen werden; nur darf es nicht in rohem oder halbrohem Zustande genossen werden, sondern muss sehr lange unter hoher Temperatur gehalten werden, um die Trichinen zum Absterben zu bringen. Nur langes Kochen oder langes, sehr heisses Räuchern erreicht diesen Zweck, da die Temperatur im Inneren von grossen Fleischstücken nur schwer auf die erforderliche Höhe von 50 bis 60 Grad gebracht werden kann. Auch durch Kälte lassen sich die Trichinen abtöten, doch muss auch dies durch lange Zeit durchgeführt werden, da nach einer Gefrierzeit von drei Tagen noch lebende Trichinen gefunden worden sind.

Bilanz!

Es haben sich in den letzten Tagen
So allerhand Sächelchen zugetragen.
Man handelt das erste, das Frühjahrsgemüse,
Wir haben die lange befürchtete Krise.
Es stiegen die üblichen Ultimopleiten,
Es kommt 'ne Regierung der Minderheiten
Mit Zentrum, etcetera, und rechtsrum Schielen -
In Thüringen will wer Diktator spielen
Nach grossen Mustern: "Heil Duce Frick!"
"Teutonia erwachte, dort winkt dir das Glück!"
Wir hörten die neuesten Stalin=Thesen:
"Die ganze Richtung is falsch gewesen."
Und eins, zwei, drei, geht's im Wechseltritt;
Die ganze Belegschaft latscht folgsam mit.

Es gibt bei uns Firmen, die glänzend stehen,
Und drei Millionen, die stempeln gehen,
Und Bücher, in denen man das bespricht,
Und Arbeitsnachweise - nur Arbeit nicht! - -
Was nützt es, wenn Tausende Hände feiern,
Das alte Lied immer neu zu leiern!
Was nützt dem das schönste Regierungsprogramm,
Der stumm schon seit Tagen im Wasser schwamm!
Und wenn du am Gasschlauch verröchelt erst bist,
Dann merkst du nicht mehr, dass doch Frühling ist.
- - Uns Lebenden aber, uns peitscht die Not.
Zum Teufel die Zölle - -

Wir wollen Brot!!

Walter Schirmeier.

Der Leuchtturm.

Roman von Paul Reboux.

Deutsche Rechte: Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf.

36)

SPD. "Doch, doch....Ich habe oben nur etwas vergessen....Iss ohne mich."

Er stand auf und ging hinaus.

Die frische Luft auf der Terrasse beruhigte ihn ein wenig, als er über seinem Kopf einen lauten Schrei hörte....Der Vater!

Ein anderer Schrei ertrönte, und ein anderer Vogel kreiste um den Turm.

Und Redec verstand die Qual der beiden armen Tiere, die das fröhliche Nest voller Hoffnung leer und zerstört gefunden hatten.

Nach einer Weile erzitterte die Treppe, die zur Laterne führte, unter einem schweren Schritt, und Kerroch erschien.

"Na?" fragte er und betrachtete die kreisenden Schwalben.

"Sieh einer an, da kann ich das halbe Dutzend voll machen und bleibe trotzdem in der Familie."

Dieses Mal hatte Redec die Energie, ihm zu sagen, er solle schweigen, und ihm seine Grausamkeit vorzuwerfen. Ein Nest abzuwürgen....Das war dumm und feige...

In seiner Stimmung lag so viel Autorität und in seinen Augen so starker Glanz, dass Kerroch verblüfft nichts zu erwidern wagte.

"Du bist daran schuld, wenn sie so schreien,...Und du wirst sehen, es wird uns Unglück bringen...."

Man hörte die Klagen der Vögel noch eine ganze Weile. Man hörte sie um so deutlicher, als das Meer still geworden war. Ein Gewitter lag in der Luft. Die mit Elektrizität geladene Luft hatte eine Schwere, die wie ein Reifen um den Schädel und wie eine schwere Last auf den Schultern lag. Das Meer lag bewegungslos unter einer Sonne, die für die Jahreszeit zu heiss war. Eine milchige Blässe war an die Stelle des blauen Himmels getreten, während am Horizont dunkle Wolken aufzogen, die so dicht und so deutlich waren, dass man hätte meinen können, jenseits des Wassers tauche eine Klippe aus Schatten auf.

Während der Nacht hörte man das klägliche Piepen noch. Gegen fünf Uhr brach es ab. Kerroch, der Wache hatte, sah im Dämmerlicht des anbrechenden Tages, wie die beiden Vögel ins Weite flogen. Wohin?....

So lange man sie hören konnte, waren diese Schreie unerträglich gewesen. Aber ihr plötzliches Aufhören war noch qualvoller. Das ungewohnte Schweigen schien grösser und abgestorbener als die gewöhnliche Stille. Man ahnte das Vorspiel zu irgendeiner Katastrophe. Es war feindlich. Seine Feindeeligkeit hatte etwas Erschreckendes. Wie konnte man sich gegen das Unbekannte, das sich vorbereitete, schützen?

Vom Tage vorher war das Gewitter, als ob es sich nicht stark genug gefüllt hätte, das Meer anzugreifen, am Horizont stehen geblieben und hatte seine Wolken geballt. Aber sein ermüdender Einfluss war stärker geworden. Vom Wasser stiegen Dämpfe auf, die nicht Nebel, sondern eher Schlamm zu gleichen schienen. Eine ungesunde Wärme, eine Bruthitze, machte die Jodaustrahlungen des Seetangs noch herber.

Als die Sonne gegen Abend die Wolkenmauer erreicht hatte, wurde das Meer bleifarben und verwandelte sich in eine düstere und plätschernde Wüste.

Da bemerkten die beiden Wächter etwas, das sich von dieser Bank loslöste

Es war zweifellos eine Vogelschar, und zwar mussten es jene Vögel mit ganz grossen Flügeln sein, die tagelang fliegen können, ohne auszuruhen; sie fliegen, wenn ein Sturm droht, wenn sie kommen, ist es ein Warnungssignal.

Die Schar kam breiter werdend näher. Sie kam mit einem dumpfen Geräusch, und diese schwarze Sache kam unter dem rötlichen Himmel näher unter einem Ban

ner von Blut und Unheil.

Die Wächter vergassen ihre Arbeit darüber. Redec musste daran erinnern, dass die Stunde des Anzündens gekommen war.

Sobald sie ihre Pflicht erfüllt hatten, gingen sie auf die Terrasse hinaus. Die Vögel waren näher gekommen. Sie flogen dicht nebeneinander, und mit grossem Flügelrauschen und klappernden Schnäbeln kamen sie geradewegs auf das Licht zu. Der Leuchtturm war ihr Ziel. Die beiden Männer wichen zurück und gingen in die Kuppel. Im gleichen Augenblick krachte der Leitvogel in voller Geschwindigkeit gegen die Scheiben der Laterne und zerschellte wie ein Ei.

Das brachte einige Verwirrung unter die nächsten Vögel. Ihr Flug wurde langsamer. Sie begannen zu kreisen, und der Zug, der ununterbrochen am Horizont entsprang, endete in einem gewaltigen Kreis, auf den der Leuchtturm in Abständen sein Licht warf.

Obwohl Kerroch als Jäger ein starkes Interesse an solcher Beute hatte, packte ihn eine gewisse Unruhe. Die geheimnisvolle nächtliche Stunde, das Wimmeln dieser Vögel, ihre Schwenkungen erstaunten und verwirrten ihn. Schliesslich holte er sein Gewehr, weniger um aus Vergnügen zu schießen, als um die Zahl dieser Tiere zu verringern. Aber er behielt die Waffe in der Hand, ohne anzulegen.

Redec fühlte sich seit dem Verschwinden der beiden Schwalben nicht wohl. Er fragte sich nach dem Grunde dieser Flucht. Wohin waren sie geflohen? Und was waren das für Tiere? Man konnte sie schlecht unterscheiden. Kormorane, Albatrosse... Er hatte das Gefühl, dass das Schicksal, dem er schon einmal Weihnachten entronnen war, nach ihm greife. Würde er diesmal davonkommen? Er konnte an nichts anderes denken.

Kerroch wurde nach und nach von dieser Furcht angesteckt. Redecs heftige Vorwürfe und seine Drohungen kamen ihm wieder in den Kopf. Ja, er hatte wirklich ein Verbrechen begangen, als er die Schwalben getötet hatte!.....

Die Zahl der Phantomvögel wurde immer grösser. Es kamen immer neue.

Niemals, selbst zur Zeit der grössten Züge nicht, hatte man ein solches Heer gesehen. Die beiden Männer wurden vor Furcht fast wahnsinnig. Sie zweifelten nicht länger daran, dass etwas Uebernatürliches geschehe. Kerroch wehrte sich noch und versuchte mit unsicherer Stimme zu soppten, aber ein neues Geräusch, das das zunehmende Grollen der Wellen übertönte, verschlag ihm die Sprache. Alle Tiere schrien zu gleicher Zeit. Der Lärm wurde von Minute zu Minute stärker. Piependes Quäken ertönte, Quaken, Pfiffe, schrilles Heulen, Knarren und fast menschliche Klagen. Dieses Drehen, das so schnell war, dass man nur einen kaum wahrnehmbaren Streifen unterscheiden konnte, aus dem diese drohenden Rufe stiegen, machte fast schwindlig.

"Ich habe es satt!" schrie Kerroch in plötzlich ausbrechender Wut. "Ich werde eurer Musik nachhelfen."

Und Redec sah, wie er das Gewehr nahm und über die Schulter warf.

"Das wirst du nicht tun!"

"Lass mich in Ruh!"

"Nimm dich in acht....Nein, nein!!"

Der andere hatte die Tür geöffnet. Ohne zu visieren, gab er zwei Schüsse in die wirbelnde Masse ab, dann machte er wieder zu und wartete. Die beiden Entladungen hatten die Masse aus Körpern und Flügeln durchlöchert. Aber die leeren Stellen füllten sich wieder, und die Reihen waren geschlossener denn je.

"Meiner Ansicht nach", sagte Kerroch, "lockt sie das Licht an."

Er war schon sehr bleich geworden.

"Man sollte es auslöschen", fügte er nach einer Weile hinzu.

Der anständige Redec, den schon der Gedanke an eine etwaige Pflichtverletzung empörte, entgegnete heftig: "Das unter keinen Umständen! Solange ich hier bin, wird die Lampe nicht angerührt!"

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag

154. Sitzung vom 3. April, 11 Uhr.

SPD. Bei Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Löbe mit, dass Abg. Keinath (D.V.) in den Reichstag neu eingetreten sei. (Rufe: "Das lohnte nicht mehr!" - Heiterkeit).

In der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung nimmt Abg. Graf Reventlow (Nat. Soz.) das Wort. Er wendet sich besonders gegen diejenigen Sätze der Regierungserklärung, in denen die organische Weiterentwicklung der bisherigen Aussenpolitik angekündigt wird. Das bedeute die weitere Versklavung des deutschen Volkes. Die Nationalsozialisten würden immer wieder das volksverräterische Treiben derjenigen Parteien, die dem Youngplan zugestimmt haben, an den Pranger stellen. Die bürgerliche Regierung Brüning sei geschaffen worden, um die Widerstände gegen die Durchführung des Youngplans zu brechen. Die Nationalsozialisten würden die jetzt irreführten Massen des werktätigen Volkes sammeln zum nationalen, sozialistischen Kampf gegen den internationalen Kapitalismus.

Abg. Rädel (Komm.): Nach den neuesten Nachrichten steht nun fest, dass die Firma Hugenberg für die Brüning-Regierung, also für die Youngplan-Regierung stimmen wird (hört! hört!). Man hat ja schon früher erlebt, wie schnell die Hugenberg-Fraktion ihre Haltung der jeweiligen Konjunktur anpasst. Das Nationalgefühl dieser Leute wurzelt im Geldschrank. Die angedrohte Anwendung des Art. 48 wäre ein Verfassungsbruch, aber das Beispiel dazu ist früher von den Sozialdemokraten unter Ebert gegeben worden. Auch jetzt hätten die Sozialdemokraten eine Hundeangst vor den Kommunisten und vor Neuwahlen.

Reichskanzler Dr. Brüning

beantwortet die in der Aussprache gestellten Fragen. Auf die Fragen der Aussenpolitik werde die Regierung bei dem in Kürze zu beratenden Etat des Auswärtigen Amtes ausgiebig eingehen. An die Beratung der agrarpolitischen Hilfsmassnahmen sei die Reichsregierung sofort aus eigener Initiative und auf besonderen Antrag des Reichspräsidenten herangegangen. Sie habe dabei das Programm des Ministers Schiele in den Kreis ihrer Beratungen hineingezogen. Die Reichsregierung werde noch im Laufe der nächsten Woche ihre gesetzgeberischen Vorschläge dem Reichstag unterbreiten. (Beifall b.d. Regierungspart.)

Das Programm der ausserordentlichen Hilfe für die östlichen Gebiete werde gleichfalls in kürzester Frist dem Reichstag unterbreitet werden. Bezüglich der Fragen wegen der Handelspolitik beziehe er sich auf die Erklärung der Reichsregierung und stelle fest, dass die notwendige Kontinuität der Handelsvertragspolitik auch von der neuen Reichsregierung durchgeführt werden wird. Der Abg. Dr. Breitscheid habe Besorgnisse wegen der Anwendung des Art. 48 ausgesprochen. Die Reichsregierung werde nach sorgfältigster Prüfung, wenn es überhaupt notwendig sein sollte, in jedem Einzelfall entscheiden, ob die verfassungsmässigen und rechtlichen Voraussetzungen des Art. 48 gegeben sind. (Gelächter bei den Komm.) "Ich habe - so fährt Dr. Brüning fort - meinen Standpunkt zu dieser Frage bereits in Köln ausgesprochen und festgestellt, dass von dem letzten Mittel der Verfassung, dem Art. 48, nur dann Gebrauch gemacht werden soll, wenn keine Hoffnung mehr besteht, dass das Parlament und die Parteien ihre Mission selbst erfüllen. (Erneutes Gelächter b.d. Komm.) Ob überhaupt die Anwendung des Art. 48 notwendig ist, ist eine Entscheidung, die dieses hohe Haus in kurzer Zeit selbst zu fällen hat. (Beifall b.d. Regierungspart.)"

Abg. Dr. Hugenberg (Dtn.) (von der Linken stürmisch empfangen) erinnert daran, dass innerhalb der deutschnationalen Fraktion über die Stellungnahme zu den Misstrauensanträgen Meinungsverschiedenheiten vorhanden gewesen seien.

(Reichstag Blatt 2.)

Am Mittwoch Nachmittag habe die Fraktion mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, im Falle der Ablehnung eines Vertagungsantrages, dessen Zweck auf schleunigste Vorlage der Agrargesetze gerichtet war, dem Kabinett das Misstrauen auszusprechen. Auf meine, so fährt der Redner fort, im Einvernehmen mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Oberfohren gegebene Anregung hat die Fraktion heute einmütig die Abgabe einer Erklärung beschlossen. Diese Erklärung entspricht der von allen Berufsständen der Partei getragenen Stellungnahme, die ich auf dem Kasseler Parteitag durch die Worte zum Ausdruck gebracht habe, dass die Partei jeden Vorstoss unterstützen wird, von dem irgend eine wirkliche Besserung der Lage der Landwirtschaft erwartet werden kann.

Die Deutschnationale Volkspartei lehnt heute den sozialdemokratischen und kommunistischen Misstrauensantrag ab, Dies geschieht im Hinblick auf die von der neuen Regierung mit starken Worten angekündigten Massnahmen zum Schutze der schwer notleidenden Landwirtschaft und der gefährdeten Ostprovinzen. Für grosse Teile der jetzigen Regierungskoalition waren nicht etwa in erster Linie die Rettung von Landwirtschaft und Ostprovinzen Zweck und Ausgangspunkt der neuen Koalition, sondern die Zerschlagung der Deutschnationalen Volkspartei. Diese Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wir sind völlig darüber einig, dass wir für diese Regierung und ihr Handeln nicht die mindeste Verantwortung tragen. Wir sehen aber keine Veranlassung, dem Reichslandbund in den Arm zu fallen, wenn er die Verantwortung übernehmen will. Wir sind der Meinung, dass Gefahr im Verzuge ist und dass bei allseitigem guten Willen die Rettungsmassnahmen für die Landwirtschaft und den Osten noch vor der Osterpause gesetzt werden können. Wir fürchten, dass die Zusammensetzung der Preussischen Regierung und der heutige Aufbau der Preussenkasse ein ernstes Hindernis für die erforderlichen Massnahmen bilden wird. An dem von Herrn Schiele und der deutschen nationalen Fraktion verlangten Zahlungsaufschub für die notleidenden Gebiete wird nicht vorbeizukommen sein. Den polnischen Handelsvertrag werden wir entsprechend unserer bisherigen Haltung auch jetzt ablehnen. Die Regierungserklärung ist in keiner Weise geeignet, das Misstrauen zu zerstreuen, das wir angesichts der Zusammensetzung der Regierung Brüning hegen. Der Wille zur Weiterführung des bisherigen Erfüllungskurses in der Aussenpolitik wird durch die Beibehaltung des Aussenministers Curtius zum Ausdruck gebracht. Auch die Beibehaltung des Ministers Wirth bestätigt diesen Willen. Die Regierungserklärung sagt auch nichts über die Ausnutzung aller Wehrmöglichkeiten durch die Einsetzung der Baurate für den Panzerkreuzer B in den Haushalt. Wir vermissen auch die Ankündigung der Aufhebung der Massregelung Thüringens. Wir haben seit Monaten betont, dass wir zu einer Zusammenarbeit mit den nichtmarxistischen Parteien bereit sind, wenn sie sich auf die Rettung von Staat und Wirtschaft vor dem Marxismus und auf die Freiheit Deutschlands richtet und Reich und Preussen gleichmässig umfasst. Das mit der Absicht der Sprengung der Deutschnationalen Partei, zugleich unter Missbrauch des Namens und Ansehens des Reichspräsidenten gebildete neue Parteikabinett der Mitte ist ein nicht überzeugender Versuch, diese Tatsache zu verschleiern. Das finanzielle Programm der Regierung findet, da es in erster Linie neue Steuerbelastungen mit sich bringt, nicht unsere Zustimmung. Nach dem Gesagten haben wir gegenüber den Absichten und der Zusammensetzung des neuen Kabinetts ein weitgehendes Misstrauen. In erster Linie gründet sich dieses Misstrauen auf die Aufrechterhaltung der Koalition mit dem Marxismus in Preussen und auf der nationalen Rechten gegenüber bekundete Haltung. Wir werden zu dem uns richtig erscheinenden Zeitpunkt die Folgerungen aus diesem Misstrauen ziehen.

Auf die letzten gegen die neue Regierung gerichteten Sätze des Redners folgen immer wieder Rufe der Sozialdemokraten und Kommunisten: "Und dennoch lehnen Sie die Misstrauensanträge ab!" Auf die Erklärung weitgehenden Miss-

Reichstag Blatt 3.

trauens gegen die Regierung antwortet die Linke mit schallendem Gelächter. Ein Kommunist ruft: "Das sind die Dispositionen von gestern!" Als der Abg. Hugenberg seine Erklärung beendet hat, kommen von den Nationalsozialisten laute Pfui!-Rufe.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über die gleichlautenden Misstrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten. Mit 252 gegen 187 Stimmen werden die Misstrauensanträge abgelehnt. Von den Kommunisten kommen Rufe: "Hugenberg erspart Euch den Wahlkampf!"

Um 1¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gaststättengesetzes.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 3. April (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag beendete am Donnerstag bei der zweiten Lesung des Kultusetats die Aussprache über den Abschnitt "Volksschule". In der Besprechung des Abschnittes "Höhere Schulen" erhält das Wort

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.):

Das Kernstück der Programmrede des Unterrichtsministers war seine Kampf-ansage gegen das Bildungsprivileg. Deshalb zeigen wir für die höheren Schulen so grosses Interesse, weil sie nach unserer Meinung auch den minderbemittelten Begabten offen stehen sollen. Aus diesem Grunde bekämpfen wir jede Schulgeld-erhöhung, die sich aber leider aus der steigenden Belastung der Kommunen zwangsläufig ergeben wird. Das Schulgeld ist eine der ungerechtesten Gebühren, und wir werden darum auf seine sozialere Gestaltung hinarbeiten durch eine Staffelung nach dem Einkommen.

Die Ausgaben der höheren Schulen können durch eine planwirtschaftliche Zusammenfassung herabgedrückt werden. Leider müssen aber immer noch 258 private Mittelschulen unterstützt werden, obwohl der Staat bei vielen von ihnen beide Augen zudrücken muss, da sie nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Als ein Mittel, das Bildungsprivileg zu durchbrechen, betrachten wir auch die Aufbauschulen. Die Philologenschaft macht zwar alle Anstrengungen, diese Institute auf ihren jetzigen Stand zu belassen. Es sollen Ausleseschule für besonders Begabte sein. Wir dagegen verlangen die Förderung und den Ausbau der Aufbauschulen und besonders da, wo sie auch der Industriebevölkerung zugute kommen. Dadurch, dass ihr nach Absolvierung der Volksschule die Aufbauschule die Gelegenheit zur Weiterbildung gibt, durchbricht man am besten das Bildungsprivileg. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es ist daran gezweifelt worden, dass das Bekenntnis des Ministers zur Toleranz mehr als Worte enthalte. Toleranz kann auch eine Auffassung dulden, die den jetzigen Staat verneint. Aber es wäre keine Toleranz, die es duldet, dass die Kinder systematisch zu Schulstreiks aufgehetzt werden oder die ruhig zusieht, dass eine wüste politische Propaganda Schüler zu Teilnehmern an politischen Morden macht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Darunter muss der Autoritätsgedanke leiden und die Schüler müssen zu der Auffassung kommen, dass in der Schule, der sie unterstehen, nicht alles in Ordnung ist. Es muss dafür gesorgt werden, dass Rektoren, die sich gegen solche Verhetzungen wenden, von der Aufsichtsbehörde gestützt werden. Es ist unerträglich, wenn republikanische Zettelverteiler vor einer Schule von der aufgestachelten Jugend verprügelt werden. In einer solchen Atmosphäre können die Schüler nicht gedeihen, müssen sie später zu zwie-spältigen Menschen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Rednerin setzt sich dann für eine stärkere Heranziehung der Frauen an Lehrerinnen an die Mädchenschulen und die pädagogischen Akademien ein und schliesst: Die höhere Schule ist heute nicht für viele das Ideal. Diese Auffassung wird sich erst mit der Verwirklichung sozialer Gesetze in der Wirtschaft ändern. Aber wir können jetzt schon insofern ändern, als wir sie neben die Berufsschule, neben die aufbauende Volksschule stellen als Berufsschulausbildung für die theoretisch und zum Sprachenlernen Begabten. Der Ausdruck "Höhere Schule" ist schlecht gewählt. Sie müsste eigentlich wie in Oesterreich im Gegensatz zu den Hochschulen Mittelschule heissen und sollte die spezielle Ausbildung vermitteln für die spezielle Begabung aus allen Teilen des Volkes. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Weissmann (Dtn.) hält die Ausbildung des philologischen Nachwuchses für ungenügend. Die Gefahr einer Politisierung der Schule durch Republikanismus könne nur durch Toleranz beseitigt werden. Statt Primanerwettreden und Behandlung von kosmopolitischen oder paneuropäischen Ideen sollte sich die höhere Schule mehr auf nationale Würde einstellen. Ein Schüleraustausch mit Frankreich müsse solange unterbleiben, solange noch ein französischer Soldat auf deutschem Boden steht. Die Parität zwischen katholischen und evangelischen Lehrern müsste besser gewahrt werden.

Abg. Frau Wronka (Ztr.) fordert einen einheitlichen Sprachenlehrplan. Zuerst müsse Französisch gelehrt werden, weil es eine schwerere Sprache als Englisch ist. Die Klassenfrequenz sei an vielen Lehranstalten viel zu hoch. Die konfessionelle Parität sei der Stärke des katholischen Volksteils entsprechend in der Lehrerschaft nicht genügend gewahrt.

Abg. Dr. Ausländer (Komm.) hält die Verwirklichung des Ministerprogramms für unmöglich, weil die Sozialdemokratie durch ihre Koalitionsbindung an das Zentrum kulturpolitische Ziele nicht mehr durchsetzen könnte.

Abg. Frau Thöne (DVP.) erklärt, dass trotz Vereinfachung des Berechtigungswesens die Reifeprüfung bleiben müsse. Die höhere Schule sei im Etat gegenüber den pädagogischen Akademien zurückgesetzt. Die Rednerin setzte sich dann mit dem Zentrum auseinander und bestreitet, dass die katholische Konfession unter der Lehrerschaft an den höheren Schulen zu wenig berücksichtigt sei.

Abg. Dr. Bohner (Dem.) fordert einheitlichere Gestaltung der Prüfungen. Angesichts der Ueberlastung der Volksbildner müsse endlich ein Ausgleich in der Besoldung stattfinden, da alle Lehrer die gleiche Verantwortung tragen. Der Redner kritisiert sodann einige Fälle reaktionärer Beeinflussung von Schülern an höheren Lehranstalten.

Ministerialdirektor Jahnke beantwortet hierauf eine kommunistische Grosse Anfrage dahin, dass die Beschwerde des Arbeiter=Abiturienten Schneider in Neukölln gegen seine Entlassung ablehnend beschieden werden muss. Nach Ausführungen des Abg. Prelle (Dtsch. Frakt.) wird für den Abschnitt "Höhere Schulen" vom Abg. König (SOZ.) Schlussantrag gestellt und angenommen. Es folgt die Aussprache über den Abschnitt "Universitäten".

Abg. Dr. Hoffman-Münster (Dtn.) verlangt Geistesfreiheit für die Universitäten auch in politischer Hinsicht. Er kommt auf den Streit der Studentenschaft mit dem Kultusminister Dr. Becker zu sprechen und gibt der Erwartung Ausdruck, dass der neue Kultusminister Grimme diesen Gegensatz ausgleichen mögen.

Weiterberatung Freitag 11 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 3. April (Eig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurde am Donnerstag die zweite Lesung des Kultusstats beim Abschnitt "Höhere Schulen" fortgesetzt.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach dazu die Abg. Frau Dr. Wegscheider. Wenn die Sozialdemokraten so grosses Interesse an den Höheren Schulen zeigen, so deshalb, weil sie diese Institutionen nicht für ein Reservatrecht des Besitzes halten. Die sogen. höhere Bildung soll nicht vom Geldsack abhängen; sie muss auch den Intelligenzen aus dem Arbeiterstande zugänglich gemacht werden. Entscheidend für den Genuss der höheren Bildung muss allein die Eignung und soll nicht der Geldbeutel des Vaters sein. Dass hier sofort eine grundlegende Aenderung eintritt ist allerdings solange nicht zu erwarten, als die hö-

höhere Schule das Ideal des Spiessers bleibt. Eine solche Aenderung kann erst die Verwirklichung der sozialen Demokratie auch in der Wirtschaft bringen. Aber insofern kann die Gegenwart bereits Abhilfe schaffen, dass die höhere Schule neben die Berufsschule, neben die aufbauende Volksschule gestellt wird, dass sie die soezielle Ausbildung vermittelt für die spezielle Begabung, und zwar ausnahmslos für alle Teile des Volkes.

Aus diesem Grunde wandte sich die sozialdemokratische Rednerin auch mit grosser Schärfe gegen das Bestreben der Philologenschaft, die bereits bestehenden Aufbauschulen dadurch in ihrer Entwicklung zu hemmen, dass man sie nur als Ausleseschulen für besonders Begabte gelten lassen will. Die Sozialdemokratie verlangt im Gegensatz dazu nicht nur die Förderung, sondern die Errichtung von neuen Aufbauschulen und namentlich dort, wo sie der dicht gedrängten Industriebevölkerung zugute kommen können.

Mit Nachdruck warnte die Rednerin schliesslich auch davor, dass die von der Rechten so stürmisch geforderte Toleranz an den höheren Schulen zur Schwäche wird. Toleranz kann entgegengesetzte Auffassungen dulden, selbst wenn diese soweit gehen, den Staat zu verneinen. Aber die Passivität gegenüber den wüsten Hetzereien zum Schulstreik und gegenüber politischer Propaganda, die in ihren Auswüchsen schliesslich die Schüler zu Mitschuldigen werden lässt an politischen Morden, wäre sträfliche Nachlässigkeit. Insbesondere an den höheren Schulen hat die Republik alle Veranlassung, sich Autorität zu verschaffen, wenn nicht die Schüler politisch irre geleitet werden und als innerlich zwiespältige Menschen in das Leben treten sollen.

In der weiteren Debatte erklärte sich der deutschnationale Dr. Weisemann gegen den Pazifismus, die Völkerversöhnung, den Schüleraustausch mit Frankreich und fasste seine reaktionäre Ansicht zusammen in das Schlagwort von der Erziehung zur nationalen Würde.— Der Kommunist Ausländer glaubt selbstverständlich überhaupt nicht an den Reformwillen der Sozialdemokratie und pries das sowjet-russische Vorbild der Ausbildung.— Der Vertreterin der Volkspartei, Frau Thöne, erklärte sich zwar auch für eine Einschränkung des Berechtigungswesens, aber die will die Reifeprüfung behalten.— Der Demokrat Dr. Bohner wandte sich scharf gegen die Auswüchse reaktionärer politischer Propaganda an den höheren Schulen

Weiterberatung am Freitag.

4. April 1930

der Oelkommission der Kammer spielt.

Die Oelkommission der Kammer, die einen Gesetzentwurf über die Ratifikation des Vertrages zwischen Staat und der halbstaatlichen "Französischen Petroleumkompagnie" vorbereiten soll, hält seit einigen Tagen eine Sitzung nach der anderen ab und zeigt sich allen Wünschen Tardieus gegenüber äusserst bockbeinig. Sie befasst sich hauptsächlich mit einem Vertrag, der der genannten Gesellschaft eine Art Monopol-Stellung über alle anderen Oelgesellschaften in Frankreich einräumen sollte. Der Staat soll am Aktienkapital der Gesellschaft mit 50 Millionen Franken beteiligt sein, alle künftigen Kapitalerhöhungen der Gesellschaft zu einem Viertel selbst tragen und überdies alle anderen Petroleum-Gesellschaften verpflichten, 25 Prozent ihres Bedarfes bei der genannten Gesellschaft zu decken. Was ihr eine hochpolitische Bedeutung verleiht ist der Umstand, dass die Französische Oelkompagnie Besitzerin des französischen Anteils am Mossul-Oel ist - an jenem sagenumwehten Mossul-Oel, von dem niemand genau weiss, ob es wirklich vorhanden ist, das aber zu schweren internationalen Konflikten geführt hat - und von dem Frankreich 23 $\frac{1}{2}$ Prozent zugesprochen erhalten hat.

Was hinter den Oelkulisen in Frankreich gespielt wird, ist, wie gesagt, noch nicht zu durchschauen. Tatsache aber ist, dass die Oelkommission der Kammer inzwischen beschlossen hat, aus dem Vertragsentwurf zwischen Staat und Gesellschaft jene Punkte zu streichen, die der Gesellschaft eine bevorzugte Stellung über ihre Konkurrenz-Unternehmen einräumen würden. Die Kommission widersetze sich überdies der Absicht Tardieus, die Angelegenheit bereits am kommenden Mittwoch in der Kammer behandeln zu lassen und beschloss, vor der Kammer Klage über Tardieu zu führen, dass er der Kommission "Böswilligkeit" vorgeworfen hat.

Die sozialistische Kammerfraktion vertritt den Standpunkt, dass dem Staat allein das Einfuhr-Monopol für Petroleum zusteht.

SPD. Braunschweig, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der politische Redakteur des sozialdemokratischen "Braunschweiger Volksfreund" Georg Fuchs ist am Freitag nach längerem Krankenlager, gestorben. Fuchs litt an Leberkrebs. Eine Operation konnte ihm keine Hilfe mehr bringen, da das Leiden zu spät entdeckt worden war.

Fuchs, der seit 1906 in der S.P.D. organisiert war, gehörte der Redaktion des Braunschweiger Blattes seit 1923 an. Die Sozialdemokratische Partei hatte ihm 1928 den Posten eines unbesoldeten Stadtrates übertragen. Das Ableben von Fuchs, der erst im 45. Lebensjahr stand, hat allgemeine Anteilnahme hervorge-rufen.

SPD. Dresden, 4. April (Eig. Drahtb.)

Die demokratische Fraktion des sächsischen Landtages beschloss am Freitag zur Frage der Regierungsbildung keine unmittelbare Antwort auf die Programmpunkte der Volkspartei zu geben. Die Fraktion stellte ihrerseits jedoch ein ziemlich umfassendes Programm für allgemeine Staatspolitik, Finanz-, Wirtschaft-, Sozial- und Kulturpolitik auf. Das Programm ist so allgemein gehalten, dass ihm zum grössten Teil auch weiter rechts stehende Parteien zustimmen könnten. Es ist in ihm sorgfältig vermieden, was links oder rechts, bei der Sozialdemokratie oder der Deutschen Volkspartei, Anstoss erregen könnte.

Unter Bezugnahme auf ihre programmatischen Vorschläge hat die Demokratische Partei die Fraktionen der SPD und der Deutschen Volkspartei zu Verhandlungen über die Regierungsbildung eingeladen. Der Zeitpunkt der Verhandlungen soll zwischen den Fraktionsführern vereinbart werden.

SPD. Oslo, 4. April (Eig. Drahtb.)

In Norwegen ist im Zusammenhang mit Misständen in der Weinmonopol-Gesellschaft eine Regierungskrise zu erwarten.

Das "Arbeiterbladet" richtet heftige Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Movinckel. Die Misstände in der Weinmonopol-Gesellschaft könnten für ihn nicht ohne Folgen sein, da Movinckel den Urheber der Unregelmässigkeiten Konsul Halvorsen seinerzeit empfohlen habe. Der Sozialminister und Handelsminister dürften schon in den nächsten Tagen aus der Regierung ausscheiden. Man rechnet damit, dass dadurch auch der Ministerpräsident zum Rücktritt gezwungen ist.

SPD. Die Franzosen in der Saarregierung wollen allem Anschein nach die Drohung der Grenzsperre für den Arbeiterverkehr gegenüber Deutschland wahr machen. Die Bergwerksdirektion für die Dauer des Völkerbundesregimes im Saargebiet, eine rein französische Einrichtung, hat, wie wir aus zuverlässiger französischer Quelle erfahren, den Bergarbeiterorganisationen gegenüber die Absicht ausgesprochen, 1400 Bergleute abzubauen, und zwar nur solche, die ausserhalb des Saargebiets im deutschen Reichsgebiet ansässig sind. Die Abbaumassnahme an sich wird begründet mit der Abnahme des Kohlenexports nach Deutschland im Februar d.J. Nach den Angaben der Bergwerksdirektion soll die Ausfuhr nach Deutschland von durchschnittlich 90 000 t im Monat im Februar auf 67 000 t zurückgegangen sein.

Die Beschränkung des Abbaus auf sogenannte Saargänger bedeutet faktisch die teilweise Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiterschaft an der künstlichen Saargrenze, ohne dass formell ein Verkehrsverbot ausgesprochen ist. Es bedeutet ferner einen Bruch der Abmachungen, in denen der ungehinderte Arbeiterverkehr gegenseitig ausdrücklich garantiert ist. Die Bergwerkskommission erklärt, dass die Lage des Arbeitsmarktes im Saargebiet eine weitere Belastung mit Arbeitslosen nicht zulasse.

Die Gewerkschaften haben gegen die rigorosen Absichten des französischen Arbeitgebers sofort energisch Einspruch eingelegt. Abgesehen davon, dass die Entlastung für den Arbeitgeber im natürlichen Abgang ausreichend gesichert ist, können auch die Vertreter der Arbeiterschaft die willkürliche Grenze unter keinen Umständen anerkennen. Bei den Saargängern handelt es sich nicht um fremde Elemente, sondern um eine eingewessene Arbeiterschaft, die seit Generationen im Saargebiet die natürliche Arbeitsgelegenheit findet. Jedenfalls ist die Entlastungs-Offensive der französisch beherrschten Regierungskommission zu Gunsten der französischen Unterhändler über die Saargebietsfrage in Paris in vollem Gange. Die politische Absicht dürfte nach diesen Nachrichten absolut klar sein.

Ob die Deutsche Reichsregierung wegen des offensichtlichen Bruches bestehender Vereinbarungen, die durch den Völkerbund feierlichst bestätigt sind, in Genf intervenieren wird, konnten wir bis jetzt nicht feststellen. In den Kreisen der Eingeweihten im Saargebiet fürchtet man, dass das Auswärtige Amt weder Eile noch Energie zeigen wird, die Frage zu klären. Darüber wird man sich in der Wilhelmstrasse hoffentlich klar sein, dass man dem Deutschen Interesse durch stille Duldung von Übergriffen nicht dient. Die Saarbevölkerung will mit den Franzosen beileibe keinen Krieg führen. Sie ist aber nicht gewillt, der landfremden Regierungskommission grössere Rechte einzuräumen, als eine deutsche Regierungsstelle je zu verlangen wagen würde.

SPD. Altenburg, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der Putschist und thüringische Innenminister Dr. Frick hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter der sozialdemokratischen "Ostthüringer Volkszeitung" Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Am Freitag erfolgte die erste Vernehmung des Beklagten durch den Untersuchungsrichter in Altenburg.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstages hat am Freitag die Beratung der Vorlagen der Reichsregierung über die Steuererhöhungen begonnen. Man sieht ihrem Ergebnis mit grosser Spannung entgegen, da die Regierung mit den hinter ihr stehenden Parteien uneinig ist, keine Mehrheit für ihre Vorlagen hat und sie erst gewinnen muss. Wird ihr diese Aufgabe gelingen? Eine Antwort auf diese Frage hat die erste Sitzung des Steuerausschusses nicht gebracht. Sie wurde eingeleitet mit einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, die nicht viel Neues enthielt. Wichtig war in ihr nur das Zugeständnis, dass der Fehlbetrag des Jahres 1929 wesentlich höher ist als ihn die Regierung bisher angegeben hat, und dass dieser Fehlbetrag nicht restlos durch die Schuldentilgung gedeckt werden kann.

Die Aussprache wurde ausschliesslich durch Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschnationale bestritten. Der Deutschnationale Dr. Rademacher sprach sich dagegen aus, dass für das Jahr 1930 Steuererhöhungen verlangt werden, während für das Jahr 1931 Steuersenkungen in Aussicht gestellt werden. Er empfahl entweder die Steuererhöhungen auf ein Jahr zu befristen oder die Steuererhöhungen und Steuersenkungen organisch in einem Mantelgesetz zu verbinden. Für die Sozialdemokratie kritisierte Abg. Dr. Hertz, dass die Angaben von Dr. Moldenhauer über die Fehlbeträge zu optimistisch seien und wies nach, dass der Fehlbetrag für 1929 nicht 315, sondern wahrscheinlich 350 Millionen betragen werde. Die Haltung der Sozialdemokratie werde von der Gestaltung der Finanzvorlagen als Ganzes abhängen. Während die frühere Regierung die Sanierung der Arbeitslosenversicherung als einen untrennbaren Bestandteil des Finanzprogramms angesehen habe, wolle die neue Regierung entsprechend den Forderungen der Deutschen Volkspartei daran nicht festhalten. Auch bisher habe sich die Sozialdemokratie gegen eine Deckung des Fehlbetrages einseitig durch Verbrauchssteuern gewandt und gefordert, dass durch ein Notopfer der leistungsfähigen Schichten in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer ein Teil des Fehlbetrages gedeckt werde. Einen entsprechenden Antrag werde sie auch jetzt stellen.

In seiner Antwort erklärte der Finanzminister Moldenhauer, dass die jetzige Regierung zu dem Finanzprogramm der früheren Regierung stehe, allerdings mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, in der die Regierung nur noch das zwischen den jetzigen Regierungsparteien vereinbarte Kompromiss vertrete, das die Sozialdemokratie abgelehnt habe. Eine Stellung zu dem angekündigten Agrarprogramm, insbesondere zu seinen finanziellen Auswirkungen, lehnte Moldenhauer ab. Doch dürfe durch diese neuen Vorschläge das Gleichgewicht des Etats nicht gestört werden.

Die Beratungen des Steuerausschusses werden am Sonnabend fortgesetzt. Nach den Absichten der Reichsregierung sollen sie so beschleunigt werden, dass die Vorlagen noch vor der Vertagung des Reichstags, die für Ende nächster Woche in Aussicht genommen ist, erledigt werden. Anscheinend rechnet die Regierung dabei auf die Unterstützung der Deutschnationalen, die durch weitgehende Zugeständnisse in der Agrarpolitik erkaufte werden müsste. Diese Zugeständnisse aber erfordern, daran wird man trotz der Erklärung von Moldenhauer festhalten können, erhebliche finanzielle Aufwendungen des Reiches. Wird diese Basis betreten, dann ist der Kurs dieser Regierung von vornherein gekennzeichnet: den Arbeitslosen verweigert man wenige Dutzend Millionen, angeblich weil der Reichsetat und die Wirtschaft eine solche Belastung nicht vertragen. Für die Grossagrarien aber stehen im selben Augenblick viele Dutzende, wenn nicht Hunderte von Millionen zur Verfügung.

SPD. Köln, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Lokalanzeiger, das Organ der Zentrumsparterie Köln's, verlangt von dem neuen Reichsinnenminister Dr. Wirth, dass er die "Wahlrechtsreform" im Reichstage vorwärtstriebe. Das Zentrum habe schon verschiedene Vorstösse in dieser Hinsicht unternommen. Das Reichsinnenministerium habe aber bisher geschwiegen. Auch bei den anderen Parteien scheine jeder Vorschlag nach einer Wahlrechtsreform auf wenig Gegenliebe zu stossen. Das Zentrum aber hoffe, dass jetzt das neue Kabinett neben der übrigen Reformarbeit auch die des Wahlrechts nicht vergesse, dass der neue Reichsinnenminister die schon halb verstaubten Akten herausgreife und dann die Frage vor den Reichstag zur Entscheidung bringe

SPD. In Neustadt in Holstein wird entgegen allen amtlichen Versicherungen immer noch eine "Yachtschule" mit Reichsgeldern unterhalten, obwohl die Schule nichts anderes ist als ein Tummelplatz ehemaliger Putschisten und Verschwörer-kreise gegen die Republik. Es ist an der Zeit, dass hier von amtswegen schnell-stens eingegriffen wird.

Als sich die Öffentlichkeit im Jahre 1928 mit den Geschäften des Kapitäns z.S. Lohmann in der Phoebus-Angelegenheit befasste, wurde im Reichstag auch die Angelegenheit der Hanseatischen Yachtschule in Neustadt i. Holstein zur Sprache gebracht. Auf dieser Yachtschule wurden seinerzeit in sechswöchigen Kursen auf Kosten des Reiches junge Leute mit abgeschlossener höherer Schulbildung im "Segel- und Motorbootsport" ausgebildet. Das Lehrpersonal der Schule war natürlich stramm reaktionär. Ihm gehörte u.a. der Kapitänleutnant a.D. von Killinger an. Damals wurde vom Reichswehrministerium versichert, dass die hanseatische Yachtschule aufgelöst werden würde, zumindestens eine direkte oder indirekte Unterstützung mit Reichsgeldern nicht mehr in Frage käme.

In unserer schnell lebigen Zeit wurde die Angelegenheit bald vergessen. Was aber ist unterdessen geschehen? Anfang dieses Jahres sind die der hanseatischen Yachtschule gehörenden Grundstücke auf eine neue Gesellschaft umgeschrieben worden. Alleiniger Gesellschafter dieser neuen Grundstücksgesellschaft ist der Reichsfiskus, der sich durch einen Oberregierungsrat als Geschäftsführer vertreten lässt. In dem Betriebe der Yachtschule ist jedoch eine Änderung überhaupt nicht eingetreten. Nach wie vor werden junge Leute in Kursen ausgebildet, nach wie vor führt die Yachtschule die Dienstflagge der Reichsmarine, nach wie vor gehören die Herren von Nostitz, von Killinger und Klitzsch - aus Putschistenzeiten wohlbekannte Namen - dem Lehrkörper der Yachtschule an. Ehrhardt-Anhänger als vom Reich bezahlte Erzieher! Dass die Erziehung der Schüler im rechtsradikalen Sinne geschieht, dürfte angesichts dieser Tatsachen kaum besonders betont werden. Zum grössten Teil sind die Schüler nationalsozialistisch organisiert.

Dass die putschistischen Brüder von Salomon in der Yachtschule Neustadt ein- und ausgehen, bezeichnet nur den engen Zusammenhang dieser Schule mit den heutigen Verschwörerkreisen. Selbstverständlich ist das Zusammentreffen so vieler Putschisten in der Yachtschule Neustadt nur zufällig, selbstverständlich denkt keiner der Herren des Lehrkörpers daran, etwas anderes zu betreiben, als Erziehung der Schüler zum Sport! Wie sollte man auch? Rekrutiert sich doch aus den Schülern der Yachtschule in der Hauptsache der Offiziersersatz der Reichsmarine! Und man kann doch nicht annehmen, dass Leiter wie Lehrer der Schule sich nicht der hohen Verantwortung bewusst sind, Offiziersersatz für die Reichsmarine der Deutschen Republik heranzubilden!

Ist hier nicht für den so oft von "oben" beteuerten Sparsamkeitszwang Feld zu erfolgreicher Betätigung?

SPD. Koblenz, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz gibt in einem Aufruf an die Winzerverbände der Rheinprovinz bekannt, dass er sich veranlasst gesehen habe, bei der Reichsregierung zwecks beschleunigter Verabschiedung des Weingesetzes und einer Verstärkung des Zollschatzes für den deutschen Weinbau sowie endgültiger Beschlussfassung über die Anträge auf Niederschlagung der Winzerkredite vorstellung zu werden. Er warnt die Winzer gleichzeitig, unverantwortlichen Hetzern Gehör zu schenken. Es sei ihm von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, dass Aufwiegler in den Winzerorten umherziehen, die der Winzerschaft Versprechungen machten, die sie niemals erfüllen könnten.

SPD. Das Berliner Hitlerorgan teilt am Freitag mit, dass Hitler angesichts des "schanlosen Umfalls" der deutschnationalen Fraktion in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags, aus dem Reichsausschuss Hugenbergs ausgeschieden sei. Danach würde der Reichsausschuss, der einst von Hugenberg gegründet wurde, um aus dem "nationalen Brei" einen nationalen Block zu machen, nur noch aus Hugenberg und Seldte bestehen. Man ist also dank der Führergabe Hugenbergs wieder beim Brei angelangt.

SPD. Paris, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der "Intransigeant" veröffentlicht am Freitag eine Meldung über Aufsehen erregende Finanzoperationen Deutschlands auf dem internationalen Kreditmarkt. Danach soll sich ein amerikanisches Konsortium gefunden haben, das Deutschland den gesamten Ertrag aus der 120 Millionen Dollar Anleihe des schwedischen Zündholztrusts auf einmal auszahlen will. Diese Operation soll bereits vor einigen Tagen erfolgt sein; unter welchen Bedingungen, weiss der "Intransigeant" nicht mitzuteilen.

SPD. Es wird von Tag zu Tag sichtbarer, dass das durch die Regierung Hermann Müller eingeleitete landwirtschaftliche Reformwerk durch das Programm des gegenwärtigen Reichsernährungsministers Schiele zu einer regelrechten Subventionspolitik für den ostdeutschen Grossgrundbesitz umgebogen werden soll. Während die Öffentlichkeit noch gar keine Ahnung hat, wie das Schielesche Programm eigentlich aussehen wird, streiten sich die Grossagrariere bereits um die staatlichen Gelder. Das Fell des Bären wird also wieder einmal schon vorher verteilt. In Berlin ist zu diesem Zweck vor einigen Tagen eine Zweckgenossenschaft gebildet worden. In dieser Zweckgenossenschaft ist ausschliesslich die Grosslandwirtschaft vertreten. Aufgabe des Instituts soll sein, die Verteilung der staatlichen Agrarsubventionen zu regeln.

In Ergänzung dazu erfahren wir, dass die Gelder der neuen Hilfsaktion durch die Landwirtschaftskammern und die Landschaften verteilt werden sollen. Diese Forderung hat einen bestimmten Zweck. Als die letzte Ostpreussenhilfe eingeleitet wurde, sahen sich Reich und Preussen gezwungen, einen besonderen Staatskommissar einzusetzen, um den bei der Verteilung der Gelder entstandenen Missbräuchen zu steuern und entgegenzutreten. Staatskommissar wurde der Demokrat Rönneburg. Rönneburg hat, nach allem, was man erfährt, Gutes undersprießliches geleistet und alle Energie dafür eingesetzt, dass die Staatsgelder an die richtigen Stellen kamen und nicht verplempert wurden. Der Staat wollte eben sein gutes Geld für die Erhaltung der Landwirtschaft verwenden und nicht dazu, bankrotte Grossgrundbesitzer noch einige Zeit über Wasser zu halten. Das hat natürlich den Grossagrariern nicht gefallen. Man sucht also den Staatskommissar auszuschalten, indem man die Verfügungsgewalt über die

neuen Subventionen den Landwirtschaftskammern und Landschaften zuschieben will, auf die die Grossagrarien den genügenden Einfluss haben. Man will weiter wur-
steln.

Vor aller Welt werden also der Verpulverung öffentlicher Gelder die Wege geebnet. Das landwirtschaftliche Reformwerk wird zu einer Beutemacherei ersten Ranges.

SPD. London, 4. April (Eig. Drahtb)

Die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Fünfmächte-Paktes als Ergebnis der Verhandlungen der Flottenkonferenz sind nunmehr auch in offiziellen englischen Kreisen, die bis zum gegenwärtigen Augenblick einen starken Optimismus zur Schau trugen, so gut wie aufgegeben worden.

Briand soll am Freitag in einer Unterredung mit Henderson kategorisch erklärt haben, dass die politischen Besprechungen als beendet zu betrachten seien. Unterdessen wächst die Misstimmung der englischen öffentlichen Meinung darüber, dass Frankreich keinerlei Meinung gezeigt hat, die geplanten politischen Konzessionen mit einer wesentlichen Einschränkung seiner Tonnageforderung zu beantworten. Unter diesen Umständen kann schon heute mit Sicherheit festgestellt werden, dass das Scheitern der Konferenz, soweit der Fünfmächtepakt in Betracht kommt, keinerlei ernstesten Prestigeverlust für MacDonald und seine Regierung in England selbst bedeuten wird.

SPD. Im Lager der in der Regierung vertretenen Parteien ist bereits der schönste Krach im Gange. Das Streitobjekt bildet die Steuervorlage der Regierung, an der eine Fraktion das und der anderen dieses nicht passt. Die Bayerische Volkspartei ist mit der Wirtschaftspartei gegen die Biersteuer. Die Wirtschaftspartei wünscht eine gestaffelte Umsatzsteuer für Grosswarenhäuser und ähnliche Betriebe, während die Demokraten diese Forderung bis jetzt entschieden ablehnen und, wie sie behaupten lassen, "unter keinen Umständen" mitmachen würden. Auch im Zentrum tauchen gegen die Vorlage der Regierung bereits viele Bedenken auf. Das gleiche wird von der Deutschen Volkspartei gemeldet.

Die Regierung hat inzwischen beschlossen, entgegen der Forderung der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei an der 75 % Erhöhung der Biersteuer festzuhalten. Die Regierung steht also in ihren Auffassungen gegen die Forderungen eines Teiles der in ihr vertretenen Parteien. Unter diesen Umständen wird sie ihr Ziel der schnellen Verabschiedung ihrer Steuergesetze nur unter Missbrauch der Reichsverfassung durchsetzen können. Dem soll dann die Auflösung des Reichstages folgen. Voraussetzung dazu ist natürlich, dass Hugenberg mit seiner Kolonne nicht wieder umfällt.

+ + +

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befasste sich am Freitag mit den inzwischen vom Reichsrat verabschiedeten beiden Gesetzesvorlagen betreffend Vorbereitung der Finanzreform und Übergangsregelung des Finanzausgleichs". Beide Vorlagen gehen sofort dem Reichstag zu, sodass ihre erste Lesung bereits am kommenden Dienstag stattfinden kann. Das Reichskabinett erörterte sodann das weitere Vorgehen im Steuerausschuss des Reichstags, dessen Beratungen mit grösster Beschleunigung zu Ende geführt werden müssen. An dem Vorschlag der 75%igen Biersteuererhöhung hält die Reichsregierung fest.

SPD. Wilhelmshaven, 4. April (Eig. Dr.)

Die Liste der freien Gewerkschaften erzielte bei der Betriebsratswahl auf der Marinewerft in Wilhelmshaven von den 21 Arbeitersitzen allein 18. Die restlichen 3 Sitze fielen an die sogenannten "nationalen Arbeiter" (Stahlhelm und Nationalsozialisten). Bisher verfügten die freien Gewerkschaften über alle 21 Sitze. Immerhin ist das Ergebnis noch als recht günstig zu bezeichnen, da die Rechtsradikalen mit vereinten Kräften gegen die freien Gewerkschaften Sturm liefen und insbesondere mit dem Panzerkreuzer B agitierten.

Bei der Angestelltenwahl erzielten die freien Angestellten 6 Sitze. Hier änderte sich nichts.

SPD. Amsterdam, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloss am Freitag im Hinblick auf die in einer Anzahl Länder zunehmende Mechanisierung und Intensivierung des Arbeitsprozesses und die dadurch bedingte erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft in diesen Ländern eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Woche anzustreben. Der Forderung soll das Prinzip der englischen Woche mit dem freien Sonnabend-Nachmittag zugrunde gelegt werden. Ausserdem wurde beschlossen, den Entwurf eines sozialpolitischen Kolonialprogramms in der nächsten Vorstandssitzung vom 20. bis 23. Mai durchzuberaten. In der Woche vom 28. September bis 4. Oktober d. J. soll eine Erhebung über die effektive Dauer der Arbeitszeit wie im Jahre 1928 durchgeführt werden.

SPD. Altenburg, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der Reichsbannermann Schellenberg, der kürzlich wegen Körperverletzung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, wurde in der Berufungsinstanz freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens fallen der Staatskasse zur Last.

Die Verurteilung in erster Instanz erfolgte, nachdem ein Werwolfmann beschworen hatte, dass Schellenberg bei einem politischen Zusammenstoss im Oktober des vergangenen Jahres den Werwolfmann Nietzsche derart geschlagen habe, dass er auf einem Auge die Sehkraft verlor. Der Reichsbannermann hat demgegenüber immer und immer wieder seine Unschuld beteuert. In der Berufungsinstanz hat der Mitangeklagte Zschokke gestanden, dass er der Schläger gewesen sei. Jetzt wird sich der meineidige Werwolfmann vor Gericht zu verantworten haben.

SPD. London, 4. April (Eig. Drahtb.)

Der konservative Führer Baldwin hat am Freitag eine neue, durch die inneren Kämpfe in seiner Partei nötig gewordene Programmrede gehalten. Er betonte, dass "Industrieschutz", also Schutzzoll-Politik und die ökonomische Einheit des Reiches die Programmpunkte seien, mit denen die konservative Partei in den nächsten Wahlkampf ziehen werde. Angesichts der starken freihändlerischen Gruppe innerhalb der konservativen Partei, die jede Schutzzoll-Politik und die Besteuerung von Lebensmitteleinfuhren ablehnt, dürfte diese Rede Baldwins die Meinungsverschiedenheiten im Schosse der konservativen Partei noch weiter steigern.

SPD. Amsterdam, 4. April (Eig. Drahtb.)

Auf dem Bohrgelände einer batavischen Petroleumgesellschaft in Tjepoe auf Borneo ereignete sich durch ausströmendes Gas, das mit nachglühendem Kieselstein in Berührung kam, eine furchtbare Explosion. 7 Arbeiter wurden getötet, 11 Arbeiter so schwer verletzt, dass an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

SPD. London, 4. April (Eig. Drahtb.)

Die Kohlengesetzgebung der Regierung ist im Unterhaus in der dritten Lesung erledigt, sodass der Kampf nunmehr nach dem Oberhaus verlegt ist. Wie aus der konservativen Pressedeutlich hervorgeht, wird von Seiten der Bergbau-Interessenten ein starker Druck auf die Mitglieder des Oberhauses ausgeübt, um gewisse Änderungen durchzusetzen. Insbesondere wünschen die Grubenherren die Entfernung der Klausel, die von den Zwangszusammenschlüssen der Zechen handelt. Sie bezieht sich auf einen Teil des Gesetzes, der auf ausdrücklichen Wunsch der liberalen Partei in den Regierungsentwurf aufgenommen worden ist.

SPD. Kiel, 4. April (Eig. Drahtb.)

Vor dem Einzelrichter wurde die Reichsmarine am Freitag verurteilt, einem wegen "kommunistischer Umtriebe" fristlos entlassenen Feldwebel zunächst das Gehalt bis zum Tage der Dienstentlassung und eine Übergangsbeihilfe für drei Jahre zu zahlen. Ausserdem ist an den Kläger eine Abfindung für den Zivildienstschein und eine etwaige Umzugsbeihilfe bei der Ergreifung eines bürgerlichen Berufs unter der Voraussetzung zu zahlen, dass der Kläger beeidet, mit den Kommunisten keinen Verkehr gehabt zu haben. Dieser Voraussetzung wird der fristlos entlassene Feldwebel entsprechen.

Der Gastwirt, in dessen Lokal die aus der Reichsmarine fristlos entlassenen Soldaten mit Kommunisten in Verkehr gestanden haben sollen, will nunmehr gegen die Reichsmarine ebenfalls Antrag auf Schadenersatz stellen. Er fühlt sich durch die Massnahmen der Reichsmarine und insbesondere durch die Beto- nung, dass in seinem Lokal ausschliesslich Kommunisten verkehren, finanziell geschädigt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 4. April (Eig. Bericht)

Der Reichstag führte am Freitag in einer fünfständigen nur schwachbesetzten Sitzung die zweite Beratung des Schankstättengesetzes zu Ende.

Vor dem Rednerpult waren gewaltige Stöße von Petitionen aufgestapelt, die das Gemeindebestimmungsrecht und das Schankstättengesetz betreffen. Der Tisch des Hauses reichte bei weitem für diese Masse von Eingaben nicht aus. Für die Zentrumspartei erklärte der Abg. Diez die Zustimmung zum Gesetz, gab aber bekannt, dass ein Teil seiner Freunde gegen die Verquickung von Arbeiterschutzbestimmungen mit der Konzessionserteilung und der Konzessionsentziehung stimmen würde. Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich plädierte für die Annahme der Ausschussbeschlüsse. Erfreulich war, dass er sich auch für den § 31 a einsetzt, der Zechschulden nicht einklagbar machen will. Auch für die Polizeistunde als äusserste Grenze 1 Uhr nachts trat der Minister ein. Dagegen erhob als Vertreter Preussens der Ministerialdirektor Klausener gegen eine reichsgesetzliche Regelung der Polizeistunde Einspruch. Klausener hat sich schon journalistisch als Schutzpatron für das weltstädtische Nachtleben betätigt. Es erregte einiges Aufsehen, dass gerade der Präsident der katholischen Aktion für Berlin, eben Dr. Klausener, mit dieser Energie für das Recht der Nachtschwärmer eintrat. Sowohl der kommunistische Redner Schumann wie der deutschnationale Abg. Strathmann sprachen weniger dem Ministerialdirektor als dem Führer der katholischen Aktion und damit der katholischen Sittlichkeitsbewegung die Verwunderung über seine Haltung aus.

Der Bayerische Volksparteiler Loibl kündigte bei aller Kritik im einzelnen die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf an. Er wandte sich gegen die tendenziösen Einseitigkeiten und unwahre Berichterstattung in den Fachzeitschriften der Alkoholgewerbe und forderte den Führer der Gastwirte, Herrn Köster, auf, diesem Unfug zu steuern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Bergmann polemisierte eingehend gegen diejenigen, die die Arbeiterschutzbestimmungen aus dem Gesetz entfernen wollen. Er und nach ihm der Kommunist Schumann trugen reiches Material über die schlechten Arbeits- und Lohnverhältnisse des Personals in den Gastwirtschaftsbetrieben vor. Der Volksparteiler Bickes bezweifelte die von Sollmann vorgetragene Zahl, dass es in Deutschland 390 000 registrierte Trinker gebe. Er behauptete, dass die Heilanstalten nur 20 000 Trinker beherbergten. Sollmann erwiderte ihm, dass die Zahl der Trinker in den Heilanstalten selbstverständlich nur ein Bruchteil der bei den Trinkerfürsorgestellen angemeldeten Trinker sein könne. Die Zentrumsabgeordnete Fuchs sprach für die reichsgesetzliche Regelung der Polizeistunde. Auch die sozialdemokratische Abg. Wurm polemisierte gegen die Haltung Preussens. Sie hob ferner nachdrücklich hervor, dass der § 31 a, der sich gegen die Abgabe von Schnaps auf Kredit wendet, einer sozialdemokratischen Anregung seine Entstehung verdankt.

In später Nachmittagsstunde machte dann noch eine Rede des sozialdemokratischen Abg. Dr. Moses starken Eindruck. Er ironisierte die Behauptung des wirtschaftsparteilichen Abg. Köster, dass die medizinische Wissenschaft für den mässigen Alkoholgenuss eintrete. Ein solcher Standpunkt werde in keinem Lehrbuch der Medizin vertreten. Der jetzige Gesetzentwurf sei nur ein Anfang der notwendigen schärferen Gesetzgebung gegen den Alkoholismus. - Die 3. Beratung des Schankstättengesetzes und die Abstimmungen werden am Dienstag erfolgen.

Aus aller Welt

Eifersuchtsmord am Lago Maggiore.

Das Opfer: Eva Koppel, eine junge Berlinerin - Der Mörder: Luigi Cecchini, ein Italiener im Liebeswahn.

SPD. In dem südschweizerischen Ascona am Lago Maggiore nahe Locarno wurde einen Tag vor ihrem 23. Geburtstag die aus Berlin stammende Frau Eva Cecchini, geborene Koppel, von ihrem Ehegatten, dem Mailänder Grossindustriellen Luigi Cecchini durch zwei Revolverschüsse getötet. Der Täter konnte am Freitag mit- tag in Lugano verhaftet werden.

Eva Cecchini war die jüngste Tochter des Berliner Syndikus Dr. Koppel, der in den Kreisen der Berliner Kaufmannschaft, insbesondere auch als Mitglied des Reichswirtschaftsrates, eine führende Rolle spielt. Dr. Koppel besass in Losone bei Locarno ein Landhaus, das seine Tochter Eva mit Cecchini, den sie erst vor einem halben Jahr geheiratet hatte, jetzt beziehen wollte. Nur mit einem gewissen Widerwillen war Eva Cecchini von Berlin aus an den Lago Maggiore gefahren, da sie sich in ihrer Ehe, die sie gegen den Willen ihrer Eltern eingegangen war, sehr unglücklich fühlte: man berichtet, dass Cecchini, seine Frau, unfähig, sie irgendwie zu verstehen, sehr schlecht behandelte. Aus begreiflichen Gründen hatte Evas Vater, Dr. Koppel, vor einiger Zeit eine klärende mit seinem Schwiegersohn ohne die Anwesenheit seiner Tochter abgelehnt; aus Zorn und Enttäuschung hierüber schoss sich Cecchini damals in selbstmörderischer Absicht in die Brust und verwundete sich ziemlich schwer.

Cecchini lag in einem Berliner Krankenhaus und fuhr nach seiner Heilung auf eine Weile nach Italien. Inzwischen hatte sich seine Frau mit ihm wieder ausgesöhnt. Sie trafen sich zum ersten Male wieder auf dem Besitztum Dr. Koppels am Lago Maggiore. Es dauerte nicht lange, als die alten Streitigkeiten, verstärkt durch eine hemmungslose Eifersucht des Mannes, wieder ausbrachen. In jedem Blick, in jeder Geste, in jedem Gespräch seiner Frau spürte Cecchini einen Betrug. Eifersucht dürfte in erster Linie auch das Motiv der schrecklichen Tat gewesen sein, der Eva Koppel, eine sehr reizvolle, temperamentfrische junge Frau zum Opfer fiel. Offenbar ist Eva Koppel, die früher gern zum Theater gehen wollte, als Typ einer modernen Berlinerin in ihrer ganzen Lebensauffassung und Denkungsart zu entgegengesetzten Charakters als ihr Gatte gewesen, dessen Abstammung aus einer florentinischen Adelsfamilie eben auch mit einem sehr konservativen Erbgut der Sittenbegriffe verbunden gewesen ist.

Nach einer Schilderung, die das Locarneser Lokalblatt von der Tragödie gibt, spielte sich der letzte Akt des Ehedramas auf der Strasse von Ascona nach Losone ab. Frau Cecchini, die am Mittwoch eine heftige Auseinandersetzung mit ihrem Gatten hatte, befand sich Donnerstag mittag auf dem Weg nach ihrem neuen Heim. Plötzlich tauchte Cecchini auf, geriet mit seiner Frau in einen immer heftiger werdenden Wortwechsel, zog einen Revolver - und bevor sich Eva Cecchini zur Flucht wenden konnte, krachten Schüsse: der erste ging fehl, Eva Cecchini fiel vor Schreck zu Boden, der zweite traf eine gefährliche Stelle dicht am Auge. Die junge Frau war auf der Stelle tot.

Der Mann schien von Entsetzen gepackt zu sein. Fassungslos starrte er die Leiche an. Aber dann hörte er Schritte, merkte, dass es Augenzeugen seiner entsetzlichen Tat gab, raste davon und verschwand in den Büschen der Flussnieder-

rung. Am Freitag mittag konnte die Polizei den jähzornigen Mörder ergreifen. Er ist nach nächtlicher Flucht von Ascona nach Lugano auf Grund eines Steckbriefes von Polizeibeamten erkannt und auf der Piazza Dante verhaftet worden. Auf der Polizeistation verweigerte er jede nähere Aussage und erklärte nur, dass er vor dem Richter noch viel zu sagen haben werde. Er trug einen Brief bei sich, der an den italienischen Polizeikommissar von Domodossola, dem gegenüber er sein schweres Verbrechen zugab und dem er sich stellen wollte, gerichtet war.

Am Freitag nachmittag wurde Cecchini nach Locarno übergeführt. Dr. Koppel, der Vater der Toten, ist inzwischen in Locarno eingetroffen.

+ + +
Ausgerechnet Grundsteinraub. Nicht gerade sehr intelligente Diebe haben den noch freiliegenden Grundstein des in Berlin-Charlottenburg im Bau befindlichen Reichsfunkhauses von seinem Platz gerückt, demoliert und ihm die Metalltruhe entraubt, die zwar die Grundsteinfestreden und verschiedene Urkunden enthielt, aber nicht das Geld, das die seltsamen Räuber offenbar in Hülle und Fülle vermuteten.

+ + +
Bewusstlos auf dem Motorrad. Ein merkwürdiger Unfall trug sich auf einer Landstrasse bei Kopenhagen zu. Ein Handlungsgehilfe fuhr auf seinem Motorrad in Richtung Odense, eine Krankenschwester sass auf dem Soziussitz. In der Nähe von Roskilde stürzte das Motorrad um, der Fahrer und die Fahrerin wurden zu Boden geschleudert. Der Handlungsgehilfe lag ungefähr fünf Minuten auf der Landstrasse, erhob sich dann, fuhr weiter, ohne sich um die Krankenschwester zu kümmern, kam schliesslich nach einer Stunde an die Unfallstelle zurück, fuhr abermals, trotz der Hilferufe der Schwester, fort und kam nach etwa 20 Minuten noch einmal an die Katastrophenstelle, erblickte die Pflegerin am Boden und hielt an. Erstaunt fragte der Fahrer die Schwester, wo sie die ganze Zeit, während der er sie gesucht hätte, gewesen wäre. Lindhøj machte dabei, wie die Schwester aussagte, den Eindruck eines völlig bewusstlosen Menschen. Kaum hätte der Handlungsgehilfe seine Frage gestellt, als er ohnmächtig zu Boden fiel. Im Krankenhaus, in das ihn vorbeifahrende Kraftfahrer transportierten, stellten die Ärzte eine schwere Gehirnerschütterung fest. Die fast anderthalb Stunden währende Zeit, in der der Unglücksfahrer die Schwester gesucht haben will, fuhr er offenbar nur bei teilweisem Bewusstsein, bei dem das Erkennungsvermögen völlig ausgeschaltet gewesen sein muss. Fälle wie dieser sind sehr selten und verlaufen meistens tödlich.

+ + +
Filmreaktion in der Schweiz. In Zürich ist mit Unterstützung der kantonalen Geburtenklinik unter dem Namen "Frauennot und -glück" ein Aufklärungsfilm hergestellt worden, der Schwangerschaft, Geburt und Mutterglück in sehr anschaulichen Bildern darstellt. In dem Film wird gezeigt, welche Gefahren die Unterbrechung der Schwangerschaft durch Sachkundige mit sich bringt und welche Hilfsmittel einer Klinik zu Gebote stehen, um auch in den schwierigsten Fällen einen glatten Verlauf der Geburt zu gewährleisten. Der Film fand bei seinen ersten Vorführungen sowohl bei den Ärzten wie beim Publikum vollen Beifall. Jetzt wurde von Kreisen des schweizer Zentrums und von einigen bürgerlichen Frauenvereinen ein Entrüstungsfeldzug arrangiert, der zur Folge hatte, dass die Züricher Behörden die weitere Aufführung des Films verboten. Die Berner Behörden schlossen sich diesem Beispiel an, trotzdem in einer geschlossenen Vorstellung 90 Prozent der geladenen Gäste sich für eine öffentliche Aufführung des Films erklärten.

+ + +

Die "Europa" in der Heimat. Am Freitag mittag 1,40 Uhr traf die "Europa" auf der Reede von Bremerhaven ein. Trotz schwerster Fahrt gegen Südwestdünung und Stürme ist die Rückreise bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,36 Seemeilen pro Stunde verlaufen.

+ + +
Religionskrieg im Galizierdorf. Zu einem regelrechten Religionskrieg kam es in dem ostgalizischen Dorf Kaczanowka, wo der dort tätige katholische Vikar versetzt werden sollte. Zu seinen Gunsten demonstrierte die einheimische Bevölkerung unter Anführung des Vikars so lärmend, dass die Polizei sich gereizt fühlte, auf die Demonstranten zu schießen, zwei Tote und fünf Schwerverwundete blieben auf dem Schlachtfeld des Religionskrieges liegen. Nach dem Kampf zog sich der Vikar mit seinen Anhängern in die Kirche zurück, wo er am nächsten Tag von einer Abteilung Militär verhaftet wurde. Der inzwischen eingetroffene Erzbischof entthob den Geistlichen seines Amtes und verhängte über die aufsässige Gemeinde den Bann.

+ + +
Autosturz in den Rhein? Seit neun Tagen wird das Berliner Ehepaar Hans und Lotte Kappelt, die sich im Auto auf die Hochzeitsreise begeben haben, vermisst. Es wird befürchtet, dass das Paar in seinem grünen Opelwagen IA56782 auf der Schweizer Seite des Rheins an einer abschüssigen Stelle in den Strom gestürzt ist.

+ + +
"Kunstwochen" für Festspiele. Die Berliner Festspiele für 1930 sind einschliesslich der Beteiligung der Städtischen Oper gesichert, werden aber unter dem Titel "Berliner Kunstwochen 1930" propagiert werden.

+ + +
Ungarnreisen ohne Visum. Der ungarische Ministerrat erteilte seine Zustimmung zur Abschaffung des Visumzwanges zwischen Ungarn, Deutschland und Österreich nach entsprechendem diplomatischen Notenwechsel.

+ + +
Tagelöhner ermordet Dreizehnjährige. Der Tagelöhner Krämer in Mannheim-Neckarstadt hat die 13 jährige Katharina Walter in seiner Wohnung ermordet und sich nach der Untat mit Gas vergiftet.

+ + +
Leuchtkugel verursacht Waldbrand. Eine verirrte Leuchtkugel verursachte in der Nähe von Marburg einen Waldbrand. Die Unglückskugel, die von einem Marburger Jägerbataillon bei einer militärischen Übung abgeschossen worden war, vernichtete einen Baumbestand von einem Hektar Ausdehnung.

+ + +
Banditen= "Fortsetzung folgt". Offenbar dieselben seltsamen Banditen, auf die die Bombenabschläge auf eine Hamburger Juwelierfirma und auf das Warenhaus Tietz zurückzuführen sind, meldeten sich auf telefonischem Wege am Freitag bei zwei Hamburger Juwelieren, von denen sie, unter Attentatandrohung im Ablehnungsfalle Geld verlangten. Die Verbrecher forderten 500 Mark.

+ + +
Bahnkatastrophe-Freispruch. Die als Schuldige der Bahnkatastrophe bei Burgkernitz am 12. Februar 1929 angeklagten drei Eisenbahnbeamten Siebler, Hartwig und Condeck wurden vom Schöffengericht in Halle freigesprochen. Als letzte Ursache der Katastrophe, bei der der Berliner D-Zug 70 unweit Burgkernitz auf den vor einem Einfahrtsignal wartenden D-Zug 238 mit 80 Kilometer Geschwindigkeit auffuhr, wobei ein Zugführer tödlich, drei Passagiere schwer und 24 leicht verletzt worden sind, wurde die grimmige Kälte festgestellt, die damals herrschte und in der fraglichen Nacht bis auf 25 Grad angestiegen war.



Arbeiterabbau bei der Reichsbahn.

25 000 Arbeitslose mehr!

SPD. Kann man es fassen? Das grösste Reichsunternehmen darf es sich bei der schon ohnehin trostlosen Lage des Arbeitsmarktes erlauben, die Zahl der Arbeitslosen um weitere 25 000 zu vermehren. Das also ist die Weisheit unserer grossen Wirtschaftsführer und Unternehmungen. Man saniert auf Kosten der Arbeiter, mit dem Hunger und den Entbehrungen der Proleten. Die Reichsbahnhauptverwaltung geht jetzt dazu über, ihre bei der Tarifffrage bereits angedrohten Massenentlassungen, Stilllegungen und Feierschichten wahr zu machen. Die Verhandlungen, die dieser Tage zwischen der Hauptverwaltung und den Gewerkschaften geführt wurden, haben einen wenig erfreulichen Verlauf genommen. Auch die Aussprache der Vertreter der Tariforganisationen mit dem Generaldirektor Dorpmüller verscheuchte nicht das Tausenden von Eisenbahnarbeitern nahende Arbeitslosengespenst.

Was will die Reichsbahn-Hauptverwaltung? Sechs Ausbesserungswerke bezw. Werkstättenabteilungen sollen sofort stillgelegt werden. Es handelt sich um das Ausbesserungswerk Breslau-Odertor, um das Güterwagenwerk Kassel, die Wagenabteilung Dortmund, das Ausbesserungswerk Oberhausen, das Ausbesserungswerk Langenberg und die Lokomotivabteilung Magdeburg-Buckau. Mit dieser Stilllegungsaktion werden rund 1 800 Werkstättenarbeiter entlassen, 6 200 werden auf andere Werke verteilt. Ferner werden weitere 1 200 Werkstättenarbeiter entlassen, die zurzeit in Werkstätten arbeiten, die nicht stillgelegt werden. Aus den Betriebs- und Betriebswagenwerkstätten kommen 940 Arbeiter zur Entlassung; diese Zahl verteilt sich auf sämtliche 450 Werkstätten. Die Gesamtzahl der zu entlassenden Werkstättenarbeiter beziffert sich also auf rund 4 000.

Am kräftigsten will man bei der Bahnunterhaltung sparen. Der Personaletat für den Betriebs- und Verkehrsdienst wird um 20 000 Köpfe gesenkt, d. h. es werden für Bahnunterhaltungsarbeiten 20 000 Zeitarbeiter nicht eingestellt. Das Umbauprogramm für die Bahnunterhaltung wurde um 700 km gekürzt. Vorgesehen war ein Umbau von 3 100 km. Der Bahnunterhaltung werden jetzt rund 7 000 Betriebsarbeiter zugewiesen.

Die Hauptverwaltung hat das Angebot der Organisationsvertreter, die Ueberzeitarbeit zu beseitigen, nicht angenommen. Der Fortfall der Ueberzeitarbeit würde für die Hauptverwaltung eine Ersparnis um mehr als 5 000 Arbeiterlöhne pro Jahr ausmachen. Die Haltung der Hauptverwaltung ist unverständlich. Alles Zureden half nichts. Alle Vorschläge und Einwände der Organisationsvertreter und des Hauptbetriebsrats wurden vom Generaldirektor Dorpmüller hartmäckig zurückgewiesen oder abgelehnt. Es blieb den Personalvertretern daher nichts weiter übrig, als schliesslich noch den Versuch zu unternehmen, wenigstens möglichst günstige Abfindungsbestimmungen zu vereinbaren. Darüber wird zurzeit noch verhandelt.

Die Meldung von dem Massenabbau bei der Reichsbahn muss auf jeden, der etwa von den Panzerzügen der Reichsbahn, von den Mammutgehältern der leitenden Direktoren und den Schmiergeldern der Leistungszulagen gehört hat, wie ein grausamer Aprilscherz wirken. Leider handelt es sich um keinen Scherz, sondern um brutale und für die betroffenen Eisenbahnarbeiter sehr schmerzliche Tatsachen. 25 000 Arbeitslose mehr.

SPD. Mit Illusionen ist der Weg zur Pleite gepflastert. Die Arbeitgeber der Bekleidungsindustrie befinden sich bereits auf diesem Weg. Sie klammern sich mit einer unverständlichen Gutgläubigkeit und Vertrauensseligkeit an ihren Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Braunschweiger Schiedsspruchs. So haben verschiedene Firmen bei ihren Aussperrungsmassnahmen den Bekleidungsarbeitern zu verstehen gegeben, dass sie sich am kommenden Dienstag wieder zur Arbeit melden können. Danach rechnet man auf Arbeitgeberseite ganz offenbar mit einer Verbindlichkeitserklärung. Diese Hoffnung kann unmöglich in Erfüllung gehen, denn der Braunschweiger Schiedsspruch ist formal und sachlich absolut unhaltbar.

Statt Illusionen nachzuhängen, sollten die Arbeitgeber der Bekleidungsindustrie sich endlich dazu aufraffen, sich die durch den Streik geschaffene Situation etwas genauer anzusehen. Lenken sie nicht ein, dann wird sehr schnell die Kampffront erweitert werden. Vor allem dürfte überall dort, wo die Firmen drohen, eine Nichtanerkennung des Braunschweiger Schiedsspruchs durch die Berlegschaft mit Kündigung zu beantworten, auf Seiten der Gewerkschaften ein Echo auslösen, das den Arbeitgebern wenig Freude bereiten wird.

Genauere Meldungen über Aussperrungsmassnahmen liegen bis jetzt nur aus Frankfurt a.M. und Hannover vor. In Frankfurt haben 11 Firmen ausgesperrt; es handelt sich aber dabei nur um kleinere Firmen mit durchschnittlich 10 - 12 Arbeitskräften. In Hannover haben 3 Firmen ausgesperrt.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats ist am Freitag im Berliner Buchdruckerhaus zu einer Tagung zusammengetreten. Reichstagsabgeordneter Falkenberg wies in seinen einleitenden Ausführungen auf die verschärfte politische Lage hin. Die Wirtschaft habe zum Sturm auf die Sozialpolitik angesetzt. In diesen Kämpfen sei das Firmenschild des Beamtentums nicht in Gefahr, wohl aber werde unter dem Schlagwort "Sanierung der Finanzen" die wirtschaftliche und soziale Grundlage des Beamtentums unterhöhlt.

Dr. Völter schilderte die Etats- und Finanznot des Reiches, die durch die ungeheure Verschlechterung des Arbeitsmarktes, eine Folge der Rationalisierungsmassnahmen der Industrie, verschärft worden seien. Der Deutsche Beamtensyndikat habe die Frage des Notopfers der Beamten benutzt, um die Beamten in ungeheurer Weise aufzuputzen. Äusserungen in irgendeiner Funktionärversammlung der SPD habe man benutzt, um Alarm zu schlagen, während man Vorschläge von christlicher Seite als "von angenehmer Sachlichkeit getragen" bezeichnete. Der gegenwärtige Reichskanzler Dr. Brüning habe hinter den Bestrebungen Steinwands gestanden, die Besoldungsreform von 1927 wieder abzubauen. Der ADB habe sich eindeutig zur Verwaltungs- und Reichsreform bekannt. Man dürfe aber bei den Beamten nicht die Illusion aufrechterhalten, dass dadurch keine Verminderung der Zahl der Beamten herbeigeführt würde.

Dr. Drath sprach über die Besoldung der Kommunalbeamten. Im Anschluss daran nahm der Bundesausschuss eine Reihe Berichte über die Spargutachten in den einzelnen Ländern entgegen. Landtagsabgeordneter Dr. Brill (Weimar) schilderte die Verwaltungsreformpläne des Thüringer Bürgerblocks, die einen schweren Schlag gegen die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung darstellen, da sie das kulturelle Niveau der breitesten Volksmassen herabdrückten. Man wolle in Thüringen ausgesprochene bürgerliche Machtpolitik treiben. Weitere Berichte beschäftigten sich mit den Sparmassnahmen in Sachsen, Hessen, Braunschweig, Lübeck, Württemberg. Schliesslich wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der sich der Bundesausschuss gegen die Bestrebungen wendet, die Gesundung der öffentlichen Finanzen durch Sondermassnahmen auf Kosten der Arbeitnehmer herbeiführen sollen. Der Bundesausschuss erklärt, dass sich die

im ADB organisierten Beamten gegen alle Sondermassnahmen wie Gehaltskürzung, Sonderbesteuerung und ausgedehnten Beamtenabbau zur Wehr setzen.

SPD. In Gera und Weida ist in der Teppich- und Tuchindustrie von den Arbeitgebern der Lohntarif, der durch Schiedsspruch vom 9. April 1929 zustande kam mit Wirkung zum 31. Mai gekündigt worden. Der Zweck der Kündigung ist Lohnabbau.

SPD. Becker=Stahl und kein Ende! Jetzt kommt die "Kölnische Zeitung" mit dem Vorschlag, der Reichsarbeitsminister möge als oberster Schlichter in der Becker=Stahl=Affäre die Parteien vor sich laden und einen letzten Versuch zur Einigung machen. Dieser Vorschlag wurde auch vom Verein der Metallindustriellen am linken Niederrhein aufgegriffen und das Kölnische Unternehmerorgan bemerkt dazu: "Diese Bereitschaft des Vereins der Metallindustriellen in Krefeld, die Hilfe des Schlichters in Anspruch zu nehmen, um die Weiterarbeit bei Becker=Stahl zu ermöglichen, verdient volle Anerkennung. Sie widerlegt durchaus die Verdächtigungen eines Teiles der Presse, die Arbeitgeberseite habe ihre Forderungen die Gewerkschaften sollten das Abkommen gegenzeichnen, nur gestellt, um es von vornherein zum Scheitern zu bringen. Wir hoffen, dass sich der Reichsarbeitsminister dieser Aufforderung der Arbeitgeber zum Wohle von 2 500 Arbeitern und Angestellten im Stahlwerk Willich nicht entziehen wird."

Das Komödienspiel wird immer toller. Die Schaumschlägerei wird immer ärger. Der Verein der Metallindustriellen am linken Niederrhein besitzt die Dreistigkeit, im Zusammenhang mit seinem Appell an die Schlichtungsinstanzen folgenden Satz zu prägen: "Mögen mehrere tausend Menschen verhungern, das gewerkschaftliche Prinzip, wie es der Deutsche Metallarbeiterverband vorstellt, ist gerettet!" Das ist, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit. Wenn in Willich mehrere tausend Menschen stempeln gehen müssen, dann sind nicht die Gewerkschaften daran schuld. Erklärt nicht der Verein der Metallindustriellen selbst, "dass es sich bei der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht um einen Abbau der Tarife für die Becker=Werke handelt, was vielfach in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist, sondern lediglich um den Abbau übertariflicher Bezahlen." Eben deswegen hat der Deutsche Metallarbeiterverband in seiner Stellungnahme zum Angebot der Werksleitung mit Nachdruck hervorgehoben, dass die Festlegung der Akkorde nach der bisherigen Gepflogenheit in Krefeld von dem Arbeitgeberverband der Metallindustriellen als reine Werksangelegenheit betrachtet und behandelt worden ist.

Wie oft soll es denn noch gesagt werden: die Gewerkschaft kann die Belegschaft bei Becker=Stahl ja garnicht hindern, wenn sie sich mit Hilfe eines Abbaus übertariflicher Bezahlung die Weiterarbeit sichern will. Im Stahlwerk Becker kann, wie die Dinge liegen, sehr wohl weiter gearbeitet werden. Wenn sich die Arbeitgeber darauf versteifen, die Gewerkschaften in die ganze Angelegenheit hineinzuziehen, dann nur deshalb, weil sie ein Exempel statuieren wollen. Sie wollen durch das deutsche Land schreien: Da seht die Gewerkschaften! So sind sie! Sie schaffen künstlich Arbeitslose, denn sie haben im Fall Stahlwerk Becker durch ihre Haltung die Stilllegung erzwungen!

Das Plänchen der Stahl=Herren war prachtvoll eingefädelt. Daher ihr Aerger darüber, dass man sie auch in einem Teil der bürgerlichen Presse durchschaut.

Wenn die Werksleitung bei Becker=Stahl es ehrlich mit der Belegschaft meint dann braucht kein Reichsarbeitsminister bemüht zu werden.



Landwirtschaftliche Siedlung.

(Rund 440 000 Hektar erfasst)

SPD. Im Rahmen der deutschen Wirtschaftsenquête hat der Unterausschuss für Landwirtschaft seine Untersuchungen über das ländliche Siedlungswesen nach dem Kriege veröffentlicht. Das Reichssiedlungsgesetz und die Siedlungspraxis unterscheiden zwei Arten von Siedlungen, erstens die Neusiedlung, also die Gründung neuer landwirtschaftlicher Betriebe, und zweitens die Anliegersiedlung, also die Vergrößerung bereits vorhandener, aber wirtschaftlich unselbständiger und leistungsschwacher Betriebe.

Von 1919 bis 1928 wurden im Deutschen Reich insgesamt 26 343 Neusiedlungen mit einer Gesamtfläche von 259 514 Hektar gegründet. Die Durchschnittsgrösse einer Neusiedlung belief sich auf 9,85 Hektar. Von diesen neuen Stellen sind 46,8 %, fast die Hälfte, als selbständige Ackernahrungen anzusprechen, während 28,5 % sogenannte Wohnsiedlungen unter einem halben Hektar, 16,6 % Arbeiter- und Handwerkerstellen und 8,1 % kleinbäuerliche und Gärtnerstellen sind. Das Hauptgebiet der inneren Kolonisation liegt natürlicherweise in den menschenarmen Gebieten des deutschen Ostens. Rund 61 % der neugegründeten Stellen und sogar 73 % des Flächenraumes der Siedlungen entfallen auf die 6 Ostprovinzen. Während in West- und Süddeutschland die Durchschnittsgrösse einer Siedlung 6 bis 7 Hektar umfasst, erreicht sie in Ostdeutschland fast 12 Hektar.

Da die Vergrößerung schon bestehender kleiner landwirtschaftlicher Betriebe durch Landzuteilung nur einen Bruchteil der für die Neusiedlung erforderlichen Mittel beträgt, liegen die Ergebnisse der Anliegersiedlungen zahlenmässig weit höher. So wurden von 1919 bis 1928 rund 192 000 kleine Stellen durch Landzuweisung in einem Gesamtumfang von 181 000 Hektar vergrössert. Die Gesamtleistung der Siedlungstätigkeit seit dem Kriege umfasst also bis Ende 1928 eine Fläche von 441 000 Hektar, die zur Neugründung von Siedlungen und zur Vergrößerung von Parzellenbetrieben aufgeteilt wurde. Rund 70 % dieses Landes liegen in Ost-, 30 % in West- und Süddeutschland. Die Gesamtzahl der neuen selbständigen Bauernwirtschaften, die durch die Siedlung der Nachkriegszeit entstanden sind, beläuft sich auf rund 67 000, wovon mehr als 69 % auf den Osten entfallen.

In den Hauptsiedlungsgebieten des Ostens entstammen rund 60 % der Siedler der Heimatprovinz, 7 % aus anderen östlichen und nur wenige Prozent aus westlichen Landesteilen. Rund 26,5 % der Siedler sind aus den abgetretenen deutschen Gebieten in Polen übernommen worden. Erst in letzter Zeit hat die Ansiedlung süd- und westdeutscher Siedler in den Ostprovinzen Fortschritte gemacht. Unter den von 1923 bis 1928 angesiedelten 10 000 Landwirten waren 82,5 % selbständige Landwirte oder Bauernsöhne, der Rest, etwa 1750 Personen, waren landwirtschaftliche Arbeiter und Beamte. Die Ansiedlung landwirtschaftlicher Arbeiter hat in den letzten drei Jahren stark zugenommen.

Bei dem grossen Kapitalmangel und den hohen Zinssätzen in Deutschland ist eine kräftige Förderung der Siedlungstätigkeit nur unter Bereitstellung grosser öffentlicher Mittel zu niedrigen Zinsen möglich. Dieses gilt im besonderen auch für die Landarbeitersiedlung. Nach dem Urteil sämtlicher Provinzen, in denen gesiedelt wurde, haben sich die Siedler als Landwirte durchaus bewährt.

SPD. Zu den Nachrichten, eine amerikanische Gesellschaft (North European Oil Comp.) habe sich daran gemacht, in Norddeutschland eine Oelproduktion grösseren Stils aufzubauen, schreibt der sozialdemokratische "Volkswille" in Hannover u.a. folgendes: "Hinter dieser höchst mysteriösen und sehr zweifelhaften Geschichte scheint der Belgier Vingerhoets zu stehen. Vingerhoets ist in nieder-sächsischen Wirtschaftskreisen kein Unbekannter. Er hat in den vergangenen Jahren durch manchmal höchst zweifelhafte Geschäfte von sich reden gemacht. Alle Geschäfte mit Vingerhoets sind jedenfalls mit grosser Vorsicht zu geniessen. Nach unserer Auffassung handelt es sich bei dieser Sache auch um weiter nichts als um eine gross angelegte Spekulation auf die Dummen, die gern ihr gutes Geld los sein wollen, denn, wie es heisst, gibt diese Gesellschaft Aktienanteile à 2 Dollar in Höhe von zirka zwei Millionen Stück heraus. Sie sollen an die kleinen Leute, besonders an die Bauern, abgesetzt werden. Weil es sich um Dollaranteile handelt, glaubt man, ganz besonders gute Geschäfte machen zu können. Wir halten es deshalb für erforderlich, vor dem Kauf solcher Anteile dringend zu warnen; denn es hat ja in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Oelgesellschaften gegeben, die auf die Dummen spekuliert haben und die auch zahlreiche Dumme gefunden haben, die dann ihr Geld verloren. Auch aus der Vorkriegszeit sind die Schwindeleien mit dem galizischen Petroleum noch in lebhafter Erinnerung. Die Oelgebiete, die bisher fündig waren und zwar im Gebiet von Wietze-Steinförde, Nienhagen und in kleinerem Masse in Oberg, sind in fester Hand. Im übrigen Norddeutschland sind bisher nur so geringe Oelvorkommen festgestellt worden, dass es als ausgeschlossen bezeichnet werden muss, so viel Oel in Deutschland gewinnen zu können, um damit die Reparationsschuld zu begleichen. Man tut also gut, Leute, die derartige amerikanische Dollaranteile verkaufen wollen, mit grösster Vorsicht zu empfangen und das Portemonnaie dicht zu halten."

SPD. Auf der Tagung des schwerindustriellen Langnam-Vereins in Düsseldorf gab der Vorsitzende Dr. Fritz Springorum am Freitag die bekannte pessimistische Schilderung der Wirtschaftslage. Dann legte der Redner ein Treubekennntnis zu dem Reichspräsidenten ab und wandte sich scharf gegen die Kreise, die Hindenburg wegen Unterzeichnung des Youngplans angegriffen haben. Im übrigen warnte der Redner vor neuen Arbeiterkämpfen.

Das bei den Unternehmern so beliebte Thema "Ersparnisse im öffentlichen Haushalt" behandelte Ministerialdirektor Dr. Brecht-Berlin. Brecht begann seine Ausführungen mit einem Appell an die Zuhörer, sich mit Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 1/4 % zu befreunden. In dieser Erhöhung läge ohne Zweifel ein grosses Zugeständnis der Arbeiterschaft. Man solle auch erwägen, wo man in diesem Winter ohne die Arbeitslosenversicherung geblieben wäre. Für das Sparprogramm selbst stellte Brecht folgende Richtlinien auf:

1. Schnelle Auflösung der Sonderverwaltung für die besetzten Gebiete und des Reichsentschädigungsamtes, Verbindung der Versorgungsverwaltung mit der allgemeinen Sozialverwaltung;
- 2.) Vereinfachung der Steuergesetzgebung und -verwaltung, Vereinigung der Reichsbauverwaltung mit der Bauverwaltung der Länder, ebenso der Wasserpolizei des Reiches mit der Polizei der Länder;
- 3.) Festlegung eines Sparprogramms für Heer und Marine, Verzicht auf die Erhöhung der Ausgaben jedenfalls während der Dauer der Depression;
- 4.) Organisatorische Verbindung der Aussenverwaltung bei den vielen sozialen Zweigen, die jetzt zwischen Reich, Ländern, Gemeinden und Anstalten unübersehbar zersplittert sind. Keine Verringerung der Leistungen, aber Verhinderung des Missbrauchs sozialer Einrichtungen durch Täuschungen und dergleichen, vorurteilslose Prüfung verständiger Einzelreformen unter Ausschaltung aller agitatorischen Gesichtspunkte auf beiden Seiten;
- 5.) Änderung der Justizgesetzgebung zur Entlastung der Gerichte;
- 6) Herstellung des Prinzips der Verantwortung für Einnahmen und

Ausgaben bei Ländern und Gemeinden, beweglicher Faktoren für die Gemeinden unter Verkoppelung mit den Realsteuern; 7) Vereinigung der grossen Verwaltungen zwischen Preussen und den kleinen Ländern; 8) Engere Verbindung der Reichs- und Landesverwaltung in den Provinzen; 9) Vorübergehende Beurlaubung von Beamten aufzulösender Verwaltungen, um die schnellere Schliessung und allmähliche Aufsaugung der Beamten zu ermöglichen; 10) Vereinigung der örtlichen Kassen von Reich, Land und Gemeinde zu banktechnischen Kassen; 11) Massnahmen zur Verhinderung unberechtigter Ausplünderung verschiedener Behörden für denselben Zweck; 12) Prüfung aller finanztechnischen Erleichterungsmöglichkeiten bei der Schuldentilgung, Sozialversicherung usw. durch Vorwegnahme gesicherter Erleichterungen, aber unter rechtzeitiger Rücksicht auf eintretende Erschwerungen.

Darüber hinaus müsse, so schloss der Redner, die grosse Reichsreform kommen und möglichst schnell. Die Vereinigung der zerstreuten Verwaltungen in der Spitze bringe zwar nicht sofort Ersparnis, ebensowenig wie die Vereinigung zweier grosser Konzerne, aber sie ermögliche es, überhaupt erst die Tatsachen zu durchdringen und nach und nach richtig zu disponieren.

SPD. Das Stickstoffabkommen zwischen der I.G. Farbenindustrie und den Ruhrzechen wird am Sonnabend unterzeichnet. Auf die I.G. Farbenindustrie entfällt eine Quote von 750 000 Tonnen. Die Quote des Ruhrbergbaus ist gestaffelt, weil eine Anzahl von Fabriken noch nicht im vollen Umfang produktionsfähig ist, und steigert sich von 110 000 Tonnen im ersten Jahr auf 145 000 Tonnen im zweiten und 160 000 Tonnen im dritten Jahr. Das Abkommen selbst läuft bei einer Quote von 160 000 Tonnen für die Ruhrzechen für eine Zeit von 5 Jahren. Es ist die Möglichkeit gegeben, die Quoten zu erhöhen. Das Kontingent für Kokerei-Ammoniak ist für den Ruhrbergbau auf rund 91 000 Tonnen jährlich festgesetzt worden. Der Ruhrbergbau hat demnach eine Stickstoffquote von 250 000 Tonnen. Das ergibt ein Verhältnis zur I.G. Farbenindustrie wie 1:3.

SPD. Die Schweinezwischenzählung vom 1. März 1930 ergab einen Gesamtbestand von 18,6 Millionen Stück gegenüber 19,9 Millionen Stück im Dezember 1929. Die Bestände haben sich damit um 1,3 Millionen Stück = 6,4 % verringert. An der Verringerung sind jedoch hauptsächlich die schlachtreifen Schweine beteiligt. Die Zahl der Ferkel (unter 8 Wochen) hat sich um 600 000 Stück = 13,6 % erhöht. Danach scheinen die Schweinebestände wieder im Ansteigen zu sein.

SPD. Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats wird für den Monat März mit 1 874 869 Doppelzentnern Reinkali angegeben. (März 1929 = 2 328 284 dz). Der Absatz in den ersten 11 Monaten des laufenden Düngerjahres (Mai 1929 bis März 1930) beträgt 13 227 855 dz gegenüber 13 243 011 dz im vorigen Jahr.

SPD. Die Bergwerksgesellschaft Dahlbusch in Rotthausen bei Gelsenkirchen zahlt wie im Vorjahr eine Dividende von 6 %.

Börsenbericht

(für die Woche vom 31. März bis 5. April.)

SPD. Berlin, 5. April (Eig. Bericht)

Eine Woche wirklich grossen Verdienens liegt hinter der Börse. An derart sprunghafte Kurssteigerungen, wie sie in den letzten acht Tagen erfolgt sind, hatte wohl niemand geglaubt.

Was ist geschehen? Ist diese Börsenbewegung das Spiegelbild der politischen Vorgänge? Nichts wäre falscher als eine solche Annahme. Die Gründe der Börsenbefestigung sind ganz anderer Art: Ende der verfloffenen Woche erschien der von Jakob Goldschmidt selbstverfasste Geschäftsbericht der Danatbank. Er zeichnete sich durch grossen Optimismus aus, der sich auch auf die Börse bezog. Von gleichem Tage an setzten die Käufe der Grossbanken ein. Es erfolgte offensichtlich eine Intervention der Banken an der Börse. Die Energie, mit der diese Aktion durchgeführt wurde, brachte die auffallenden Kurssteigerungen. Das ist das Grundmotiv der gegenwärtigen Festigkeit, zu dem hier und dort noch Sonderanregungen gekommen sind.

Die Steigerungen waren bei verschiedenen Papieren sehr beträchtlich. Am interessantesten wurde noch die zweite Hälfte der Freitagbörsen. Kunstseideaktien, also Aku und Bemberg, die noch am Donnerstag unter den Kursen der Vorwoche lagen (Aku 98 nach 101% und Bemberg 145 nach 153 % waren z.B. die Dienstagskurse), sprangen am Schluss der Freitagbörsen plötzlich ganz beträchtlich. Es stiegen Aku von 103 bis auf 111%, gaben dann aber wieder auf 108% nach; Bemberg stiegen von 148 auf 154%. Grund war ein Gerücht, dass es bald bei der Aku eventuell doch noch eine Dividende geben werde. Wie dem auch sei: das war ein fetter Gewinn in dieser Woche, denn er betrug zu den höchsten Kursen gerechnet bei Aku bis 13 Punkte und bei Bemberg bis 9 Punkte.

Absolut - aber nicht relativ - höher waren noch die Kursgewinne der Spritaktien, die besonders von den Banken gekauft wurden. Es stiegen Ostwerke von 223 auf 248% (Freitag 245%), also um 25 Punkte und Schultheiss von 280 auf 300% (Freitag 296%), also um 20 Punkte. Hier dürfte u.a. die Hoffnung mitspielen, dass die Bayerische Volkspartei im Rahmen der neuen Regierung die beabsichtigte Biersteuererhöhung drücken kann. Eine ebenfalls ganz beträchtliche Erhöhung haben die Aktien der Continentalen Gummiwerke aufzuweisen. Auf die Meldung von einer um 2 % erhöhten Dividende und auf Käufe der Brüder Opel stiegen sie von 163 bis 179%, d.h. um nicht weniger als 16 Punkte; sie waren am Freitag mit 177% nur wenig schwächer. Auch die Siemensaktie konnte sich kräftiger erholen, indem sie von 255 auf 264% anzog. Einen noch grösseren Gewinn holten die Polyphonaktien heraus, die von 280 auf 295, also um 15 Punkte, im Kurse anzogen, was ausschliesslich auf spekulative Käufe zurückzuführen sein dürfte. Sehr beachtlich höher lagen die Aktien der I.G. Farbenindustrie, da diese Gesellschaft nach Ansicht der Börse eine sehr gute Bilanz vorlegen wird. Der Kurs hob sich von 172 auf 180 %, immerhin also um 8 Punkte. Nicht zurück blieben die Aktien der A.G. für Verkehrswesen, die sich ebenfalls um 8 Punkte, von 122 auf 130 % hoben. Noch stärker befestigen konnten sich die Linoleumaktien mit einer Bewegung von 250 auf 260 %. Kaliaktien blieben gegenüber diesen Bewegungen vernachlässigt; im allgemeinen pflegen sie sonst in einer Aufwärtsbewegung zu führen. Salzdetfurth konnte diesesmal seinen Kurs nur von 374 auf 380 % befestigen.

Geschlossen fest wurden an den letzten beiden Tagen die Montanwerte. Allein von einem auf den anderen Tag stiegen Mitteldeutsche Stahlwerke von 123 auf 130 % und Hoesch von 113,5 auf 118,5%. Die Aktien der Vereinigten Stahlwerke, die bisher stets unter Pari lagen, konnten sich mit geringer Anstrengung von 98 auf 103 % befestigen.

Rechnet man diese Punktsteigerungen auf ihr Prozentverhältnis zu dem hineingesteckten Kapital um, so kommt man zu Sätzen, die bis zu 10 und 12 % gehen.

Mit anderen Worten: Innerhalb einer Woche ist an einzelnen Papieren ein Gewinn von 10 % des zu den Geschäften erforderlichen Kapitals verdient worden oder auf 1000 Mark nicht weniger als 100 Mark. Damit wird man wohl zufrieden sein!

Feste Auslandsmeldungen.

(Berliner Produktenbörse vom 4. April.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag wieder in sehr fe-
 ster Haltung. Vom Auslande lagen stark erhöhte Meldungen vor. Das Inlandsange-
 bot an Weizen und Roggen blieb recht knapp. Da sich am Mehlmarkt wieder größe-
 res Kaufinteresse zeigte, war auch die Nachfrage nach promptem Weizen und Rogge
 ziemlich beträchtlich. Soweit Abschlüsse zustandekamen, lagen die Lokopreise
 für Weizen um etwa 5, für Roggen um etwa 6 Mark höher. Am Markte der Zeitge-
 schäfte wurden bei der Eröffnung für Weizen um $3\frac{1}{2}$ bis 5, für Roggen um 6 bis
 7 Mark höhere Preise gezahlt. Diese Anfangsnotierungen konnten sich jedoch
 nicht für die Dauer halten und schwächten sich im Verlaufe der Börse wieder
 ab. Am Mehlmarkt waren die Forderungen der Mühlen erneut um 50 bis 75 Pfennig
 heraufgesetzt. Obwohl die Käufer lebhaftes Interesse zeigten, hielt man sich
 doch auch in Anbetracht der hohen Preise etwas zurück. Hafer hatte ziemlich un-
 durchsichtige Tendenz. Die Forderungen der Eigner liessen sich bei den Käufern
 schwer durchsetzen.

	<u>3. April</u>	<u>4. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	262 - 264	264 - 267
Roggen	164 - 166	168 - 170
Braugerste	182 - 196	192 - 206
Futter- und Industrierogerste	168 - 178	178 - 188
Hafer	159 - 169	162 - 172
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	28,75-37,00	29,25-37,50
Roggenmehl	23,50-26,50	24,50-27,25
Weizenkleie	9,75-10,50	10,00-10,75
Roggenkleie	10,00-10,50	10,25-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 280-278 $\frac{1}{2}$ (Vortag 275),
 Juli 287 $\frac{1}{2}$ -287 (284), September 271 (271). Roggen Mai 193-191 $\frac{1}{2}$ (185 $\frac{1}{2}$), Juli
 202-200-201 (196 $\frac{1}{4}$), September 200-199 (196). Hafer Mai 186-185 $\frac{1}{2}$ -187 (178),
 Juli 195-198 (189).

Berliner Viehmarkt.

(4. April)

SPD. Das Geschäft auf dem Schweinemarkt verlief ruhig. Bei nachgebenden
 Preisen wurde jedoch der Markt, der genügend beschickt war, geräumt. Auf dem
Kälbermarkt gaben die Preise für schwere Kälber nach. Im übrigen war der Markt
genügend beschickt. Dagegen erwies sich der Auftrieb am Rindermarkt zu klein,
 insbesondere waren die Qualitätstiere knapp. Die Tendenz blieb bis zum Schluss
 fest.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
 Kühe: a) 43-49 (voriger Markt 41-46), b) 35-41 (33-40), c) 28-32 (28-30), d) 24-
 27 (22-27), Kälber: a) -, b) 78-83 (78-84), c) 60-82 (60-82), d) 40-58 (38-58),
 Schweine: a) (über 300 Pfd.) 69-70 (72), b) (240-300 Pfd.) 69 (72), c) (200-
 240 Pfd.) 67-69 (71-72), d) (160-200 Pfd.) 65-67 (68-70), e) (120-160 Pfd.) 63-
 64 (65-67), f) (unter 120 Pfd.) -, g) (Sauen) 62-63 (64-65).